

KONZERN-ANHANG.

GRUNDLAGEN UND METHODEN.

ALLGEMEINE ANGABEN.

Der Deutsche Telekom Konzern (im Nachfolgenden „Deutsche Telekom“ oder „Konzern“ genannt) ist eines der weltweit führenden Dienstleistungsunternehmen der Telekommunikations- und Informationstechnologiebranche. Die Deutsche Telekom bietet Kunden Produkte und Services rund um das Vernetzte Leben und Arbeiten an. Dabei berichtet die Deutsche Telekom die vier operativen Segmente Deutschland, USA, Europa, Systemgeschäft sowie das Segment Group Headquarters & Group Services.

Die Gesellschaft wurde am 2. Januar 1995 unter der Firma Deutsche Telekom AG in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn (HRB 6794) eingetragen.

Sitz der Gesellschaft ist Bonn, Deutschland. Die Anschrift lautet: Deutsche Telekom AG, Friedrich-Ebert-Allee 140, 53113 Bonn.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Diese Entsprechenserklärung kann auch über die Internet-Seite der Deutschen Telekom (www.telekom.com) unter dem Pfad Investor Relations/Corporate Governance/Entsprechenserklärung eingesehen werden.

Die Aktien der Deutschen Telekom AG werden neben Frankfurt am Main auch an anderen deutschen Börsen gehandelt.

Der von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss der Deutschen Telekom AG sowie der Konzernabschluss der Deutschen Telekom AG werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Geschäftsbericht kann bei der Deutschen Telekom AG, Bonn, Investor Relations, angefordert bzw. auf der Internet-Seite der Deutschen Telekom (www.telekom.com) eingesehen werden.

Der Konzernabschluss der Deutschen Telekom für das Geschäftsjahr 2013 wurde am 18. Februar 2014 durch den Vorstand zur Veröffentlichung freigegeben.

GRUNDLAGEN DER BILANZIERUNG.

Der Konzernabschluss der Deutschen Telekom wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den nach § 315a Abs. 1 HGB ergänzend zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Konzernabschluss der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2013 steht jedoch nicht in vollem Umfang mit den durch das IASB veröffentlichten IFRS in Einklang. Das IASB hat im Mai 2011 drei neue IFRS (IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12) sowie einen überarbeiteten Standard (IAS 28) zur Bilanzierung von Beteiligungen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen veröffentlicht (siehe Angaben zu „Veröffentlichte, aber noch nicht angewendete Standards, Interpretationen und Änderungen“, SEITE 170 F.). Diese sind gemäß Entscheidung des IASB erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Innerhalb der Europäischen Union sind die Regelungen jedoch erst

für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verpflichtend anzuwenden. Im Folgenden wird einheitlich der Begriff IFRS verwendet.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Konzern-Bilanz wurde um ein Vergleichsjahr auf zwei Vorjahre aufgrund der rückwirkenden Anwendung des geänderten IAS 19 „Employee Benefits“ erweitert. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie der Konzern-Kapitalflussrechnung werden Vergleichszahlen für zwei Vorjahre angegeben.

Beim Bilanzausweis wird zwischen lang- und kurzfristigen Vermögenswerten und Schulden unterschieden, die im Konzern-Anhang grundsätzlich detailliert nach ihrer Fristigkeit ausgewiesen werden. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Umsatzkostenverfahren gegliedert. Dabei werden den Umsatzerlösen die zu ihrer Erzielung angefallenen Aufwendungen gegenübergestellt, die den Funktionsbereichen Herstellung, Vertrieb und allgemeine Verwaltung zugeordnet werden. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Abschlüsse der Deutschen Telekom AG und ihrer Tochterunternehmen werden unter Beachtung der einheitlich für den Konzern geltenden Ansatz- und Bewertungsmethoden in den Konzernabschluss einbezogen.

ERSTMALS IM GESCHÄFTSJAHRE ANZUWENDEnde STANDARDS, INTERPRETATIONEN UND ÄNDERUNGEN VON STANDARDS UND INTERPRETATIONEN.

Die Deutsche Telekom hat folgende Verlautbarungen bzw. Änderungen von Verlautbarungen des IASB im Geschäftsjahr 2013 erstmals angewandt:

T 055

Verlautbarung	Titel
IFRS 13	Fair Value Measurement
IAS 1	Presentation of Financial Statements
IAS 19	Employee Benefits
IFRS 7	Financial Instruments: Disclosures
Annual Improvements Project	Annual Improvements to IFRSs 2009 – 2011 Cycle
IAS 36	Recoverable Amount Disclosures for Non-Financial Assets

Im Mai 2011 hat das IASB den IFRS 13 „Fair Value Measurement“ veröffentlicht. Mit IFRS 13 schafft das IASB einen einheitlichen übergreifenden Standard zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. IFRS 13 regelt, wie zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten ist, sofern ein anderer IFRS die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (oder die Angabe des beizulegenden Zeitwerts) vorschreibt. Es gilt eine neue Definition des beizulegenden Zeitwerts, die ihn als Veräußerungspreis einer tatsächlichen oder hypothetischen Transaktion zwischen beliebigen unabhängigen Marktteilnehmern unter marktüblichen Bedingungen am Bewertungs-Stichtag charakterisiert. Der Standard gilt nahezu allumfassend, lediglich IAS 2 „Inventories“, IAS 17 „Leases“ und IFRS 2 „Share-based Payment“ sind ausgenommen. Während für Finanzinstrumente der Umfang dieser Vorschriften nahezu unverändert bleibt, ist dies für andere Sachverhalte (z. B. als Finanzinvestition gehaltene Immobilien,

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen) nunmehr umfassender bzw. präziser geregelt. Die bereits bekannte dreistufige Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts ist übergreifend anzuwenden. Danach ist die Hierarchiestufe, welcher der Vermögenswert bzw. die Schuld in seiner bzw. ihrer Gesamtheit zuzuordnen ist (Level 1, Level 2 oder Level 3), auf Basis des in der Hierarchie niedrigsten Eingangsparameters zu ermitteln. Werden Bewertungsfaktoren aus verschiedenen Levels verwendet, so ist der Vermögenswert oder die Schuld in seiner Gesamtheit dem niedrigsten Level zuzuordnen. Die höchste Hierarchiestufe (Level 1) stellt Eingangsparameter der an aktiven Märkten notierten Preise dar, zu denen das bilanzierende Unternehmen am Abschluss-Stichtag Zugang hat. Auf der zweithöchsten Hierarchiestufe (Level 2) stehen direkt oder indirekt beobachtbare oder ableitbare Eingangsparameter, die keine auf aktiven Märkten notierten Preise nach Level 1 darstellen. Der niedrigsten Hierarchiestufe (Level 3) sind Vermögenswerte oder Schulden zugeordnet, in deren Bewertung mindestens ein wesentlicher nicht beobachtbarer Eingangsparameter enthalten ist. Die Anwendung des IFRS 13 führt zu erweiterten Anhangangaben im Abschluss der Deutschen Telekom. Die Regelungen wurden im Dezember 2012 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. IFRS 13 ist prospektiv anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Das IASB hat im Juni 2011 Änderungen zu IAS 1 „**Presentation of Financial Statements**“ veröffentlicht. Die Änderungen verlangen, dass die im sonstigen Ergebnis dargestellten Posten in zwei Kategorien unterteilt werden müssen – in Abhängigkeit davon, ob sie in Zukunft in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden (Recycling). Die Änderungen zu IAS 1 sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen, und wurden im Juni 2012 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen.

Ebenfalls im Juni 2011 hat das IASB Änderungen zu IAS 19 „**Employee Benefits**“ veröffentlicht. Die Eliminierung der sog. „Korridormethode“ hat für die Deutsche Telekom keine Relevanz, da versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bereits unter der bislang geltenden Fassung des Standards sofort in voller Höhe und ausschließlich erfolgsneutral innerhalb des Eigenkapitals erfasst werden.

Nach dem neuen Standard werden Planänderungen, die zu einer Veränderung der Leistungsverpflichtung führen, die auf die Arbeitsleistung zurückliegender Perioden entfällt, nicht mehr bis zur Unverfallbarkeit der Ansprüche verteilt, sondern müssen sofort erfasst werden. Die Änderungen bei der Erfassung von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand haben keine wesentliche Auswirkung, weil aufgrund der derzeitigen Struktur der Pensionsansprüche nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in wesentlichem Umfang auf unverfallbare Ansprüche entfällt.

Bei der Ermittlung des Nettozinsergebnisses aus leistungsorientierten Pensionsplänen ist nunmehr für die Verzinsung des Planvermögens und für die Berechnung des Barwerts der Verpflichtung der gleiche Zinssatz zu verwenden. Nach der bislang geltenden Fassung des IAS 19 wurden zwei unterschiedliche Zinssätze verwendet. Aufgrund des vergleichsweise geringen Planvermögens ergeben sich hinsichtlich der Höhe und Darstellung des Nettozinsergebnisses bei leistungsorientierten Pensionsplänen keine wesentlichen Auswirkungen.

Die Änderungen bei Definition und Ansatz von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Termination Benefits) haben wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Personalrückstellungen und den Personalaufwand, da es unter IAS 19.166 (2011) unter bestimmten Umständen zu einem späteren Ansatz von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses kommen kann. Die Deutsche Telekom hat im Inland in den letzten Jahren in wesentlichem Umfang Abfindungsangebote auf verschiedenen Rechtsgrundlagen an die Mitarbeiter im Inland unterbreitet und wird dies voraussichtlich auch in Zukunft tun.

Die quantitativen Auswirkungen zu den jeweiligen Abschluss-Stichtagen hängen jedoch stark von der rechtlichen und zeitlichen Gestaltung zukünftiger Programme ab. Die Auswirkungen der verschiedenen Programme auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Telekom wurden rückwirkend für die Vergleichsperioden angepasst und stellen sich wie folgt dar:

- Beim Vorruhestand für die Beamten ändert sich nach dem neuen Standard die zeitliche Erfassung des Aufwands. So werden Rückstellungen erst bei Annahme des Angebots durch die jeweiligen Beamten und nicht bereits bei der Kommunikation des Gesamtprogramms gebildet. Bezogen auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2012 ergeben sich vor Steuern keine Effekte.
- Bei den Abfindungen für Arbeitnehmer ändert sich ebenfalls die zeitliche Erfassung des Aufwands. Auch hier wird die Rückstellung erst bei Annahme des Angebots durch die jeweiligen Arbeitnehmer und nicht bereits bei der Kommunikation des Gesamtprogramms gebildet. Bezogen auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2011 ergibt sich vor Steuern kein wesentlicher Ergebniseffekt. Zum 31. Dezember 2012 ergibt sich ein negativer Ergebniseffekt von 0,1 Mrd. € (vor Steuern), der den Vertriebskosten entstammt.
- Aufgrund der geänderten Definition dürfen die Aufstockungsbeträge in Altersteilzeitprogrammen nunmehr nicht mehr als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert werden und sind daher über den Zeitraum der Erdienung anzusammeln. Altersteilzeitprogramme der Deutschen Telekom, die nach 2007 angeboten wurden, sind aufgrund der rechtlichen und wirtschaftlichen Eigenheiten auch unter der alten Fassung des IAS 19 nicht als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert worden. Aus diesem Grund hat diese Änderung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Deutsche Telekom. Bei der Altersteilzeit wurden die vor 2007 abgeschlossenen Verträge rückwirkend angepasst. Der Aufstockungsbetrag wird nach dem neuen Standard rätierlich angesammelt, anstatt die Rückstellung sofort und in voller Höhe zu bilden. Bezogen auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2012 ergeben sich vor Steuern keine wesentlichen Auswirkungen auf die Deutsche Telekom.

Aufgrund der retrospektiven Anwendung des IAS 19 ergeben sich insgesamt die folgenden Effekte auf die Konzern-Bilanz sowie die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Telekom: Zum 31. Dezember 2011 sanken die kurzfristigen sonstigen Rückstellungen um 0,1 Mrd. € und die Gewinnrücklagen einschließlich des Ergebnisvortrags erhöhten sich um 0,1 Mrd. €. Zum 31. Dezember 2012 erhöhte sich der Konzernfehlbetrag im Eigenkapital um 0,1 Mrd. € und die Gewinnrücklagen einschließlich Ergebnisvortrag erhöhten sich um 0,1 Mrd. €. Die Anpassungen der Vorträge im Eigenkapital zum 1. Januar 2011 sind auf SEITE 164 F. in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt. Das Ergebnis je Aktie für das Geschäftsjahr 2011 veränderte sich nicht. Das Ergebnis je Aktie für das Geschäftsjahr 2012 sank um 0,02 € je Aktie auf minus 1,24 € je Aktie.

Zum 31. Dezember 2013 bzw. für das Geschäftsjahr 2013 ergeben sich insgesamt keine wesentlichen Effekte auf die Konzern-Bilanz sowie die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Telekom aus der Anwendung des geänderten IAS 19.

Darüber hinaus werden Angabepflichten für die Pensionsrückstellungen erweitert, z. B. für Eigenschaften und Risiken von leistungsorientierten Plänen. Die Änderungen zu IAS 19 sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, und wurden im Juni 2012 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen.

Im Dezember 2011 hat das IASB in IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“ erweiterte Angabepflichten zu Saldierungsrechten veröffentlicht. Neben erweiterten Angaben zu nach IAS 32 tatsächlich vorgenommenen Saldierungen werden für bestehende Saldierungsrechte unabhängig davon, ob eine Saldierung nach IAS 32 tatsächlich vorgenommen wird, Angabepflichten eingeführt. Die neuen Vorschriften sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, und wurden im Dezember 2012 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen.

Im Mai 2012 hat das IASB „Annual Improvements to IFRSs 2009 – 2011 Cycle“ veröffentlicht, durch die fünf Standards geändert werden. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Deutsche Telekom. In den Änderungen zu IAS 1 „Presentation of Financial Statements“ wird klargestellt, dass bei Angabe freiwilliger Vergleichsinformationen im Abschluss auch die diesbezüglichen Anhangangaben offenzulegen sind. Die Änderungen zu IAS 16 „Property, Plant and Equipment“ haben zur Folge, dass Wartungsgeräte in Abhängigkeit der erwarteten Nutzungsdauer als Sachanlagen oder Vorräte auszuweisen sind. Änderungen zu IAS 32 „Financial Instruments: Presentation“ stellen klar, dass Steuereffekte bei Ausschüttungen an Eigenkapitalgeber und bei Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion in Übereinstimmung mit IAS 12 auszuweisen sind. Aufgrund der Änderungen zu IAS 34 „Interim Financial Reporting“ sind Angaben zu Segmentvermögen und Schulden in den Konzern-Zwischenberichten nur dann notwendig, wenn diese Gegenstand der regelmäßigen Management-Berichterstattung sind und sich seit dem letzten Jahresabschluss wesentliche Änderungen ergeben haben. Die Änderungen an IFRS 1 „First-time Adoption of IFRS“ haben auf die Deutsche Telekom keine Auswirkung. Die neuen Vorschriften sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, und wurden im März 2013 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen.

Im Mai 2013 hat das IASB Änderungen zu IAS 36 „Impairment of Assets“ mit dem Titel „Recoverable Amount Disclosures for Non-Financial Assets“ veröffentlicht. Mit der Herausgabe des IFRS 13 wurden auch in IAS 36 Angaben über den erzielbaren Betrag wertgeminderter Vermögenswerte verlangt, die jedoch – entgegen der ursprünglichen Absicht des IASB – sehr weit gefasst wurden und stets eine Angabepflicht vorsahen, unabhängig davon, ob in der betreffenden Berichtsperiode eine Wertminderung erfasst wurde. Nach der Änderung ist demgegenüber der erzielbare Betrag nur für wertgeminderte Vermögenswerte bzw. zahlungsmittelgenerierende Einheiten offenzulegen. Zusätzlich ist anzugeben, ob es sich dabei um den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder um den Nutzungswert handelt. Im Falle der Ermittlung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts ist zudem die Ebene der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts (aus IFRS 13) anzugeben, auf der die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts vorgenommen wurde, sowie bei Bewertungen innerhalb der zweiten oder dritten Hierarchieebene die angewendeten Bewertungsmethoden einschließlich des angewendeten Abzinsungssatzes. Die neuen Vorschriften sind anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, und wurden im Dezember 2013 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. Die Regelungen werden von der Deutschen Telekom im Geschäftsjahr 2013 vorzeitig angewendet.

VERÖFFENTLICHTE, ABER NOCH NICHT ANGEWENDETE STANDARDS, INTERPRETATIONEN UND ÄNDERUNGEN.

Das IASB hat im November 2009 IFRS 9 „Financial Instruments“ veröffentlicht. Die Veröffentlichung ist das Ergebnis der ersten von drei Phasen des Projekts zum Ersatz des IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ durch IFRS 9. IFRS 9 regelt die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Im Oktober 2010 hat der IASB IFRS 9 erneut herausgegeben und dabei die

Vorschriften zur Einbuchung und Ausbuchung von finanziellen Verbindlichkeiten sowie die meisten Vorschriften zu Klassifizierung und Bewertung unverändert aus IAS 39 übernommen. Im November 2013 wurde IFRS 9 weiter überarbeitet. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen eine grundlegende Überarbeitung der Regelungen zum Hedge Accounting, dessen Anwendungsbereich erweitert wurde. Darüber hinaus ist vorgesehen, Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Verbindlichkeiten aufgrund einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos künftig nicht mehr erfolgswirksam, sondern im sonstigen Gesamtergebnis auszuweisen. Das IASB hat ferner den bisherigen verpflichtenden Erstanwendungszeitpunkt zum 1. Januar 2015 gestrichen. Erst mit Abschluss des Projekts, welches noch um neue Vorschriften für die Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten ausgeweitet werden soll, wird ein neuer verpflichtender Zeitpunkt des Inkrafttretens festgelegt. Der Prozess zur Übernahme der Verlautbarung in europäisches Recht ist derzeit ausgesetzt.

Das IASB hat im Mai 2011 drei neue IFRS (IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12) sowie einen überarbeiteten Standard (IAS 28) zur Bilanzierung von Beteiligungen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen veröffentlicht. Die Regelungen wurden im Dezember 2012 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. Innerhalb der Europäischen Union sind die Regelungen für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, anzuwenden. Im November 2012 hat das IASB weitere Änderungen zu den Konsolidierungsstandards IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 veröffentlicht. Die Änderungen betreffen die Konsolidierung von Investment-Gesellschaften. Die Regelungen wurden im November 2013 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen und sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, anzuwenden. Die Anwendung der neuen und geänderten IFRS wird keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Cashflows bzw. des Konsolidierungskreises der Deutschen Telekom haben. Die Einführung des IFRS 12 wird geänderte und erweiterte Anhangangaben mit sich bringen. Die Neufassung des IAS 27 wird auf die Deutsche Telekom keine Auswirkung haben, da sich dieser Standard nunmehr ausschließlich auf den Einzelabschluss erstreckt, die Deutsche Telekom jedoch keinen IFRS-Einzelabschluss gemäß § 325 Abs. 2a HGB erstellt.

- Mit IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“ führt das IASB ein einheitliches Konsolidierungskonzept ein. Damit wird die bisherige Unterscheidung zwischen klassischen Tochterunternehmen (IAS 27) und Zweckgesellschaften (SIC-12) aufgegeben. Beherrschung (Control) besteht dann und nur dann, wenn ein Investor über die Entscheidungsmacht verfügt, variablen Rückflüssen ausgesetzt ist oder ihm Rechte bezüglich der Rückflüsse zustehen und infolge der Entscheidungsmacht in der Lage ist, die Höhe der variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Mit Inkrafttreten des IFRS 10 wird SIC-12 „Consolidation – Special Purpose Entities“ aufgehoben; ebenfalls aufgehoben werden die konzernabschlussrelevanten Vorschriften des IAS 27 „Consolidated and Separate Financial Statements“.
- IFRS 11 „Joint Arrangements“ wird IAS 31 „Interests in Joint Ventures“ sowie SIC-13 „Jointly Controlled Entities – Non-Monetary Contributions by Venturers“ ersetzen. Er regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und von gemeinschaftlichen Tätigkeiten (Joint Operations). Mit Aufhebung von IAS 31 ist die Anwendung der Quotenkonsolidierungsmethode für Gemeinschaftsunternehmen nicht länger zulässig. Die Anwendung der Equity-Methode ist nunmehr in der Neufassung des IAS 28 „Interests in Associates and Joint Ventures“ geregelt und erstreckt sich sowohl auf assoziierte Unternehmen als auch auf Gemeinschaftsunternehmen. Bei Bestehen einer gemeinschaftlichen

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Tätigkeit werden die zurechenbaren Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge gemäß der Beteiligungsquote unmittelbar in den Konzern- und Jahresabschluss des Joint Operators übernommen.

- In IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“ werden sämtliche Angaben, die im Konzernabschluss in Bezug auf Tochterunternehmen, gemeinschaftliche Vereinbarungen und assoziierte Unternehmen sowie nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen zu veröffentlichen sind, zentral gebündelt.
- Die Neufassung des IAS 27 „Separate Financial Statements“ regelt ausschließlich die bilanzielle Abbildung von Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen im Jahresabschluss sowie zugehörige Anhangangaben (Einzelabschluss gemäß § 325 Abs. 2a HGB).
- Die Neufassung des IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“ regelt die Einbeziehung von Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode.

Im Dezember 2011 hat das IASB in IAS 32 „Financial Instruments: Presentation“ Präzisierungen zu den Saldierungsvorschriften veröffentlicht. Um die Saldierungsvoraussetzungen nach IAS 32 zu erfüllen, darf nach den neuen Vorschriften der für den Bilanzierenden zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehende Rechtsanspruch auf Saldierung nicht unter der Bedingung eines künftigen Ereignisses stehen und muss sowohl im ordentlichen Geschäftsverkehr als auch bei Verzug und Insolvenz einer Vertragspartei gelten. Des Weiteren wird bestimmt, dass ein Bruttoausgleichsmechanismus die Saldierungsvoraussetzungen nach IAS 32 erfüllt, sofern keine wesentlichen Kredit- und Liquiditätsrisiken verbleiben, Forderungen und Verbindlichkeiten in einem einzigen Verrechnungsprozess verarbeitet werden und er damit im Ergebnis äquivalent ist zu einem Nettoausgleich. Die neuen Vorschriften sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, und wurden im Dezember 2012 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. der Cashflows der Deutschen Telekom haben.

Im Mai 2013 hat das IASB die IFRIC Interpretation 21 „Levies“ veröffentlicht. Kernpunkt der Interpretation ist die Frage, wann eine Schuld für eine Abgabe anzusetzen ist, die von einer Regierung auferlegt wird. Das IFRIC stellt klar, dass das verpflichtende Ereignis für den Ansatz einer Schuld diejenige Aktivität ist, die die Zahlungsverpflichtung nach der einschlägigen Gesetzgebung auslöst. Ein „wirtschaftlicher Zwang“, die betreffende Aktivität künftig unter Berücksichtigung des Prinzips der Unternehmensfortführung auszuüben, stellt hingegen ausdrücklich kein verpflichtendes Ereignis dar. Die neuen Vorschriften sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, und wurden noch nicht von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. Die Deutsche Telekom prüft die hieraus resultierenden Effekte auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. der Cashflows, geht jedoch derzeit von keinen wesentlichen Änderungen aus.

Im Juni 2013 hat das IASB eng begrenzte Änderungen zu IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ veröffentlicht. Die Änderungen mit dem Titel „Novation of Derivatives and Continuation of Hedge Accounting“ sehen vor, dass Derivate trotz einer Novation weiterhin als Sicherungsinstrumente in fortbestehenden Sicherungsbeziehungen designiert bleiben. Unter einer Novation werden Sachverhalte verstanden, in denen die ursprünglichen Vertragsparteien eines Derivats übereinkommen, dass ein Zentralkontrahent (Central Counter-

party; CCP) an die Stelle ihrer jeweiligen Gegenpartei treten soll. Grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass die Einschaltung einer zentralen Gegenpartei bzw. eines Zentralkontrahenten infolge rechtlicher oder regulatorischer Anforderungen vorgenommen wird. Der IASB sah einen dringenden Änderungsbedarf nicht zuletzt deshalb, weil sich die G-20-Staaten zu einer Verbesserung der Transparenz und Regulierung von nicht an geregelten Märkten gehandelten Derivaten, sog. „Over-the-Counter-Derivaten“ (OTC-Derivaten), auf internationaler Ebene verpflichtet haben. Als Ausfluss dieser Zielsetzung sollen künftig alle standardisierten OTC-Derivate mit einer zentralen Gegenpartei abgeschlossen werden. Die Änderungen sind rückwirkend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, und wurden im Dezember 2013 von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. der Cashflows der Deutschen Telekom haben.

Im November 2013 hat das IASB eng begrenzte Änderungen zu IAS 19 „Employee Benefits“ mit dem Titel „Defined Benefits: Contributions“ veröffentlicht. Ziel ist eine vereinfachte Bilanzierung von Beiträgen von Arbeitnehmern oder Dritten zu einem Pensionsplan, die es ermöglicht, Beiträge von Arbeitnehmern oder Dritten in der Periode als Reduktion des laufenden Dienstzeitaufwands zu erfassen, in der die zugehörige Arbeitsleistung erbracht wurde, sofern die Beiträge unabhängig von der Anzahl der Dienstjahre sind. Die Änderungen sind rückwirkend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen, und wurden noch nicht von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. der Cashflows der Deutschen Telekom haben.

Im Dezember 2013 hat das IASB „Annual Improvements to IFRSs 2010 – 2012 Cycle“ sowie „Annual Improvements to IFRSs 2011 – 2013 Cycle“ veröffentlicht, durch die neun Standards im Detail geändert wurden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Klarstellungen. Der Erstanwendungszeitpunkt variiert bei den einzelnen Standards. Die Änderungen, die noch nicht von der Europäischen Union in europäisches Recht übernommen wurden, haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Deutsche Telekom.

ÄNDERUNGEN DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN UND ÄNDERUNGEN DER BERICHTSSTRUKTUR.

Die Deutsche Telekom hat außer den erstmals im Geschäftsjahr anzuwendenden Standards, Interpretationen und Änderungen von Standards und Interpretationen keine wesentlichen Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2013 wurden die folgenden Änderungen an der Berichtsstruktur vorgenommen:

Zum 1. Januar 2013 wurden die zentralen Steuerungs- und Service-Funktionen neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wurde das Segment Konzernzentrale & Shared Services in Group Headquarters & Group Services umbenannt.

Seit dem 1. Januar 2013 werden die Aufgaben und Funktionen des Bereichs Group Technology inkl. der Global Network Factory, der bisher Bestandteil der Group Headquarters & Group Services war, im operativen Segment Europa ausgewiesen.

Weitere Erläuterungen sind der Angabe 32 im Abschnitt „Segmentberichterstattung“, SEITE 220 FF. zu entnehmen.

ANSATZ UND BEWERTUNG.

Die wesentlichen Aktiv- und Passivposten der Konzern-Bilanz werden wie nachfolgend dargestellt bewertet:

T 056

Bilanzposten	Bewertungsgrundsatz
AKTIVA	
KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Fortgeführte Anschaffungskosten
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten
Ertragsteuerforderungen	Betrag, in dessen Höhe eine Erstattung von den Steuerbehörden erwartet wird, basierend auf Steuersätzen, die am Abschluss-Stichtag gelten oder in Kürze gelten werden
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	
Sonstige originäre finanzielle Vermögenswerte	
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	Fortgeführte Anschaffungskosten
Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert bzw. Anschaffungskosten
Ausgereichte Darlehen und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten
Derivative finanzielle Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert
Vorräte	Niedrigerer Wert aus Nettoveräußerungswert und Anschaffungs- oder Herstellungskosten
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	Niedrigerer Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten (inkl. zurechenbarer Schulden)
LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	
Immaterielle Vermögenswerte	
davon: Mit bestimmbarer Nutzungsdauer	Fortgeführte Anschaffungskosten bzw. niedrigerer erzielbarer Betrag
davon: Mit unbestimmbarer Nutzungsdauer (inkl. Goodwill)	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer erzielbarer Betrag
Sachanlagen	Fortgeführte Anschaffungskosten bzw. niedrigerer erzielbarer Betrag
Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen	Fortgeführter anteiliger Wert des Eigenkapitals der Beteiligung bzw. niedrigerer erzielbarer Betrag
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	
Sonstige originäre finanzielle Vermögenswerte	
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Vermögenswerte	Fortgeführte Anschaffungskosten
Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert bzw. Anschaffungskosten
Ausgereichte Darlehen und Forderungen	Fortgeführte Anschaffungskosten
Derivative finanzielle Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert
Aktive latente Steuern	Undiskontierte Bewertung anhand der Steuersätze, deren Gültigkeit für die Periode erwartet wird, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird

Bilanzposten	Bewertungsgrundsatz
PASSIVA	
KURZFRISTIGE SCHULDEN	
Finanzielle Verbindlichkeiten	
Originäre finanzielle verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten	Fortgeführte Anschaffungskosten
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Fortgeführte Anschaffungskosten
Ertragsteuerverbindlichkeiten	Betrag, in dessen Höhe eine Zahlung an die Steuerbehörden erwartet wird, basierend auf Steuersätzen, die am Abschluss-Stichtag gelten oder in Kürze gelten werden
Sonstige Rückstellungen	
Barwert des künftigen Erfüllungsbetrags	
LANGFRISTIGE SCHULDEN	
Finanzielle Verbindlichkeiten	
Originäre finanzielle verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten	Fortgeführte Anschaffungskosten
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	Beizulegender Zeitwert
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	Versicherungsmathematisches Anwartschaftsbarwertverfahren
Sonstige Rückstellungen	Barwert des künftigen Erfüllungsbetrags
Passive latente Steuern	Undiskontierte Bewertung anhand der Steuersätze, deren Gültigkeit für die Periode erwartet wird, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird

Die nachstehend dargestellten wesentlichen Regelungen zum Ansatz und zur Bewertung sind einheitlich für alle in diesem Konzernabschluss dargestellten Rechnungslegungsperioden angewendet worden.

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE (OHNE GOODWILL).

Immaterielle Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer, einschließlich der UMTS- und LTE-Lizenzen, werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet und grundsätzlich planmäßig über die jeweilige Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Derartige Vermögenswerte sind im Wert gemindert, wenn der erzielbare Betrag – der höhere Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert – niedriger ist als der Buchwert. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmbarer Nutzungsdauer (Mobilfunk-Lizenzen der Federal Communications Commission in den USA (FCC-Lizenzen)) werden zu Anschaffungskosten bewertet. Obwohl die FCC-Lizenzen grundsätzlich für eine vertraglich definierte Zeit vergeben werden, werden sie regelmäßig zu vernachlässigbaren Kosten erneuert. Daneben liegen keine sonstigen rechtlichen, regulatorischen, vertraglichen, wettbewerbsbedingten, wirtschaftlichen oder anderen Faktoren vor, die die Nutzungsdauer der Lizenzen beschränken. Sie werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen, auf

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

ihre Werthaltigkeit untersucht und, sofern notwendig, auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Soweit die Gründe für zuvor erfasste Wertminderungen entfallen sind, werden diese Vermögenswerte bis auf den Wert zugeschrieben, der sich ergeben hätte, wenn in den früheren Perioden keine Wertminderungen erfasst worden wären.

Die Nutzungsdauern und die Abschreibungsmethode der immateriellen Vermögenswerte werden mindestens an jedem Abschluss-Stichtag überprüft; wenn die Erwartungen von den bisherigen Schätzungen abweichen, werden die entsprechenden Änderungen gemäß IAS 8 als Änderungen von Schätzungen erfasst.

Die planmäßige Abschreibung von Mobilfunk-Lizenzen beginnt, sobald das zugehörige Netz betriebsbereit ist. Die Nutzungsdauern von Mobilfunk-Lizenzen werden auf der Grundlage verschiedener Faktoren festgelegt, u. a. der Laufzeit der von der jeweiligen nationalen Regulierungsbehörde gewährten Lizenzen, der Verfügbarkeit und der erwarteten Kosten für die Erneuerung der Lizenzen sowie der Entwicklung künftiger Technologien.

Die Restnutzungsdauern wesentlicher Mobilfunk-Lizenzen der Deutschen Telekom betragen:

T 057

Mobilfunk-Lizenzen	Jahre
FCC-Lizenzen	unbestimmbar
LTE-Lizenzen	11 bis 26
UMTS-Lizenzen	7 bis 18
GSM-Lizenzen	2 bis 22

Ausgaben für Entwicklung werden aktiviert, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind, und planmäßig über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben. **Forschungsausgaben** werden im Entstehungszeitpunkt als Aufwand erfasst.

GOODWILL.

Der Goodwill wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf der Basis des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, welcher der Goodwill zugeordnet ist, auf eine Wertminderung untersucht. Der Werthaltigkeitstest wird regelmäßig am Ende eines jeden Geschäftsjahres durchgeführt und zusätzlich auch immer dann, wenn Anzeichen dafür vorliegen, dass die zahlungsmittelgenerierende Einheit in ihrem Wert gemindert ist. Im Rahmen der Überprüfung auf Wertminderung wird der bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbene Goodwill jeder einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet, die voraussichtlich von den Synergien aus dem Zusammenschluss profitiert. Übersteigt der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, welcher der Goodwill zugewiesen wurde, deren erzielbaren Betrag, ist der dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnete Goodwill in Höhe des Differenzbetrags im Wert zu mindern. Wertminderungen des Goodwills dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Übersteigt die Wertminderung der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den Buchwert des ihr zugeordneten Goodwills, ist die darüber hinausgehende Wertminderung durch anteilige Minderung von Buchwerten der der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordneten Vermögenswerte zu erfassen.

SACHANLAGEN.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und ggf. Wertminderungen, bewertet. Die Abschreibungsdauer richtet sich nach der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Im Zugangsjahr werden Vermögenswerte des Sachanlagevermögens zeitanteilig abgeschrieben. Die Restbuchwerte, die Nutzungsdauern

und die Abschreibungsmethode der Vermögenswerte werden mindestens an jedem Abschluss-Stichtag überprüft; wenn die Erwartungen von den bisherigen Schätzungen abweichen, werden die entsprechenden Änderungen gemäß IAS 8 als Änderungen von Schätzungen bilanziert. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie produktions- bzw. leistungserstellungsbezogene Verwaltungskosten. Zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zählen neben dem Kaufpreis und den direkt zurechenbaren Kosten, um den Vermögenswert zu dem Standort und in den erforderlichen, vom Management beabsichtigten betriebsbereiten Zustand zu bringen, auch die geschätzten Kosten für den Abbruch und das Abräumen des Gegenstands und die Wiederherstellung des Standorts, an dem er sich befindet. Besteht ein Vermögenswert des Sachanlagevermögens aus mehreren Bestandteilen mit unterschiedlichen Nutzungsdauern, werden die einzelnen wesentlichen Bestandteile über ihre individuellen Nutzungsdauern abgeschrieben. Wartungs- und Reparaturkosten werden im Entstehungszeitpunkt als Aufwand erfasst. Öffentliche Investitionszuschüsse mindern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten derjenigen Vermögenswerte, für die der Zuschuss gewährt wurde.

Bei Abgang eines Gegenstands des Sachanlagevermögens oder wenn kein weiterer wirtschaftlicher Nutzen aus seiner Nutzung oder seinem Abgang zu erwarten ist, wird der Buchwert des Gegenstands ausgebucht. Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Gegenstands und wird im Zeitpunkt der Ausbuchung in den sonstigen betrieblichen Erträgen oder sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Die Nutzungsdauern der wesentlichen Anlagenklassen sind in der folgenden TABELLE 058 dargestellt:

T 058

	Jahre
Gebäude	25 bis 50
Einrichtungen der Fernsprechdienste und Endeinrichtungen	3 bis 10
Datenübermittlungseinrichtungen, Telefonnetz- und ISDN-Vermittlungseinrichtungen, Übertragungseinrichtungen, Funk-einrichtungen, technische Einrichtungen für Breitband-Verteilnetze	2 bis 12
Breitband-Verteilnetze, Liniennetze, Kabelkanal-Linien	8 bis 35
Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 bis 23

Mietereinbauten werden entweder über ihre jeweilige Nutzungsdauer oder über die kürzere Laufzeit eines etwaigen Leasing-Verhältnisses abgeschrieben.

FREMDKAPITALKOSTEN.

Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Deutsche Telekom definiert qualifizierte Vermögenswerte als Bauprojekte oder andere Vermögenswerte, für die notwendigerweise mindestens zwölf Monate erforderlich sind, um sie in ihren beabsichtigten gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen. Fremdkapitalkosten für Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, und für Vorräte, die regelmäßig in großen Mengen hergestellt oder produziert werden, werden nicht aktiviert.

WERTMINDERUNGEN VON IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTEN (INKL. GOODWILL) UND VON VERMÖGENSWERTEN DES SACHANLAGE-VERMÖGENS.

Wertminderungen werden durch den Vergleich des Buchwerts mit dem erzielbaren Betrag ermittelt. Können einzelnen Vermögenswerten keine eigenen, von

anderen Vermögenswerten unabhängig generierten künftigen Finanzmittelzuflüsse zugeordnet werden, ist die Werthaltigkeit auf Basis der übergeordneten zahlungsmittelgenerierenden Einheit von Vermögenswerten zu untersuchen. An jedem Abschluss-Stichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert möglicherweise wertgemindert ist. Wenn ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, ist der erzielbare Betrag des Vermögenswerts oder der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zu bestimmen. Bei immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmbarer Nutzungsdauer (Goodwill und FCC-Lizenzen) wird darüber hinaus regelmäßig ein jährlicher Werthaltigkeitstest durchgeführt.

Der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird durch den höheren Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts bestimmt. Der erzielbare Betrag wird in der Regel unter Anwendung des Discounted Cashflow (DCF)-Verfahrens ermittelt, soweit nicht eine Bewertung aufgrund eines Marktpreises maßgeblich ist. Diesen DCF-Berechnungen liegen Prognosen zugrunde, die auf den vom Management genehmigten Finanzplänen für zehn Jahre beruhen und auch für interne Zwecke verwendet werden. Der gewählte Planungshorizont spiegelt die Annahmen für kurz- bis mittelfristige Marktentwicklungen wider. Cashflows, die über den 10-Jahres-Zeitraum hinausgehen, werden anhand geeigneter Wachstumsraten berechnet. Zu den wesentlichen Annahmen, auf denen die Berechnung des erzielbaren Betrags durch das Management beruht, gehören Annahmen bezüglich Umsatzentwicklung, Kundengewinnung und Kosten für die Kundenbindung, Kündigungsrate, Investitionen, Marktanteil, Wachstumsraten sowie Diskontierungszinssatz. Die Cashflow-Berechnungen werden durch externe Informationsquellen abgesichert. Der verwendete Abzinsungssatz berücksichtigt die mit dem Vermögenswert oder der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verbundenen Risiken.

VORRÄTE.

Vorräte werden zum niedrigeren Wert aus Nettoveräußerungswert und Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zählen alle Kosten des Erwerbs und der Herstellung sowie sonstige Kosten, die angefallen sind, um die Vorräte an ihren derzeitigen Ort und in ihren derzeitigen Zustand zu versetzen. Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nach der Durchschnittskostenmethode ermittelt. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der geschätzten notwendigen Vertriebskosten. Die Deutsche Telekom verkauft Endgeräte in Verbindung mit Dienstleistungsverträgen sowie separat. Im ersteren Fall erfolgt der Verkauf teilweise auch zu einem Preis, der unter den Anschaffungskosten liegt. Da die Endgeräte-subvention Teil der Unternehmensstrategie zur Gewinnung neuer Kunden ist, wird dieser Verlust aus dem Endgeräteverkauf zum Zeitpunkt des Verkaufs als Differenz zwischen den Umsatzkosten und den niedrigeren Umsatzerlösen erfasst.

ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden als solche klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und werden als zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen klassifiziert. Diese Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte erfasst, sofern der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen

begrenzt. Sind die Voraussetzungen zur Klassifizierung von Vermögenswerten als zur Veräußerung gehalten nicht mehr erfüllt, sind die Vermögenswerte nicht mehr als zur Veräußerung gehalten auszuweisen. Die Vermögenswerte sind zu bewerten mit dem niedrigeren Wert aus dem Buchwert, der sich ergeben hätte, wenn der Vermögenswert nicht als zur Veräußerung gehalten klassifiziert worden wäre, und dem erzielbaren Betrag zum Zeitpunkt, zu dem die Voraussetzungen zur Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten nicht mehr erfüllt sind.

LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER.

Die Deutsche Telekom unterhält in verschiedenen Ländern leistungsorientierte **Altersversorgungspläne** (Defined Benefit Pension Plans) auf Grundlage der ruhegehaltensfähigen Vergütung der Mitarbeiter und ihrer Dienstzeiten. Diese Pläne werden teilweise über externe Pensionsfonds sowie durch Einbringung in ein Contractual Trust Agreement (CTA) finanziert. Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Dabei werden sowohl die am Abschluss-Stichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartenden Steigerungen der Gehälter und Renten berücksichtigt. Der Zinssatz zur Ermittlung des Barwerts der Verpflichtungen wird grundsätzlich auf Basis der Renditen für erstrangige festverzinsliche Unternehmensanleihen des jeweiligen Währungsraums ermittelt. Die Erträge aus dem Planvermögen und Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Der Dienstzeitaufwand wird als betrieblicher Aufwand klassifiziert. Ein aufgrund einer Änderung des Pensionsplans nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand wird sofort in der Periode der Änderung erfasst. Gewinne und Verluste aufgrund von Anpassungen und Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen werden in der Periode, in der sie entstehen, sofort in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Einige Konzerngesellschaften gewähren ihren Mitarbeitern beitragsorientierte Zusagen (Defined Contribution Plans) aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen, wobei die Zahlungen an staatliche oder private Rentenversicherungsträger geleistet werden. Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen geht der Arbeitgeber über die Entrichtung von Beitragszahlungen an einen externen Versorgungsträger hinaus keine weiteren Verpflichtungen ein. Die Höhe der künftigen Pensionsleistungen richtet sich ausschließlich nach der Höhe der Beiträge, die der Arbeitgeber (und ggf. auch dessen Arbeitnehmer) an den externen Versorgungsträger gezahlt hat, einschließlich der Erträge aus der Anlage dieser Beiträge. Die zu zahlenden Beträge werden aufwandswirksam erfasst, wenn die Verpflichtung zur Zahlung der Beträge entsteht, und als Bestandteil der betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Im Rahmen der Altersversorgung für Beamte hatte die Deutsche Telekom zusammen mit der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG bis zum Berichtsjahr 2012 eine gemeinsame Versorgungskasse, den **Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V., Bonn (BPS-PT)**, unterhalten. Diese Versorgungskasse diente der Erbringung von Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Beamte und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen. Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Postbeamtenversorgungskasse (PVKNeuG) wurden zum 1. Januar 2013 die Aufgaben des BPS-PT im Rahmen der Postbeamtenversorgung (organisiert in der Postbeamtenversorgungskasse) auf die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn (BAnst PT), übertragen. Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutschen Telekom AG an die Postbeamtenversorgungskasse ist in § 16 Postpersonalrechtsgesetz geregelt. Die Deutsche Telekom AG ist gesetzlich verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltensfähig beurlaubten Beamten an die Unterstützungskasse zu leisten.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Die Deutsche Telekom AG und ihre inländischen Tochterunternehmen haben in der Vergangenheit **Altersteilzeitvereinbarungen** mit variierenden Konditionen und Vertragsbedingungen vereinbart, überwiegend nach dem sog. „Blockmodell“. In diesem Zusammenhang entstehen zwei Arten von Verpflichtungen, die jeweils in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Grundsätzen mit ihrem Barwert bewertet und getrennt voneinander bilanziert werden: Die erste Verpflichtungsart bezieht sich auf den kumulierten ausstehenden Erfüllungsbetrag, der anteilig über die Laufzeit der Aktiv- bzw. Arbeitsphase erfasst wird. Der kumulierte ausstehende Erfüllungsbetrag basiert auf der Differenz zwischen der Vergütung des Arbeitnehmers vor Beginn der Altersteilzeitvereinbarung (einschließlich des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen) und der Vergütung für die Teilzeitbeschäftigung (einschließlich des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen, jedoch ohne Berücksichtigung der Aufstockungsbeträge). Die zweite Verpflichtungsart bezieht sich auf die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Leistung von Aufstockungsbeträgen zuzüglich eines weiteren Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung. Aufstockungsbeträge haben regelmäßig einen hybriden Charakter, d. h., obwohl einerseits der Vereinbarung häufig eine Kompensationsfunktion für eine frühere Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugemessen wird, steht die spätere Auszahlung andererseits unter dem Vorbehalt der künftigen Erbringung von Arbeitsleistungen. Unabhängig vom Abfindungscharakter müssen Aufstockungsbeträge aufgrund der Abhängigkeit von zukünftigen Arbeitsleistungen rätierlich über den Erdienungszeitraum erfasst werden. Der Erdienungszeitraum für Aufstockungsbeträge bei Anwendung des Blockmodells beginnt mit dem Erwerb des Anspruchs des Arbeitnehmers auf Teilnahme am Altersteilzeitprogramm und endet mit Eintritt in die Freistellungsphase.

Verpflichtungen aufgrund der Gewährung von Leistungen aus Anlass der Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen werden angesetzt, wenn die Deutsche Telekom keine realistische Möglichkeit besitzt, sich der Gewährung der entsprechenden Leistungen zu entziehen. **Abfindungen für Angestellte und Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Regelung zum vorzeitigen Ruhestand** im Inland werden überwiegend in Form von Angeboten an die Arbeitnehmer zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Unternehmen gewährt. Solche Verpflichtungen werden grundsätzlich erst angesetzt, sobald ein Arbeitnehmer ein entsprechendes Angebot des Unternehmens angenommen hat, es sei denn, dass das Unternehmen sein Angebot bereits zu einem früheren Zeitpunkt aufgrund rechtlicher oder anderer Beschränkungen nicht mehr zurückziehen kann. Verpflichtungen infolge der alleinigen Entscheidung des Unternehmens zum Abbau von Arbeitsplätzen werden angesetzt, sobald das Unternehmen einen detaillierten formalen Plan zur Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen bekannt gegeben hat. Werden Leistungen aus Anlass der Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen i.S.d. IAS 37 gewährt, wird eine Verpflichtung nach IAS 19 zugleich mit dem Ansatz einer Restrukturierungsrückstellung angesetzt. Sind die Leistungen mehr als zwölf Monate nach dem Abschluss-Stichtag fällig, so wird der erwartete Erfüllungsbetrag auf den Abschluss-Stichtag abgezinst. Sofern der Zeitpunkt oder der Betrag der Auszahlung zum Abschluss-Stichtag noch ungewiss ist, werden die Verpflichtungen unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN.

Sonstige Rückstellungen werden für gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten angesetzt, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss sind. Für solche Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet, soweit diese auf zurückliegenden Geschäftsvorfällen oder Ereignissen beruhen, wahrscheinlich zu Vermögensabflüssen führen und diese Abflüsse zuverlässig ermittelt werden können. Rückstellungen werden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag bewertet. Der Erfüllungsbetrag wird auf der Basis einer bestmöglichen Schätzung bestimmt, wobei je nach Charakteristik der Verpflichtung geeignete Schätzverfahren und

Informationsquellen genutzt werden. Bei einer Vielzahl ähnlicher Verpflichtungen wird die Gruppe der Verpflichtungen als Ganzes betrachtet. Als Schätzverfahren wird auf die Erwartungswertmethode zurückgegriffen. Bei Vorliegen von Bandbreiten möglicher Ereignisse mit gleicher Eintrittswahrscheinlichkeit wird der Mittelwert angesetzt. Einzelne Verpflichtungen (z. B. Rechts- und Prozessrisiken) werden regelmäßig mit dem wahrscheinlichsten Ergebnis bewertet, soweit nicht aufgrund besonderer Wahrscheinlichkeitsverteilungen andere Schätzungen zu einer angemesseneren Bewertung führen. Bei der Bewertung von Rückstellungen werden Erfahrungswerte aus der Vergangenheit, aktuelle Kosten- und Preisinformationen sowie Einschätzungen bzw. Gutachten von Sachverständigen und Experten genutzt. Soweit zur Bestimmung des Erfüllungsbetrags Erfahrungswerte oder aktuelle Kosten- und Preisinformationen herangezogen werden, erfolgt eine Fortschreibung dieser Werte auf den voraussichtlichen Erfüllungszeitpunkt. Zu diesem Zweck wird auf geeignete Preisentwicklungsindikatoren (z. B. Baupreisindizes oder Inflationsraten) zurückgegriffen. Rückstellungen werden abgezinst, wenn der Effekt hieraus wesentlich ist. Zur Abzinsung werden Marktzinssätze vor Steuern verwendet, die Laufzeit und Risiko (soweit nicht bereits bei Ermittlung des Erfüllungsbetrags berücksichtigt) der Verpflichtung widerspiegeln. Erstattungsansprüche werden nicht mit Rückstellungen saldiert, sondern getrennt aktiviert, sobald deren Realisation so gut wie sicher ist.

Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen, die als Folge des Erwerbs von Sachanlagen entstehen, werden erfolgsneutral als Teil der Anschaffungs- und Herstellungskosten des korrespondierenden Vermögenswerts angesetzt. Spätere Änderungen der Schätzungen der Höhe oder des zeitlichen Anfalls von Auszahlungen oder Änderungen des Zinssatzes zur Bewertung dieser Verpflichtungen werden ebenfalls erfolgsneutral erfasst und führen zu nachträglichen Erhöhungen oder Minderungen des Buchwerts der betroffenen Sachanlage. Für den Fall, dass eine Minderung der Rückstellung den Buchwert des korrespondierenden Vermögenswerts überschreitet, ist der übersteigende Betrag unmittelbar erfolgswirksam als Ertrag zu erfassen.

FINANZINSTRUMENTE.

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Finanzielle Vermögenswerte umfassen insbesondere Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige ausgereichte Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen und zu Handelszwecken gehaltene originäre und derivative finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Verbindlichkeiten begründen regelmäßig einen Rückgabeanspruch in Zahlungsmitteln oder einem anderen finanziellen Vermögenswert. Darunter fallen insbesondere Anleihen und sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing-Verhältnissen, Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen und derivative Finanzverbindlichkeiten. Finanzinstrumente werden angesetzt, sobald die Deutsche Telekom Vertragspartei der Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei marktüblichen Käufen oder Verkäufen (Käufe oder Verkäufe im Rahmen eines Vertrags, dessen Bedingungen die Lieferung des Vermögenswerts innerhalb eines Zeitraums vorsehen, der üblicherweise durch Vorschriften oder Konventionen des jeweiligen Markts festgelegt wird) ist für die erstmalige bilanzielle Erfassung sowie den bilanziellen Abgang allerdings der Erfüllungstag relevant, d. h. der Tag, an dem der Vermögenswert an oder durch die Deutsche Telekom geliefert wird. Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Regel unsaldiert ausgewiesen; sie werden nur dann saldiert, wenn bezüglich der Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Aufrechnungsrecht besteht und beabsichtigt wird, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen. Sofern Verträge zum Kauf oder Verkauf

nichtfinanzieller Vermögenswerte in den Anwendungsbereich von IAS 39 fallen, werden sie gemäß den Regelungen dieses Standards bilanziert.

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei sind bei allen finanziellen Vermögenswerten, die in der Folge nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, die dem Erwerb direkt zurechenbaren Transaktionskosten zu berücksichtigen. Die in der Bilanz angesetzten beizulegenden Zeitwerte entsprechen in der Regel den Marktpreisen der finanziellen Vermögenswerte. Sofern diese nicht unmittelbar verfügbar sind, werden sie unter Anwendung anerkannter Bewertungsmodelle und unter Rückgriff auf aktuelle Marktparameter berechnet. Dazu werden die bereits fixierten oder unter Anwendung der aktuellen Zinsstrukturkurve über Forward Rates ermittelten Cashflows mit den aus der am Stichtag gültigen Zinsstrukturkurve bestimmten Diskontfaktoren auf den Bewertungs-Stichtag diskontiert. Zur Anwendung kommen die Mittelkurse.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie andere kurzfristige Forderungen werden – insoweit sie Fälligkeiten von länger als einem Jahr aufweisen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode – mit dem Buchwert im Zeitpunkt des Zugangs abzüglich Wertminderungen bewertet. Die Wertminderungen, welche in Form von Einzelwertberichtigungen vorgenommen werden, tragen den erwarteten Ausfallrisiken hinreichend Rechnung; konkrete Ausfälle führen zur Ausbuchung der betreffenden Forderungen. Im Rahmen von Einzelwertberichtigungen werden finanzielle Vermögenswerte, für welche ein potenzieller Abwertungsbedarf besteht, anhand gleichartiger Ausfallrisikoeigenschaften gruppiert und gemeinsam auf Wertminderungen untersucht sowie ggf. wertberichtigt. Bei der dazu notwendigen Ermittlung der erwarteten künftigen Cashflows der Portfolios werden neben den vertraglich vorgesehenen Zahlungsströmen auch historische Ausfallerfahrungen berücksichtigt. Die Cashflows werden auf Basis des gewichteten Durchschnitts der ursprünglichen Effektivzinssätze der im jeweiligen Portfolio enthaltenen finanziellen Vermögenswerte abgezinst. **Wertminderungen** von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden teilweise unter Verwendung von Wertberichtigungskonten vorgenommen. Die Entscheidung, ob ein Ausfallrisiko mittels eines Wertberichtigungskontos oder über eine direkte Minderung der Forderung berücksichtigt wird, hängt vom Grad der Verlässlichkeit der Beurteilung der Risikosituation ab. Aufgrund unterschiedlicher operativer Segmente sowie unterschiedlicher regionaler Rahmenbedingungen obliegt diese Beurteilung den einzelnen Portfolioverantwortlichen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, welche Geldkonten und kurzfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten einschließen, haben beim Zugang eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten und werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Sonstige langfristige Forderungen werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Darunter fallen primär derivative Finanzinstrumente, die nicht in eine wirksame Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebunden sind und damit zwingend als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert werden müssen. Ein aus der Folgebewertung resultierender Gewinn oder Verlust wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bei bestimmten Finanzinvestitionen ist sowohl beabsichtigt als auch wirtschaftlich mit hinreichender Verlässlichkeit zu erwarten, dass diese **bis zur Endfälligkeit** gehalten werden. Diese finanziellen Vermögenswerte werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die nicht die Definition einer anderen Kategorie von Finanzinstrumenten erfüllenden originären finanziellen Vermögenswerte sind als **zur Veräußerung verfügbar** kategorisiert und werden grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die aus der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert in der Folge resultierenden Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Dies gilt nicht, wenn es sich um dauerhafte oder wesentliche Wertminderungen sowie um währungsbedingte Wertänderungen von Fremdkapitalinstrumenten handelt, die erfolgswirksam erfasst werden. Erst mit dem Abgang der finanziellen Vermögenswerte werden die im Eigenkapital erfassten kumulierten Gewinne und Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Lässt sich für nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente der Zeitwert nicht hinreichend verlässlich bestimmen, werden die Anteile mit den Anschaffungskosten (ggf. abzüglich Wertminderungen) bewertet.

Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte bei ihrem erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende finanzielle Vermögenswerte (**Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss**) zu designieren, hat die Deutsche Telekom bislang keinen Gebrauch gemacht.

Zu jedem Abschluss-Stichtag werden die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, daraufhin untersucht, ob objektive substantielle Hinweise (wie etwa erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, die hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens gegen den Schuldner, der Wegfall eines aktiven Markts für den finanziellen Vermögenswert, eine bedeutende Veränderung des technologischen, ökonomischen, rechtlichen Umfelds sowie des Marktumfelds des Emittenten, ein andauernder Rückgang des beizulegenden Zeitwerts des finanziellen Vermögenswerts unter die fortgeführten Anschaffungskosten) auf eine **Wertminderung** hindeuten. Ein etwaiger Wertminderungsaufwand, welcher sich durch einen im Vergleich zum Buchwert geringeren beizulegenden Zeitwert begründet, wird erfolgswirksam erfasst. Wurden Wertminderungen der beizulegenden Zeitwerte von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten bisher erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst, so sind diese bis zur Höhe der ermittelten Wertminderung aus dem Eigenkapital zu eliminieren und erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Ergibt sich zu späteren Bewertungszeitpunkten, dass der beizulegende Zeitwert infolge von Ereignissen, die nach dem Zeitpunkt der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, objektiv gestiegen ist, werden die Wertminderungen in entsprechender Höhe zurückgenommen. Bei Schuldinstrumenten wird diese Wertaufholung erfolgswirksam erfasst. Wertminderungen, die als zur Veräußerung verfügbare und mit den Anschaffungskosten bilanzierte nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente betreffen, dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Der im Rahmen der Prüfung auf etwaige Wertminderungen zu bestimmende beizulegende Zeitwert von Wertpapieren, die bis zur Endfälligkeit zu halten sind, sowie der beizulegende Zeitwert der mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Kredite und Forderungen entsprechen dem Barwert der geschätzten und mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontierten künftigen Cashflows. Der beizulegende Zeitwert von mit den Anschaffungskosten bewerteten nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten ergibt sich als Barwert der erwarteten künftigen Cashflows, diskontiert mit dem aktuellen Zinssatz, welcher der speziellen Risikolage der Investition entspricht.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die dem Erwerb direkt zurechenbaren Transaktionskosten werden bei allen finanziellen Verbindlichkeiten, die in der Folge nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, ebenfalls angesetzt.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige originäre finanzielle Verbindlichkeiten werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Bei den finanziellen Verbindlichkeiten hat die Deutsche Telekom von der Anwendung des Wahlrechts, diese bei ihrer erstmaligen bilanziellen Erfassung als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende finanzielle Verbindlichkeiten (**Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss**) zu designieren, bisher keinen Gebrauch gemacht.

Nicht in eine wirksame Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebundene **derivative Finanzinstrumente** sind zwingend als zu Handelszwecken gehalten einzustufen und damit erfolgswirksam mit den beizulegenden Zeitwerten zu bewerten. Sind die beizulegenden Zeitwerte negativ, führt dies zum Ansatz unter den finanziellen Verbindlichkeiten.

Die Deutsche Telekom setzt **derivative Finanzinstrumente** zur Absicherung der aus operativen Tätigkeiten, Finanztransaktionen und Investitionen resultierenden Zins- und Währungsrisiken ein. Zu Spekulationszwecken werden derivative Finanzinstrumente weder gehalten noch begeben. Die derivativen Finanzinstrumente werden bei ihrer erstmaligen Erfassung mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Zeitwerte sind auch für die Folgebewertungen relevant. Der beizulegende Zeitwert gehandelter derivativer Finanzinstrumente entspricht dem Marktwert. Dieser Wert kann positiv oder negativ sein. Liegen keine Marktwerte vor, müssen die Zeitwerte mittels anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet werden.

Für derivative Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert dem Betrag, den die Deutsche Telekom bei Übertragung des Finanzinstruments zum Abschluss-Stichtag entweder erhalten würde oder zahlen müsste. Dieser wird unter Anwendung der zum Abschluss-Stichtag relevanten Wechselkurse und Zinssätze der Vertragspartner berechnet. Für die Berechnungen werden Mittelkurse verwendet. Bei zinstragenden derivativen Finanzinstrumenten wird zwischen dem Clean Price und dem Dirty Price unterschieden. Im Unterschied zum Clean Price umfasst der Dirty Price auch die abgegrenzten Stückzinsen. Die angesetzten beizulegenden Zeitwerte entsprechen dem Full Fair Value bzw. dem Dirty Price.

Für die Erfassung der Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte – erfolgswirksame Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung oder erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital – ist entscheidend, ob das derivative Finanzinstrument in eine wirksame Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebunden ist. Liegen keine **Sicherungsgeschäfte** (Hedge Accounting) gemäß IAS 39 vor, sind die Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente sofort erfolgswirksam zu erfassen. Besteht hingegen eine wirksame Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39, wird der Besicherungszusammenhang als solcher bilanziert.

Die Deutsche Telekom wendet Vorschriften zu Hedge Accounting zur Sicherung von Bilanzposten und künftigen Zahlungsströmen an. Dies mindert Volatilitäten in der Gewinn- und Verlustrechnung. Nach Art des abgesicherten Grundgeschäfts ist zwischen Fair Value Hedge, Cashflow Hedge und Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation zu unterscheiden.

Ein **Fair Value Hedge** dient der Besicherung der beizulegenden Zeitwerte von in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten, in der Bilanz angesetzten Verbindlichkeiten oder noch nicht in der Bilanz angesetzten festen Verpflichtungen. Jede Veränderung des beizulegenden Zeitwerts des als Sicherungsinstrument eingesetzten Derivats ist erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen; der Buchwert des Grundgeschäfts ist um den auf das besicherte Risiko entfallenden Gewinn oder Verlust erfolgswirksam anzupassen (Basis Adjustment). Die Anpassungen

des Buchwerts werden erst ab Auflösung der Hedge-Beziehung amortisiert.

Mittels eines **Cashflow Hedges** werden künftige Zahlungsströme aus in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, aus festen Verpflichtungen (im Fall von Währungsrisiken) oder aus mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden geplanten Transaktionen gegen Schwankungen abgesichert. Zur Absicherung des Währungsrisikos einer bilanzunwirksamen festen Verpflichtung nutzt die Deutsche Telekom das Wahlrecht und bilanziert diese nicht als Fair Value Hedge, sondern als Cashflow Hedge. Liegt ein Cashflow Hedge vor, wird der effektive Teil der Wertänderung des Sicherungsinstruments bis zur Erfassung des Ergebnisses aus dem gesicherten Grundgeschäft erfolgsneutral im Eigenkapital (Sicherungsrücklage) erfasst; der ineffektive Teil der Wertänderung des Sicherungsinstruments ist erfolgswirksam zu erfassen. Führt die Absicherung einer erwarteten Transaktion später zur Erfassung von finanziellen oder nicht finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten, so verbleiben die mit der Sicherungsmaßnahme verbundenen kumulierten Gewinne und Verluste zunächst im Eigenkapital und sind später in denselben Perioden erfolgswirksam zu erfassen, in denen der erworbene finanzielle Vermögenswert bzw. die übernommene finanzielle Verbindlichkeit das Periodenergebnis beeinflusst. Die Deutsche Telekom hat sich somit bei der Absicherung von geplanten Transaktionen mit Entstehung von nicht finanziellen Bilanzposten gegen das Wahlrecht zur Anpassung des Erstbuchwerts (Basis Adjustment) entschieden.

Wird eine Nettoinvestition in eine ausländische Einheit durch einen **Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation** besichert, werden alle Wertänderungen des effektiven Teils des eingesetzten Sicherungsinstruments gemeinsam mit dem Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung der besicherten Investition erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst; auf den ineffektiven Teil entfallende Gewinne und Verluste werden sofort erfolgswirksam erfasst. Erst mit dem Abgang des Investments werden die zuvor kumuliert im Eigenkapital erfassten Bewertungsänderungen des Sicherungsinstruments und die Umrechnungsergebnisse des Grundgeschäfts erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

IAS 39 stellt strenge Anforderungen an die Anwendung des Hedge Accountings. Diese werden von der Deutschen Telekom wie folgt erfüllt: Bei Beginn einer Sicherungsmaßnahme werden sowohl die Beziehung zwischen dem als Sicherungsinstrument eingesetzten Finanzinstrument und dem Grundgeschäft als auch Ziel sowie Strategie der Absicherung dokumentiert. Dazu zählen sowohl die konkrete Zuordnung der Absicherungsinstrumente zu den entsprechenden Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten oder (fest vereinbarten/erwarteten) künftigen Transaktionen als auch die Einschätzung des Grads der Wirksamkeit der eingesetzten Absicherungsinstrumente. Bestehende Sicherungsmaßnahmen werden fortlaufend auf ihre Effektivität hin überwacht; wird ein Hedge ineffektiv, wird er umgehend aufgelöst.

Zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken bilanzierter monetärer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wendet die Deutsche Telekom kein Hedge Accounting gemäß IAS 39 an, da die aus der Währungsumrechnung gemäß IAS 21 erfolgswirksam zu realisierenden Gewinne und Verluste der Grundgeschäfte in der Erfolgsrechnung gleichzeitig mit den Gewinnen und Verlusten aus den als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten gezeigt werden.

ERFOLGSUNSICHERHEITEN (EVENTUALSCHULDEN UND -FORDERUNGEN). Erfolgsunsicherheiten (Eventualschulden und -forderungen) sind mögliche Verpflichtungen oder Vermögenswerte, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse bedingt ist, die nicht vollständig unter Kontrolle der Deutschen Telekom stehen. Eventualschulden sind gegenwärtige

Verpflichtungen, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren, bei denen der Abfluss von Ressourcen, die wirtschaftlichen Nutzen verkörpern, unwahrscheinlich ist oder bei denen der Umfang der Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann. Eventualschulden werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wenn sie im Rahmen eines Unternehmenserwerbs übernommen wurden. Nicht im Rahmen eines Unternehmenserwerbs übernommene Eventualschulden werden nicht angesetzt. Eventualforderungen werden nicht angesetzt. Ist die Realisation von Erträgen jedoch so gut wie sicher, ist der betreffende Vermögenswert nicht mehr als Eventualforderung anzusehen und wird als Vermögenswert angesetzt. Sofern ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen nicht unwahrscheinlich ist, werden im Konzern-Anhang Angaben zu Eventualschulden gemacht. Gleiches gilt für Eventualforderungen, sofern der Zufluss wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist.

LEASING.

Das wirtschaftliche Eigentum an Leasing-Gegenständen wird demjenigen Vertragspartner in einem Leasing-Verhältnis zugerechnet, der die wesentlichen Chancen und Risiken trägt, die mit dem Leasing-Gegenstand verbunden sind.

Trägt der Leasing-Geber die wesentlichen Chancen und Risiken (**Operating Lease**), wird der Leasing-Gegenstand vom Leasing-Geber in der Bilanz angesetzt. Die Bewertung des Leasing-Gegenstands richtet sich nach den für den Leasing-Gegenstand einschlägigen Bilanzierungsvorschriften. Die Leasing-Raten werden vom Leasing-Geber erfolgswirksam vereinnahmt. Der Leasing-Nehmer in einem Operating Lease erfasst die während des Zeitraums des Leasing-Verhältnisses geleisteten Leasing-Raten erfolgswirksam. Vertraglich festgelegte künftige Veränderungen der Leasing-Raten während der Laufzeit werden über die gesamte nur einmalig zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses festgelegte Vertragslaufzeit gleichmäßig im Aufwand erfasst (Straight line lease). Im Fall von Verlängerungsoptionen wird zum Zeitpunkt des Abschlusses des Leasing-Verhältnisses zunächst die hinreichend sichere Inanspruchnahme von Verlängerungsoptionen berücksichtigt. Während des Leasing-Verhältnisses wird bei Bekanntwerden von Umständen, die zu einer Änderung der ursprünglichen Einschätzung der Inanspruchnahme von Verlängerungsoptionen führen könnten, eine entsprechende Schätzungsänderung für die Ermittlung der künftigen Verpflichtungen aus Operating Leasing-Geschäften vorgenommen.

Trägt der Leasing-Nehmer die wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am Leasing-Gegenstand verbunden sind (**Finance Lease**), so hat der Leasing-Nehmer den Leasing-Gegenstand in der Bilanz anzusetzen. Der Leasing-Gegenstand wird im Zugangszeitpunkt mit seinem beizulegenden Zeitwert oder dem niedrigeren Barwert der künftigen Mindest-Leasing-Zahlungen bewertet und über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Vertragslaufzeit abgeschrieben. Die Abschreibung wird erfolgswirksam erfasst. Der Leasing-Nehmer setzt im Zugangszeitpunkt zugleich eine Leasing-Verbindlichkeit an, die in ihrer Höhe dem Buchwert des Leasing-Gegenstands entspricht. Die Leasing-Verbindlichkeit wird in den Folgeperioden nach der Effektivzinsmethode getilgt und fortgeschrieben. Der Leasing-Geber in einem Finance Lease setzt eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts aus dem Leasing-Verhältnis an. Die Leasing-Erträge werden in Tilgungen der Leasing-Forderung und Finanzerträge aufgeteilt. Die Forderung aus dem Leasing-Verhältnis wird nach der Effektivzinsmethode getilgt und fortgeschrieben.

Wenn eine Sale and Leaseback-Transaktion zu einem Finance Lease führt, wird ein etwaiger Überschuss der Verkaufserlöse über den Buchwert abgegrenzt und über die Laufzeit des Leasing-Verhältnisses erfolgswirksam erfasst.

AKTIENBASIERTE VERGÜTUNGSPROGRAMME.

Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente werden im Zeitpunkt der Gewährung mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert der Verpflichtung wird über den Erdienungszeitraum als Personalaufwand erfasst und mit der Kapitalrücklage verrechnet. Der beizulegende Zeitwert wird bei aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente unter anderem anhand von anerkannten Bewertungsverfahren ermittelt, z. B. dem Black Scholes-Modell oder dem Monte Carlo-Modell. Bei **aktienbasierten Vergütungstransaktionen, die eine Erfüllung in bar vorsehen**, sind die erworbenen Güter oder Dienstleistungen und die entstandene Schuld mit dem beizulegenden Zeitwert der Schuld zu erfassen. Bis zur Begleichung der Schuld ist der beizulegende Zeitwert der Schuld zu jedem Abschluss-Stichtag und am Erfüllungstag neu zu bestimmen und sind alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam zu erfassen.

UMSATZERLÖSE.

Die Umsatzerlöse enthalten alle Erlöse, die aus der typischen Geschäftstätigkeit der Deutschen Telekom resultieren. Die Umsatzerlöse werden ohne Umsatzsteuer und sonstige bei den Kunden erhobene und an die Steuerbehörden abgeführte Steuern ausgewiesen. Sie werden zeitraumbezogen nach dem Realisationsprinzip erfasst. Bereitstellungsentgelte werden über die geschätzte durchschnittliche Kundenbindungsdauer abgegrenzt, es sei denn, sie sind Teil eines Mehrkomponentenvertrags; in diesem Fall sind sie Bestandteil des vom Kunden zu entrichtenden Entgelts für das Mehrkomponentengeschäft.

Bei **Mehrkomponentenverträgen** ist die Umsatzerfassung für jede der identifizierten Bewertungseinheiten (Komponenten) gesondert zu bestimmen. Hierbei wird der Umsatz auf Basis der beizulegenden Zeitwerte der einzelnen Komponenten realisiert. Vereinbarungen, welche die Lieferung von gebündelten Produkten bzw. die Erbringung von gebündelten Dienstleistungen enthalten, sind in einzelne Komponenten zu trennen, wobei für jede Komponente ein gesonderter Erlösbeitrag zu bestimmen ist. Der Preis für das gesamte Mehrkomponentengeschäft wird auf der Grundlage der anteiligen beizulegenden Zeitwerte auf die verschiedenen Komponenten aufgeteilt (d. h., der beizulegende Zeitwert jeder einzelnen Komponente wird ins Verhältnis zum gesamten beizulegenden Zeitwert der gebündelten Leistungen gesetzt). Der anteilige beizulegende Zeitwert einer einzelnen Komponente und damit der realisierte Umsatz für diese Bewertungseinheit wird jedoch durch den Teil der vom Kunden zu erbringenden Gegenleistung für das gesamte Mehrkomponentengeschäft begrenzt, dessen Zahlung nicht von der Erbringung weiterer Leistungen abhängig ist.

Zahlungen an Kunden einschließlich Zahlungen an Händler und Vermittler (Rabatte, Provisionen) werden grundsätzlich als Erlösminderung erfasst. Hat die Gegenleistung einen eigenständigen Nutzen und ist zuverlässig bewertbar, werden die Zahlungen als Aufwendungen erfasst.

Im Einzelnen gestaltet sich die **Umsatzrealisierung** der Deutschen Telekom wie folgt:

Im **Mobilfunk-Geschäft** der operativen Segmente Deutschland, USA und Europa werden Umsätze durch das Angebot von Mobilfunk-Diensten, einmalige Bereitstellungsentgelte sowie den Verkauf mobiler Endgeräte und Zubehör generiert. Umsätze aus Mobilfunk-Diensten enthalten monatliche Leistungsentgelte, Entgelte für Sondermerkmale sowie Verbindungs- und Roaming-Entgelte, die sowohl Kunden der Deutschen Telekom als auch anderen Mobilfunk-Betreibern in Rechnung gestellt werden. Umsätze aus Mobilfunk-Diensten werden auf Basis in Anspruch genommener Nutzungsminuten oder anderer vereinbarter Tarifmodelle realisiert abzüglich Gutschriften und Anpassungen aufgrund von Preisnachlässen. Der aus dem Verkauf mobiler Telefone, mobiler Datengeräte und Zubehör generierte

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

Umsatz und die damit verbundenen Aufwendungen werden realisiert, sobald die Produkte geliefert und vom Kunden abgenommen wurden.

Das **Festnetz-Geschäft** in den operativen Segmenten Deutschland und Europa umfasst schmal- und breitbandige Zugänge zum Festnetz sowie Internet. Der aus diesen Zugängen erzielte Umsatz aus der Nutzung für Sprach-/Datenkommunikation wird mit Erbringung der vereinbarten Dienstleistung realisiert. Die erbrachten Dienstleistungen beziehen sich dabei entweder auf die Nutzung durch den Kunden (z. B. Telefonminuten), den Zeitablauf (z. B. monatliche Service-Gebühren) oder andere vereinbarte Tarifmodelle. Darüber hinaus werden Telekommunikationseinrichtungen verkauft, vermietet und gewartet. Der Umsatz und die mit dem Verkauf von Telekommunikationseinrichtungen und Zubehör verbundenen Aufwendungen werden erfasst, sobald die Produkte geliefert werden und soweit keine unerfüllten Verpflichtungen seitens des Unternehmens bestehen, die sich auf die endgültige Abnahme des Kunden auswirken. Umsätze aus Vermietungen sowie Mieten und Leasing-Raten für nicht aktivierte Gegenstände werden monatlich mit Entstehung des Anspruchs auf die Entgelte realisiert. Umsätze aus Bereitstellungsentgelten werden über die durchschnittliche Kundenbindungsdauer abgegrenzt. Weitere Umsatzerlöse resultieren aus Entgelten für Werbung und E-Commerce. Werbesumsätze werden in der Periode erfasst, in der die Werbung gezeigt wird. Transaktionsumsätze werden realisiert, sobald der Kunde mitteilt, dass eine entsprechende Transaktion stattgefunden hat und eine Einziehung der entsprechenden Forderung weitgehend gesichert ist.

Im operativen Segment **Systemgeschäft** werden Umsatzerlöse erfasst, wenn substantielle Hinweise für eine Kaufvereinbarung vorliegen, die Produkte geliefert oder Dienstleistungen erbracht werden, der Verkaufspreis oder die Entgelte fest oder bestimmbar sind und die Einbringlichkeit angemessen gesichert ist.

Umsatzerlöse aus Computing & Desktop Services werden mit Bereitstellung der Leistung unter Anwendung eines sog. „Proportional Performance“-Modells erfasst. Bei Verträgen auf Basis von Festpreisen werden Umsatzerlöse anteilig über die Laufzeit des Dienstleistungsvertrags erfasst und bei allen anderen Dienstleistungsverträgen auf Basis der erbrachten Dienstleistung oder auf Nutzungsbasis. Umsatzerlöse aus Verträgen für nach Zeit- und Materialaufwand abgerechnete Leistungen werden mit dem Erbringen von Arbeitsstunden und dem Anfallen direkter Kosten zum vertraglich festgelegten Stundensatz erfasst.

Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Hardware bzw. verkaufsartigen Miet- und Leasing-Geschäften werden realisiert, sobald das Produkt an den Kunden versandt wurde und soweit es keine unerfüllten Verpflichtungen seitens des Unternehmens gibt, die sich auf die endgültige Abnahme des Kunden auswirken. Sämtliche Kosten aus diesen Verpflichtungen werden bei der Realisierung des entsprechenden Umsatzerlöses erfasst.

Telecommunications (TK) Services umfassen Network Services und Hosting & ASP Services. Verträge für Network Services, die aus der Errichtung und dem Betrieb von Kommunikationsnetzen für Kunden bestehen, haben eine durchschnittliche Laufzeit von ca. drei Jahren. Bereitstellungsentgelte und die zugehörigen Kosten werden über die geschätzte durchschnittliche Kundenbindungsdauer abgegrenzt. Umsatzerlöse aus Sprachdiensten und Datendiensten werden im Rahmen solcher Verträge realisiert, sobald sie vom Kunden in Anspruch genommen werden. Wenn eine Vereinbarung ein Leasing-Verhältnis enthält, wird dieses Leasing-Verhältnis gemäß IFRIC 4 und IAS 17 getrennt bilanziert. Umsatzerlöse aus Hosting & ASP Services werden mit Bereitstellung der Leistungen erfasst.

Umsatzerlöse aus Vermietungen sowie Mieten und Leasing-Raten werden linear über den Mietzeitraum erfasst.

ERTRAGSTEUERN.

Die Ertragsteuern umfassen sowohl die tatsächlichen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag als auch die latenten Steuern. Die Steuerverbindlichkeiten/-forderungen enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen/Ansprüche aus in- und ausländischen Ertragsteuern. Diese umfassen sowohl das laufende Jahr als auch etwaige Verpflichtungen/Ansprüche aus Vorjahren. Die Verbindlichkeiten/Forderungen werden auf Basis der steuerlichen Vorschriften in den Ländern unserer Geschäftstätigkeit berechnet.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen in der Konzern-Bilanz und der Steuerbilanz sowie für steuerliche Verlustvorträge und Steuergutschriften angesetzt. Abweichend von diesem Grundsatz werden keine latenten Steuern auf temporäre Differenzen angesetzt, wenn diese aus dem erstmaligen Ansatz von Vermögenswerten oder Schulden resultieren, dadurch weder das IFRS-Ergebnis (vor Ertragsteuern) noch das steuerrechtliche Ergebnis beeinflusst wird und es sich nicht um Unternehmenszusammenschlüsse handelt. Darüber hinaus werden keine passiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen gebildet, die im Zusammenhang mit der erstmaligen Bilanzierung eines Geschäfts- oder Firmenwertes stehen. Für den Ansatz von aktiven latenten Steuern muss es wahrscheinlich sein, dass zukünftig ein zu versteuerndes Ergebnis verfügbar ist, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen, Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können. Passive latente Steuern im Zusammenhang mit temporären Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen werden grundsätzlich gebildet, es sei denn, die Deutsche Telekom ist in der Lage, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern, und die temporären Differenzen werden sich in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht umkehren. Für die Bewertung der latenten Steuern sind die zum Abschluss-Stichtag gültigen bzw. verabschiedeten Steuersätze und sonstigen steuerlichen Vorschriften maßgeblich, die in der Periode der Realisierung/Erfüllung anzuwenden sind. In der Bilanz sind aktive und passive latente Steuern zu saldieren, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung tatsächlicher Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden besteht und sich die latenten Steueransprüche und Steuerschulden auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN UND SCHÄTZUNGSUNSIHERHEITEN.

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig. Die sich tatsächlich ergebenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Die nachstehend aufgeführten wesentlichen Schätzungen und zugehörigen Annahmen sowie die mit den gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verbundenen Unsicherheiten sind entscheidend für das Verständnis der zugrunde liegenden Risiken der Finanzberichterstattung sowie der Auswirkungen, die diese Schätzungen, Annahmen und Unsicherheiten auf den Konzernabschluss haben könnten.

Die Bewertung von **Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und immateriellen Vermögenswerten** ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden, wenn diese im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements.

Im Rahmen der Ermittlung der **Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten** werden auch Schätzungen vorgenommen, die sich u. a. auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Eine Wertminderung beruht auf einer Vielzahl von

Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums der Telekommunikationsbranche, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten, in vergleichbaren Transaktionen gezahlte Kaufpreise und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat. Insbesondere geht die Schätzung der den beizulegenden Zeitwerten zugrunde liegenden Cashflows aus dem Mobilfunk-Geschäft von anhaltenden Investitionen in unsere Netzinfrastruktur aus, die notwendig sind, um durch das Angebot neuer Datenprodukte und -dienste ein Erlöswachstum zu generieren. Hierzu liegen nur in begrenztem Umfang historische Informationen über die Kundennachfrage vor. Wenn die Nachfrage nach diesen Produkten und Diensten sich nicht so entwickelt wie erwartet, würde dies die Erlöse und Cashflows reduzieren und möglicherweise zu Wertminderungsaufwendungen führen. Darüber hinaus fließen weitere Planungsunsicherheiten in die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte ein, die die Risiken der makroökonomischen Entwicklung widerspiegeln. Dies könnte sich negativ auf die künftige Ertragslage auswirken.

Die Ermittlung des **erzielbaren Betrags einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit** ist mit Schätzungen durch das Management verbunden. Zu den verwendeten Methoden zur Berechnung des erzielbaren Betrags zählen Methoden auf der Grundlage von Discounted Cashflows und Methoden, die als Basis Marktpreise heranziehen. Den Bewertungen auf der Grundlage von Discounted Cashflows liegen Prognosen zugrunde, die auf den vom Management genehmigten Finanzplänen beruhen und auch für interne Zwecke verwendet werden. Der gewählte Planungshorizont spiegelt die Annahmen für kurz- bis mittelfristige Marktentwicklungen wider und wird gewählt, um einen für die Berechnung der ewigen Rente nötigen stabilen Geschäftsausblick des Unternehmens zu erhalten. Dieser wird erst bei dem gewählten Planungshorizont insbesondere aufgrund der teilweise langen Investitionszyklen in der Telekommunikationsbranche sowie der langfristig geplanten und erwarteten Investitionen zum Erwerb und zur Verlängerung von Frequenznutzungsrechten erreicht. Cashflows, die über die interne Mittelfristplanung hinausgehen, werden anhand geeigneter Wachstumsraten berechnet. Zu den wesentlichen Annahmen, auf denen die Berechnung des erzielbaren Betrags beruht, gehören folgende im Wesentlichen intern ermittelte Annahmen, die auf vergangenen Erfahrungen aufbauen, um aktuelle interne Erwartungen erweitert und von externen Marktdaten und -einschätzungen untermauert werden: Umsatzentwicklung, Kundengewinnungs- und Kundenbindungskosten, Kündigungsraten, Investitionen, Marktanteile sowie Wachstumsraten. Diskontierungszinssätze werden auf Basis externer vom Markt abgeleiteter Größen bestimmt, unter Berücksichtigung der mit der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verbundenen Risiken. Künftige Veränderungen der vorgenannten Annahmen können dabei einen wesentlichen Einfluss auf die beizulegenden Zeitwerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten haben.

Das Management bildet **Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen**, um erwarteten Verlusten Rechnung zu tragen, die aus der Zahlungsunfähigkeit von Kunden resultieren. Die vom Management verwendeten Grundlagen für die Beurteilung der Angemessenheit der Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen sind die Fälligkeitsstruktur der Forderungssalden und Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen in der Vergangenheit, die Bonität der Kunden sowie Veränderungen der Zahlungsbedingungen. Bei einer Verschlechterung

der Finanzlage der Kunden kann der Umfang der tatsächlich vorzunehmenden Ausbuchungen den Umfang der erwarteten Ausbuchungen übersteigen.

Ertragsteuern sind für jede Steuerjurisdiktion zu schätzen, in der die Deutsche Telekom tätig ist. Dabei ist für jedes Besteuerungssubjekt die erwartete tatsächliche Ertragsteuer zu berechnen und die temporären Differenzen aus der unterschiedlichen Behandlung bestimmter Bilanzposten zwischen dem IFRS-Konzernabschluss und dem steuerrechtlichen Abschluss sind zu beurteilen. Soweit temporäre Differenzen vorliegen, führen diese Differenzen grundsätzlich zum Ansatz von aktiven und passiven latenten Steuern im Konzernabschluss. Das Management muss bei der Berechnung tatsächlicher und latenter Steuern Beurteilungen treffen. Aktive latente Steuern werden in dem Maß angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass sie genutzt werden können. Die Nutzung aktiver latenter Steuern hängt von der Möglichkeit ab, im Rahmen der jeweiligen Steuerart und Steuerjurisdiktion ausreichendes zu versteuerndes Einkommen zu erzielen, wobei ggf. gesetzliche Beschränkungen hinsichtlich der maximalen Verlustvtragsperiode zu berücksichtigen sind. Zur Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der künftigen Nutzbarkeit von aktiven latenten Steuern sind verschiedene Faktoren heranzuziehen, wie z. B. Ertragslage der Vergangenheit, operative Planungen, Verlustvtragsperioden und Steuerplanungsstrategien. Weichen die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Schätzungen ab oder sind diese Schätzungen in künftigen Perioden anzupassen, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Kommt es zu einer Änderung der Werthaltigkeitsbeurteilung bei aktiven latenten Steuern, sind die angesetzten aktiven latenten Steuern in Abhängigkeit der ursprünglichen Bildung entweder erfolgswirksam oder erfolgsneutral abzuwerten bzw. wertberichtigte aktive latente Steuern entweder erfolgswirksam oder erfolgsneutral zuzuschreiben.

Die **Pensionsverpflichtungen für Leistungen an nicht beamtete Arbeitnehmer** sind grundsätzlich durch leistungsorientierte Pläne gedeckt. Die Aufwendungen für Altersversorgung für nicht beamtete Arbeitnehmer werden in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Verfahren ermittelt, die auf Annahmen hinsichtlich des Rechnungszinses, der erwarteten Gehalts- und Rententrends und der Lebenserwartung beruhen. Falls Änderungen der Annahmen in Bezug auf die genannten Parameter erforderlich sind, könnte dies wesentliche Auswirkungen auf die künftige Höhe der Aufwendungen für Altersversorgung haben.

Gemäß dem Gesetz zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost ist die Deutsche Telekom verpflichtet, ihren Anteil an der Deckungslücke zwischen den Einnahmen der **Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK)** und ihren Leistungen auszugleichen. Die PBeaKK erbringt für ihre Mitglieder (aktive oder frühere Beamte der Deutschen Telekom AG, der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG) und deren Angehörige Leistungen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen. Die PBeaKK wurde mit Inkrafttreten der Postreform II in ihrem Bestand geschlossen. Die von der PBeaKK vereinnahmten Versicherungsbeiträge dürfen die von alternativen Anbietern privater Krankenversicherung berechneten Versicherungsbeiträge für vergleichbare Leistungen nicht überschreiten. Daher wird die sich ändernde Altersstruktur der Mitglieder in der PBeaKK nicht in den Versicherungsbeiträgen berücksichtigt. In Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Barwerts des Anteils der Deutschen Telekom an den künftigen Deckungslücken werden Rückstellungen gebildet. Dabei werden Abzinsungssätze verwendet sowie Annahmen bezüglich der Lebenserwartungen und Prognosen hinsichtlich der Beiträge und der künftigen Steigerungen der Gesundheitskosten in Deutschland vorgenommen. Da die Berechnung dieser Rückstellungen mit langfristigen Prognosen über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren verbunden ist, kann sich der Barwert der Verbindlichkeit schon bei geringfügigen Schwankungen der der Berechnung zugrunde liegenden Annahmen erheblich ändern.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Der Ansatz und die Bewertung von **Rückstellungen** und **Eventualschulden** im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten oder anderen ausstehenden Ansprüchen aus Vergleichs-, Vermittlungs-, Schiedsgerichts- oder staatlichen Verfahren sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch die Deutsche Telekom verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, bzw. die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung des jeweiligen Sachverhalts. Ferner werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, sofern ein Verlust wahrscheinlich ist und dieser Verlust verlässlich geschätzt werden kann. Wegen der mit dieser Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verluste ggf. von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden. Diese Schätzungen können sich aufgrund neuer Informationen ändern. Bei der Einholung neuer Informationen nutzt die Deutsche Telekom hauptsächlich die Dienste interner Experten sowie die Dienste externer Berater wie z. B. Versicherungsmathematiker oder Rechtsberater. Änderungen der Schätzungen dieser drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften können sich erheblich auf die künftige Ertragslage auswirken.

UMSATZREALISIERUNG.

Einmalige Bereitstellungsentgelte, die nicht Teil des Entgelts für ein Mehrkomponentengeschäft sind, werden abgegrenzt und über die erwartete Dauer der Kundenbeziehung verteilt. Die Schätzung der erwarteten durchschnittlichen Dauer der Kundenbeziehung basiert auf der historischen Kunden-Fluktuationsrate. Bei einer Änderung der Schätzungen durch das Management können sich wesentliche Unterschiede in Betrag und Zeitpunkt der Umsätze für nachfolgende Perioden ergeben.

Bei **Mehrkomponentenverträgen** ist die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von einzelnen Produkten bzw. Dienstleistungen komplex, da bestimmte Komponenten preissensibel sind und daher in einem von Wettbewerb geprägten Marktumfeld Schwankungen unterliegen. Änderungen der Schätzungen dieser anteiligen beizulegenden Zeitwerte können die Aufteilung des Preises für das gesamte Mehrkomponentengeschäft auf die einzelnen Bewertungseinheiten erheblich beeinflussen und sich daher auf die künftige Ertragslage auswirken.

KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE.

TOCHTERUNTERNEHMEN.

Tochterunternehmen sind Gesellschaften, die direkt oder indirekt von der Deutschen Telekom beherrscht werden. Beherrschung liegt vor, wenn die Deutsche Telekom die Möglichkeit hat, die Finanz- und Geschäftspolitik dieser Unternehmen zu bestimmen. Die Existenz und Auswirkung von potenziellen Stimmrechten, die gegenwärtig ausgeübt oder umgewandelt werden können, einschließlich von anderen Konzernunternehmen gehaltener potenzieller Stimmrechte, werden bei der Beurteilung, ob ein Unternehmen beherrscht wird, berücksichtigt.

In den Konzernabschluss werden sämtliche Tochterunternehmen einbezogen, es sei denn, sie sind aus Sicht eines operativen Segments oder des Konzerns nach folgender Beurteilung unwesentlich: Die Summe aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen darf nicht mehr als 1 % des Gesamtkonzernwerts der Bilanzsumme, des Umsatzes, des Jahresergebnisses und der Eventualforderungen, -verbindlichkeiten sowie sonstigen finanziellen Verpflichtungen ausmachen. Sollte die Grenze von 1 % überschritten werden, prüft die Deutsche Telekom unter Berücksichtigung von langfristiger Beteiligungsentwicklung und Konsolidierungseffekten, welche Unternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Neben den quantitativen Kriterien werden auch qualitative Kriterien zur Beurteilung der Wesentlichkeit eines Unternehmens für den Konsolidierungskreis

herangezogen. So dürfen sich durch eine unterlassene Einbeziehung weder wesentliche Veränderungen des Segment- oder des Konzernjahresergebnisses ergeben noch weitere wesentliche Trends unberücksichtigt bleiben.

Erträge und Aufwendungen eines Tochterunternehmens werden ab dem Erwerbzeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen. Erträge und Aufwendungen eines Tochterunternehmens bleiben bis zu dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, an dem die Beherrschung durch das Mutterunternehmen endet. Sofern erforderlich, werden Bilanzierungsgrundsätze von Tochterunternehmen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungsgrundsätze der Deutschen Telekom angepasst. Aufwendungen und Erträge, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Ergebnisse zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden eliminiert.

Mit Verlust des beherrschenden Einflusses wird in der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung ein Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Tochterunternehmens erfasst in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen (i) dem Erlös aus der Veräußerung des Tochterunternehmens, dem beizulegenden Zeitwert zurückbehaltener Anteile, dem Buchwert der nicht beherrschenden Anteile sowie der kumulierten auf das Tochterunternehmen entfallenden Beträge des sonstigen Konzernergebnisses und (ii) dem Buchwert des abgehenden Nettovermögens des Tochterunternehmens.

GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN UND ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN.

Gemeinschaftsunternehmen sind Gesellschaften, über die mit anderen Unternehmen die gemeinschaftliche Führung ausgeübt wird. Assoziierte Unternehmen sind Gesellschaften, auf die die Deutsche Telekom maßgeblichen Einfluss ausübt und die weder Tochterunternehmen noch Gemeinschaftsunternehmen sind. Assoziierte Unternehmen werden ebenso wie die Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, werden beim Erwerb zu Anschaffungskosten angesetzt. Im Beteiligungsbuchwert enthalten ist ggf. ein Goodwill als positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem auf die Deutsche Telekom entfallenden Anteil an den beizulegenden Zeitwerten der identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens. Sofern erforderlich, werden Bilanzierungsgrundsätze von Beteiligungsunternehmen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungsgrundsätze der Deutschen Telekom angepasst. Die Werthaltigkeit des Equity-Buchwerts der Beteiligung wird untersucht, sofern Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen. Sofern der Buchwert der Beteiligung ihren erzielbaren Betrag übersteigt, ist in Höhe der Differenz ein Wertminderungsaufwand zu erfassen. Der erzielbare Betrag wird durch den höheren Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert der Beteiligung bestimmt.

Mit Verlust des maßgeblichen Einflusses wird ein Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Beteiligungsunternehmens erfasst in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen (i) dem Erlös aus der Veräußerung der Anteile, dem beizulegenden Zeitwert zurückbehaltener Anteile sowie der kumulierten auf das Beteiligungsunternehmen entfallenden Beträge des sonstigen Konzernergebnisses und (ii) dem Buchwert der abgehenden Beteiligung.

Die Wesentlichkeitsbeurteilung für assoziierte und gemeinschaftlich geführte Unternehmen erfolgt grundsätzlich nach dem gleichen Verfahren wie bei Tochterunternehmen, beschränkt sich jedoch auf die Kriterien Jahresergebnis und Eventualforderungen, -verbindlichkeiten sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen.

UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE.

Ein Unternehmenszusammenschluss liegt vor, wenn die Deutsche Telekom die Beherrschung über ein anderes Unternehmen erlangt. Nach IFRS sind sämtliche Unternehmenszusammenschlüsse nach der Erwerbsmethode abzubilden. Die Anschaffungskosten eines erworbenen Tochterunternehmens bemessen sich nach dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung, d. h. der Summe aus hingegebenen Vermögenswerten, übernommenen Schulden und ausgegebenen Eigenkapitalinstrumenten. Anschaffungsnebenkosten werden grundsätzlich als Aufwand erfasst. Die Anschaffungskosten werden auf die erworbenen Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden verteilt. Die ansatzfähigen Vermögenswerte und die übernommenen Schulden und Eventualschulden werden – unabhängig von der Beteiligungshöhe der Deutschen Telekom – in voller Höhe mit ihren beizulegenden Zeitwerten bewertet. Maßgeblich sind dabei die Wertverhältnisse zu dem Zeitpunkt, an dem die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt wurde.

Der Wertansatz eines etwaigen Goodwills wird bestimmt durch den Überschuss der Summe aus den Anschaffungskosten des Erwerbs, dem Wert der Anteile anderer Gesellschafter (nicht beherrschende Anteile) und dem beizulegenden Zeitwert der bereits vor dem Erwerbsstichtag von der Deutschen Telekom gehaltenen Eigenkapitalanteile (sukzessiver Erwerb) über den Wert der ansatzfähigen Vermögenswerte und Schulden. Ein Differenzbetrag aus der Neubewertung von bereits von der Deutschen Telekom gehaltenen Anteilen ist erfolgswirksam zu erfassen.

Bei jedem Unternehmenszusammenschluss besteht ein Wahlrecht in Bezug auf die Bewertung der nicht beherrschenden Anteile. Diese können entweder direkt mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt werden (d. h. mit dem Anteil anderer Gesellschafter am Gesamtunternehmenswert des erworbenen Unternehmens) oder mit dem auf andere Gesellschafter entfallenden Anteil am beizulegenden Zeitwert des bilanziellen Nettovermögens des erworbenen Unternehmens. Dies führt im Ergebnis dazu, dass im ersten Fall die Minderheitsgesellschafter auch an dem aus dem Unternehmenszusammenschluss resultierenden Goodwill beteiligt werden, während im zweiten Fall der Anteil der anderen Gesellschafter auf die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden beschränkt bleibt und der Goodwill somit als Residualgröße nur in Höhe des auf die Deutsche Telekom entfallenden Anteils aufgedeckt wird.

Transaktionen über den weiteren Kauf oder Verkauf von Eigenkapitalanteilen mit anderen Gesellschaftern, die den beherrschenden Einfluss der Deutschen Telekom nicht berühren, führen zu keiner Veränderung des Goodwill. Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen oder erhaltenen Gegenleistung (d. h. dem Kaufpreis der Anteile) und dem auf die betreffenden nicht beherrschenden Anteile entfallenden Buchwert des Eigenkapitals ist erfolgsneutral mit dem Konzerneigenkapital zu verrechnen.

VERÄNDERUNG DES KONSOLIDIERUNGSKREISES UND TRANSAKTIONEN MIT EIGENTÜMERN.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden von der Deutschen Telekom die nachfolgend beschriebenen Transaktionen durchgeführt, die Auswirkung auf den Konsolidierungskreis hatten. Weitere – hier nicht dargestellte – Veränderungen im Konsolidierungskreis hatten keine wesentliche Bedeutung für den Konzernabschluss der Deutschen Telekom.

Erwerb von MetroPCS.

Die Deutsche Telekom AG und MetroPCS Communications, Inc., Dallas/USA, (MetroPCS) haben am 3. Oktober 2012 einen Vertrag über die Zusammenlegung ihrer Geschäftsaktivitäten in den USA abgeschlossen.

MetroPCS bietet in den USA Dienstleistungen für mobile Sprachtelefonie und mobiles Internet über ein eigenes Netz an. Die Produkte (z. B. Telefone und Smartphones) sowie Dienstleistungen (z. B. reguläre Sprachtelefonie, SMS, MMS, Multimedia Streaming, E-Mail, Downloads) werden unter dem Markennamen MetroPCS über zu der Gesellschaft gehörende Vertriebsgeschäfte und unabhängige Verkäufer vermarktet. Die Gesellschaft war vor der Transaktion der fünftgrößte Mobilfunk-Anbieter in den USA gemessen an der Kundenzahl. Aufgrund der verbesserten Position für Mobilfunk-Frequenzen und des erweiterten Kundenstamms ist die Deutsche Telekom in den USA nunmehr in der Lage, mit der kombinierten Gesellschaft offensiver mit den anderen nationalen Mobilfunk-Betreibern im Wettbewerb zu konkurrieren.

Der Erwerb von MetroPCS wurde zum 1. Mai 2013 vollzogen, nachdem die erforderlichen Genehmigungen des US-amerikanischen Justizministeriums (DOJ), der US-Telekommunikations-Aufsichtsbehörde Federal Communications Commission (FCC), des Regierungsausschusses zur Überwachung ausländischer Investitionen in den USA (CFIUS) sowie die Zustimmung der MetroPCS-Aktionäre in der Hauptversammlung am 24. April 2013 vorlagen. Am 10. April 2013 hatte die Deutsche Telekom den Altaktionären der MetroPCS ein verbessertes Angebot für ihre Zustimmung zu der Transaktion auf der Hauptversammlung der MetroPCS vorgelegt. Kernelemente waren gegenüber dem ursprünglichen Angebot um insgesamt 3,8 Mrd. US-\$ reduzierte Gesellschafterdarlehen der Deutschen Telekom an die T-Mobile USA, eine Senkung der Zinssätze für die verbleibenden Gesellschafterdarlehen um 0,5 Prozentpunkte sowie die Verlängerung der Haltefrist für Aktien der kombinierten Gesellschaft auf 18 Monate nach Vollzug der Transaktion für Verkäufe über die Börse. Im Rahmen dieser Transaktion hat die Deutsche Telekom AG die T-Mobile USA in die börsennotierte MetroPCS eingebracht und erhielt im Gegenzug nach einer Kapitalerhöhung 74,29% der Anteile an dem kombinierten Unternehmen. Seit dem 1. Mai 2013 wird die kombinierte Gesellschaft, die als T-Mobile US, Inc., firmiert, als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Deutschen Telekom einbezogen. Die Aktien werden an der New Yorker Börse (NYSE) gehandelt.

Wirtschaftlich wurden 25,71% der Anteile an der alten T-Mobile USA gegen 74,29% der Anteile an der MetroPCS getauscht. Der Wert der abgehenden Anteile an der alten T-Mobile USA entsprach dem Wert der von der Deutschen Telekom erworbenen Aktien für 74,29% der Anteile an der MetroPCS. Eine Aktie der MetroPCS wurde am Tag des Vollzugs der Transaktion zum Handelsschluss mit einem Preis von 11,84 US-\$ gehandelt. Nach Handelsschluss wurde von der MetroPCS ein umgekehrter Aktiensplitt durchgeführt, sodass sich der Wert pro Aktie auf 23,68 US-\$ verdoppelte. Gemäß dem Vertrag leistete die MetroPCS unmittelbar vor Vollzug der Transaktion eine Zahlung von insgesamt 1,5 Mrd. US-\$ an ihre Altaktionäre. In Höhe von 74,29% dieser Zahlung verminderte sich somit der Wert der der Deutschen Telekom zuzurechnenden Anteile. Entsprechend war dieser Betrag abzuziehen, um den Wert der übertragenen Gegenleistung zu ermitteln. Am 1. Mai 2013 ergab sich unter Zugrundelegung dieser Zahlung ein Aktienkurs vor Handelsbeginn in Höhe von 15,58 US-\$ pro Aktie. Im Ergebnis gehörten der Deutschen Telekom am 1. Mai 2013 74,29% an dem kombinierten Unternehmen, wobei die restlichen 25,71% der Anteile auf die Altaktionäre von MetroPCS entfielen.

Die zum Erwerbszeitpunkt übertragene Gegenleistung für den Erwerb an MetroPCS stellte sich wie folgt dar:

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

T 059

in Mio. €

	Beizulegende Zeitwerte der übertragenen Gegenleistung zum Erwerbs- zeitpunkt
Wert der erhaltenen Anteile der MetroPCS (74,29%)/ Wert der abgegebenen Anteile der alten T-Mobile USA (25,71 %)	2 492
Anteilige Zahlung an die Altaktionäre der MetroPCS für 74,29%	(852)
	1 640

Die zum Erwerbszeitpunkt angesetzten beizulegenden Zeitwerte der übernommenen Vermögenswerte und Schulden der MetroPCS sind in der folgenden TABELLE 060 dargestellt. Im Anschluss an die ursprüngliche Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte zum Zeitpunkt der Transaktion wurden zum 30. September 2013 innerhalb der langfristigen finanziellen Vermögenswerte und Schulden die Bewertungsgrundlagen für Derivate angepasst. Es erfolgten Buchwerterhöhungen bei beiden Bilanzposten in Höhe von jeweils 90 Mio. €. Die Kaufpreisallokation wurde zum 31. Dezember 2013 abgeschlossen.

T 060

in Mio. €

	Beizulegende Zeitwerte zum Erwerbs- zeitpunkt
AKTIVA	
KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	1 980
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1 639
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	65
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	10
Vorräte	131
Übrige Vermögenswerte	135
LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	6 304
Immaterielle Vermögenswerte	5 052
davon: FCC-Lizenzen	2 920
davon: Goodwill	955
davon: Kundenstamm	845
davon: Markenname	178
davon: Übrige	154
Sachanlagen	1 033
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	216
Aktive latente Steuern	3
VERMÖGENSWERTE	8 284
PASSIVA	
KURZFRISTIGE SCHULDEN	521
Finanzielle Verbindlichkeiten	43
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	205
Ertragsteuerverbindlichkeiten	1
Sonstige Rückstellungen	68
Übrige Schulden	204
LANGFRISTIGE SCHULDEN	5 823
Finanzielle Verbindlichkeiten	5 037
Sonstige Rückstellungen	161
Passive latente Steuern	518
Übrige Schulden	107
SCHULDEN	6 344

Bei den erworbenen kurzfristigen Forderungen der MetroPCS wird nicht davon ausgegangen, dass es in Zukunft in nennenswertem Umfang zu Zahlungsausfällen kommen wird. Die Schätzungen basieren auf Erfahrungswerten aus der Vergangenheit. Die erworbenen kurzfristigen Forderungen entsprechen damit im Wesentlichen den Bruttobeträgen der vertraglichen Forderungen.

Der erworbene Goodwill in Höhe von 1,0 Mrd. €, der in der Konzern-Bilanz der Deutschen Telekom anzusetzen ist, berechnet sich wie folgt:

T 061

in Mio. €

	Beizulegende Zeitwerte zum Erwerbs- zeitpunkt
Übertragene Gegenleistung	1 640
Erworbene Vermögenswerte für 100 % der Anteile	(7 329)
Erworbene Vermögenswerte für 25,71 % der Anteile (Anteile anderer Gesellschafter)	1 884
Übernommene Schulden für 100 % der Anteile	6 344
Übernommene Schulden für 25,71 % der Anteile (Anteile anderer Gesellschafter)	(1 631)
Aktienoptionsprogramm MetroPCS	47
GOODWILL	955

Die Deutsche Telekom setzt gemäß dem nach IFRS 3.19 bestehenden Wahlrecht in der Konzern-Bilanz nur den auf die Anteilseigner der Deutschen Telekom AG entfallenden Goodwill in Höhe von 74,29% an. Der dem Goodwill hinzuzurechnende Effekt aus den Aktienoptionsprogrammen steht im Zusammenhang mit Altprogrammen der MetroPCS. Zum Zeitpunkt des Vollzugs der Transaktion wurden die Aktienoptionen den Planberechtigten vollständig zugeteilt und können ausgeübt werden. Wirtschaftlich handelt es sich um eine – bei Ausübung den Konzernanteil am Eigenkapital mindernde – Verpflichtung seitens der Deutschen Telekom. Da diese Verpflichtung jedoch nicht als Teil der übertragenen Gegenleistung oder in den übernommenen Schulden der MetroPCS zu berücksichtigen war, wurde der Betrag goodwill-erhöhend berücksichtigt. Die Aktienoptionen wurden mit einem marktbasieren Wert angesetzt und zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung im Eigenkapital in den Anteilen anderer Gesellschafter ausgewiesen.

Der Goodwill wird durch Synergien bestimmt, die aus der Zusammenlegung der beiden Gesellschaften entstehen, insbesondere durch Kosteneinsparungen bei der Netzzusammenlegung, durch den Zuwachs an Spektrum für den LTE-Ausbau und durch die erweiterte Kundenbasis.

Die Entwicklung des Goodwills zwischen dem Vollzug der Transaktion und dem 31. Dezember 2013 stellt sich wie folgt dar:

T 062

in Mio. €

	Entwicklung des Goodwills
Goodwill am 1. Mai 2013	955
Wechselkurseffekte	(48)
GOODWILL AM 31. DEZEMBER 2013	907

Der aufgrund des Unternehmenszusammenschlusses neu entstandene Goodwill wird nach US-Steuerrecht nicht angesetzt und ist somit steuerlich nicht abzugsfähig. Latente Steuern auf den Goodwill sind im Rahmen der Kaufpreisallokation nicht entstanden und werden auch in Zukunft nicht entstehen.

Durch den Unternehmenszusammenschluss sind bei der T-Mobile US aktive latente Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 13 Mio. € weggefallen. Eine Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung hat sich nicht ergeben, da diese aktiven latenten Steuern bereits wertberichtigt waren.

Der Konzernumsatz der Deutschen Telekom in der Berichtsperiode erhöhte sich aufgrund des Erwerbs der MetroPCS um 2 530 Mio. € (siehe TABELLE 063). Hätte sich der Unternehmenszusammenschluss bereits am 1. Januar 2013 ereignet, wäre der Umsatz des Konzerns zusätzlich um 1 329 Mio. € höher ausgefallen und hätte somit 3 859 Mio. € betragen. Im Ergebnis der laufenden Berichtsperiode der Deutschen Telekom ist ein Gewinn der MetroPCS in Höhe von 32 Mio. € enthalten. Hätte sich der Unternehmenszusammenschluss bereits am 1. Januar 2013 ereignet, wäre der Überschuss des Deutschen Telekom Konzerns zusätzlich um 75 Mio. € höher ausgefallen und hätte somit 107 Mio. € betragen.

Bis zum 31. Dezember 2013 entstanden transaktionsbezogene Kosten in Höhe von insgesamt 36 Mio. €. Diese wurden in den allgemeinen Verwaltungskosten erfasst.

Für die Mitarbeiter des kombinierten Unternehmens wurde im Juni 2013 ein neues aktienbasiertes Vergütungsprogramm (Restricted Stock Units) beschlossen (siehe auch Angabe 36 „Anteilsbasierte Vergütung“, SEITE 228 F.).

Das kombinierte Unternehmen hat Aktienoptionspläne der MetroPCS übernommen. Die hieraus resultierenden Optionen können von den Berechtigten jederzeit ausgeübt werden. Der Erdienungszeitraum endete mit dem Erwerb der MetroPCS zum 1. Mai 2013, und es ist kein weiterer Aufwand zu erfassen (siehe auch Angabe 36 „Anteilsbasierte Vergütung“, SEITE 228 F.). Durch die bis zum 31. Dezember 2013 ausgeübten Optionen verwässerte sich der von der Deutschen Telekom AG gehaltene Anteil an der T-Mobile US um 0,87 %.

Die T-Mobile US hat im November 2013 eine Kapitalerhöhung durch Ausgabe von 6,6 Mio. Stück Aktien an Dritte durchgeführt. Der Anteil der Deutschen Telekom AG verwässerte sich um 6,67 %.

Der zum 31. Dezember 2013 gehaltene Anteil der Deutschen Telekom an der T-Mobile US beträgt nunmehr 66,75 %.

Die T-Mobile US hat mit Verizon Communications, Inc., Mobilfunk-Spektrum getauscht. Der immaterielle Vermögenswert wurde zum 31. Dezember 2013 aufgrund des Ausweises als zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswert auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten abgewertet. Aufgrund der Netzwerk-Zusammenlegung von T-Mobile USA und MetroPCS wurden Anlagen im Bau sowie Netzwerk-Technik ausgebucht. Der Aufwand aus den genannten Effekten in Höhe von insgesamt 0,2 Mrd. € wird in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen (siehe Angabe 21, SEITE 212).

Erwerb von DIGI Slovakia.

Slovak Telekom hat am 14. Mai 2013 eine Vereinbarung über den Kauf von 100 % der Anteile an der DIGI SLOVAKIA, s.r.o. abgeschlossen. Der Kaufpreis beträgt 53 Mio. €. DIGI Slovakia bietet in der Slowakei digitales Fernsehen über Satellit und Kabel sowie Internet-Zugänge an. Slovak Telekom erweitert mit der Akquisition im Bereich digitales Fernsehen das Produkt-Portfolio. Die Transaktion wurde am 31. Juli 2013 von der slowakischen Wettbewerbsbehörde genehmigt. Seit dem 1. September 2013 ist die DIGI Slovakia im Konzernabschluss der Deutschen Telekom voll zu konsolidieren. Die Höhe des Goodwills beträgt 29 Mio. €.

Veräußerungen.

Die zum operativen Segment Europa gehörende OTE veräußerte zum 31. März 2013 die Beteiligung an Hellas Sat S.A. zu einem Verkaufspreis von 0,2 Mrd. €, wobei ein Entkonsolidierungsgewinn von 0,1 Mrd. € entstand. Ebenfalls zum 31. März 2013 veräußerte die zum operativen Segment Deutschland gehörende Telekom Deutschland GmbH die Beteiligung an der SAF Forderungsmanagement GmbH. Der Verkaufspreis und der Entkonsolidierungserfolg waren nicht wesentlich. Die zum operativen Segment Systemgeschäft gehörende T-Systems International GmbH verkaufte zum 30. April 2013 die T-Systems Italia S.p.A. In diesem Zusammenhang entstand ein Verlust aus dem Verkauf in Höhe von 0,1 Mrd. €, der Verkaufspreis war nicht wesentlich. Am 31. Juli 2013 wurde der Verkauf der Cosmo Bulgaria Mobile EAD (Globul) und Germanos Telecom Bulgaria AD (Germanos) von der zum operativen Segment Europa gehörenden OTE an den norwegischen Telekommunikationsanbieter Telenor vollzogen, der 100 % der Anteile erworben hat. Der angepasste Verkaufspreis betrug 0,6 Mrd. €. Der Ertrag aus der Entkonsolidierung betrug 0,1 Mrd. € (vor Steuern).

Darstellung der quantitativen Auswirkungen auf den Konsolidierungskreis.

In der TABELLE 063 werden die Auswirkungen der zuvor genannten Veränderungen des Konsolidierungskreises auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Segmentberichterstattung für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt:

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

T 063

in Mio. €

	Deutschland	USA	Europa	Systemgeschäft	Group Headquarters & Group Services	Überleitung	Gesamt
Umsatzerlöse	(24)	2 530	(148)	(73)	0	2	2 287
Umsatzkosten	12	(1 730)	80	82	0	(2)	(1 558)
BRUTTOERGEBNIS VOM UMSATZ	(12)	800	(68)	9	0	0	729
Vertriebskosten	1	(467)	55	4	0	0	(407)
Allgemeine Verwaltungskosten	2	(77)	8	5	0	0	(62)
Sonstige betriebliche Erträge	0	5	0	0	0	0	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(1)	0	62	0	0	0	61
BETRIEBSERGEBNIS	(10)	261	57	18	0	0	326
Zinsergebnis	0	(154)	(1)	0	0	0	(155)
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiges Finanzergebnis	0	(75)	0	0	0	0	(75)
FINANZERGEBNIS	0	(229)	(1)	0	0	0	(230)
ERGEBNIS VOR ERTRAGSTEUERN	(10)	32	56	18	0	0	96
Ertragsteuern	0	0	0	0	0	0	0
ÜBERSCHUSS/(FEHLBETRAG)	(10)	32	56	18	0	0	96

Veränderungen des Konsolidierungskreises.

Der Konsolidierungskreis veränderte sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt:

T 064

	Inland	Ausland	Gesamt
VOLLKONSOLIDIERTE TOCHTERUNTERNEHMEN			
1. Januar 2013	68	167	235
Zugänge	5	32	37
Abgänge (einschließlich Verschmelzungen)	6	22	28
31. DEZEMBER 2013	67	177	244
NACH DER EQUITY-METHODE EINBEZOGENE ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN			
1. Januar 2013	4	8	12
Zugänge	-	1	1
Abgänge	-	-	-
31. DEZEMBER 2013	4	9	13
NACH DER EQUITY-METHODE EINBEZOGENE GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN			
1. Januar 2013	3	5	8
Zugänge	-	2	2
Abgänge	-	1	1
31. DEZEMBER 2013	3	6	9
INSGESAMT			
1. Januar 2013	75	180	255
Zugänge	5	35	40
Abgänge (einschließlich Verschmelzungen)	6	23	29
31. DEZEMBER 2013	74	192	266

Die Deutsche Telekom hält zum Abschluss-Stichtag 40 % und eine Stimme der Anteile an der OTE-Gruppe. Aufgrund von Gesellschaftervereinbarungen zwischen der Deutschen Telekom und der Hellenischen Republik besitzt die Deutsche Telekom die Kontrolle über 50 % zuzüglich zweier stimmberechtigter Aktien und übt damit die Beherrschung der Finanz- und Geschäftspolitik über die OTE-Gruppe aus. Die Gesellschaften der OTE-Gruppe sind somit als Tochterunternehmen voll zu konsolidieren.

Folgende Transaktionen werden in Zukunft den Konsolidierungskreis der Deutschen Telekom ändern:

Vereinbarter Erwerb von GTS Central Europe.

Anfang November 2013 hat die Deutsche Telekom mit einem Konsortium internationaler Private Equity-Unternehmen einen Vertrag zur Übernahme der GTS Central Europe Gruppe (GTS) für 546 Mio. € geschlossen. Die GTS ist einer der führenden infrastruktur-basierten Anbieter von Telekommunikationsdiensten in Zentral- und Osteuropa und verfügt über ein weitreichendes Glasfasernetz. Mit dem vereinbarten Erwerb verbessert die Deutsche Telekom die Möglichkeiten, in den europäischen Schlüsselmärkten zukünftig innovative Telekommunikationsdienstleistungen und integrierte Produkte anbieten zu können. Die Übernahme bedarf noch der Genehmigung durch die zuständigen Behörden. Die Transaktion wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 vollzogen werden.

Vereinbarter Verkauf der Scout24 Holding GmbH.

Ebenfalls im November 2013 vereinbarte die Deutsche Telekom den Verkauf von einem Anteil von 70 % an der Scout24 Holding GmbH an Hellman & Friedman LLC (H&F). In Zukunft wird die Deutsche Telekom noch einen Anteil von 30 % an der Scout24 Gruppe halten. Weitere Informationen sind der Angabe 42 „Ereignisse nach der Berichtsperiode“, SEITE 247 zu entnehmen.

WESENTLICHE TOCHTERUNTERNEHMEN.

Die wesentlichen Tochterunternehmen des Konzerns sind in der folgenden

TABELLE 065 dargestellt:

T 065

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil der Deutschen Telekom	Umsatz ^c	Betriebsergebnis ^c	Eigenkapital ^c	Anzahl Mitarbeiter (im Durchschnitt)
	31.12.2013 in %	2013 in Mio. €	2013 in Mio. €	2013 in Mio. €	2013
Telekom Deutschland GmbH, Bonn, Deutschland	100,00	21 990	4 562	4 671	12 834
T-Mobile US, Inc., Bellevue, Washington, USA ^{a,b}	66,75	18 556	1 404	11 942	32 962
T-Systems International GmbH, Frankfurt/Main, Deutschland	100,00	6 730	(265)	1 275	22 347
Hellenic Telecommunications Organization S.A. (OTE), Athen, Griechenland ^a	40,00	4 244	315	3 597	25 325
Magyar Telekom Public Limited Company, Budapest, Ungarn ^{a,b}	59,23	2 145	193	2 151	14 493
T-Mobile Netherlands Holding B.V., Den Haag, Niederlande ^{a,b}	100,00	1 666	181	2 252	1 658
T-Mobile Polska S.A., Warschau, Polen ^b	100,00	1 584	348	2 199	4 721
T-Mobile Czech Republic a.s., Prag, Tschechische Republik ^{a,b}	60,77	988	271	1 540	3 360
Hrvatski Telekom d.d., Zagreb, Kroatien ^{a,b}	51,00	929	202	1 920	5 606
T-Mobile Austria Holding GmbH, Wien, Österreich ^{a,b}	100,00	828	(510)	921	1 207
Slovak Telekom a.s., Bratislava, Slowakei ^{a,b}	51,00	828	69	1 903	3 811

^a Vorkonsolidierter Teilkonzernabschluss bzw. Konzernabschluss.

^b Indirekte Beteiligung der Deutschen Telekom AG.

^c IFRS-Werte.

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB, die Bestandteil des Konzern-Anhangs ist, wird mit dem Konzernabschluss im Bundesanzeiger offengelegt. Sie kann bei der Deutschen Telekom AG, Bonn, Investor Relations, angefordert bzw. auf der Internet-Seite der Deutschen Telekom (www.telekom.com/ir) eingesehen werden. Des Weiteren enthält die Aufstellung des Anteilsbesitzes auch eine abschließende Aufzählung aller Tochterunternehmen, die von Erleichterungen gemäß § 264 Abs. 3 HGB bzw. von der Offenlegungserleichterung gemäß § 264b HGB Gebrauch machen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG.

Transaktionen in fremder Währung werden mit dem Kurs am Tag der Transaktion in die funktionale Währung umgerechnet. Am Abschluss-Stichtag werden monetäre Posten zum Stichtagskurs umgerechnet, nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Transaktion umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam erfasst.

Die Vermögenswerte und Schulden der Konzernunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden von der jeweiligen Landeswährung in Euro mit

den Mittelkursen am Abschluss-Stichtag umgerechnet. Die Mittelkurse entsprechen den durchschnittlichen Geld- und Briefkursen zum Ende der jeweiligen Stichtage. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der ausländischen Konzernunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, werden wie die entsprechenden Jahresergebnisse zu Durchschnittskursen des Berichtszeitraums umgerechnet. Die Differenzen, die durch die Anwendung beider Kurse entstehen, werden erfolgsneutral erfasst.

Die Wechselkurse wichtiger Währungen entwickelten sich wie folgt:

T 066

in €

	Durchschnittskurse			Stichtagskurse	
	2013	2012	2011	31.12.2013	31.12.2012
100 Tschechische Kronen (CZK)	3,85018	3,97740	4,06830	3,64929	3,98309
1 Britisches Pfund (GBP)	1,17714	1,23292	1,15203	1,20086	1,22643
100 Kroatische Kuna (HRK)	13,19720	13,29600	13,44360	13,12490	13,23580
1 000 Ungarische Forint (HUF)	3,36771	3,45820	3,58103	3,36594	3,41775
100 Mazedonische Denar (MKD)	1,61831	1,62376	1,62472	1,62712	1,60626
100 Polnische Zloty (PLN)	23,82270	23,89580	24,27060	24,08060	24,48640
1 US-Dollar (USD)	0,75289	0,77820	0,71801	0,72597	0,75845

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN-BILANZ.

1 ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben eine ursprüngliche Laufzeit von bis zu drei Monaten und enthalten überwiegend Festgeldanlagen bei Kreditinstituten. Daneben sind hier in geringem Umfang Kassenbestände sowie Schecks enthalten. Zur Sicherung etwaiger Ausfallrisiken aus derivativen Transaktionen hat die Deutsche Telekom auf Basis von Collateralverträgen Barsicherheiten in Höhe von 40 Mio. € (31. Dezember 2012: 729 Mio. €) erhalten.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente erhöhten sich in der Berichtsperiode um 3,9 Mrd. € auf 8,0 Mrd. €. Weitere Informationen sind der Konzern-Kapitalflussrechnung in Angabe 31, SEITE 219 F. zu entnehmen.

Zum 31. Dezember 2013 hat die Deutsche Telekom 23 Mio. € (31. Dezember 2012: 7 Mio. €) als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ausgewiesen, die von Tochterunternehmen in EJR Mazedonien gehalten werden. Diese unterliegen Devisenverkehrskontrollen und anderen gesetzlichen Einschränkungen. Die Verfügbarkeit über diese Bestände durch das Mutterunternehmen und andere Konzernunternehmen ist daher eingeschränkt.

2 FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN.

T 067

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7 580	6 316
Sonstige Forderungen	132	101
	7 712	6 417

Vom Gesamtbetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen sind 6 735 Mio. € (31. Dezember 2012: 6 188 Mio. €) innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungsentwicklung resultiert v. a. aus einem höheren Anteil von auf Ratenzahlungen verkaufter Endgeräte im operativen Segment USA. Dies ist die Folge der von der T-Mobile US verfolgten Strategie, Endgeräte zum vollen Preis mittels Ratenverträgen, die bestimmte Kundengruppen in Anspruch nehmen können, zu veräußern.

Die TABELLE 068 zeigt die Fälligkeitsstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an, die zum Stichtag nicht wertgemindert sind.

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschluss-

T 068

in Mio. €

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	davon: Zum Abschluss-Stichtag weder wertgemindert noch überfällig	davon: Zum Abschluss-Stichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeitbändern überfällig					
		Weniger als 30 Tage	Zwischen 30 und 60 Tagen	Zwischen 61 und 90 Tagen	Zwischen 91 und 180 Tagen	Zwischen 181 und 360 Tagen	Mehr als 360 Tage
zum 31.12.2013	2 816	661	82	51	75	106	77
zum 31.12.2012	3 722	597	108	53	138	86	64

Stichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

T 069

in Mio. €

	2013	2012
STAND WERTBERICHTIGUNGEN AM 1. JANUAR	1 316	1 232
Kursdifferenzen	(15)	2
Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen)	642	949
Verbrauch	(479)	(754)
Auflösungen	(120)	(113)
STAND WERTBERICHTIGUNGEN AM 31. DEZEMBER	1 344	1 316

In der folgenden TABELLE 070 sind die Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Erträge aus dem Eingang von ausgebuchten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen dargestellt:

T 070

in Mio. €

	2013	2012	2011
Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen	129	138	107
Erträge aus dem Eingang von ausgebuchten Forderungen	46	103	28

Alle Aufwendungen und Erträge aus Wertberichtigungen und Ausbuchungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den Vertriebskosten ausgewiesen.

3 VORRÄTE.

T 071

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	75	96
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	40	59
Fertige Erzeugnisse und Handelswaren	947	950
Geleistete Anzahlungen	0	1
	1 062	1 106

Von den am 31. Dezember 2013 angesetzten Vorräten wurden Wertminderungen auf den Nettoveräußerungswert in Höhe von 46 Mio. € (2012: 58 Mio. €, 2011: 69 Mio. €) vorgenommen. Die Wertminderungen wurden erfolgswirksam erfasst.

Der Buchwert der Vorräte, der während der Periode als Aufwand erfasst wurde, beträgt 6 470 Mio. € (2012: 5 519 Mio. €, 2011: 5 905 Mio. €).

Die fertigen Erzeugnisse und Handelswaren enthalten Produkte zum Verkauf für Endkunden (z. B. Endgeräte und Zubehör), die nicht selbst hergestellt wurden, und noch nicht abgerechnete, jedoch fertiggestellte Leistungen v. a. gegenüber Geschäftskunden.

4 ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN SOWIE SCHULDEN IN DIREKTEM ZUSAMMENHANG MIT ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENEN LANGFRISTIGEN VERMÖGENSWERTEN UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN.

Zum 31. Dezember 2013 sind in den kurzfristigen Vermögenswerten der Konzernbilanz 1,0 Mrd. € als zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen ausgewiesen. Der Anstieg um 0,9 Mrd. € im Vergleich zum 31. Dezember 2012 steht im Wesentlichen in Zusammenhang mit den folgenden vereinbarten Transaktionen: Im operativen Segment USA sind 0,6 Mrd. € für den Tausch von Mobilfunk-Spektrumlizenzen mit Verizon Communications, Inc. zur Verbesserung der Mobilfunk-Netzabdeckung enthalten und 0,3 Mrd. € im Segment Group Headquarters & Group Services resultieren aus dem vereinbarten Verkauf der Scout24 Gruppe.

Zuschreibungen zu den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen waren nicht wesentlich.

Zum 31. Dezember 2013 sind in den kurzfristigen Schulden 0,1 Mrd. € als Schulden in direktem Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen enthalten. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem vereinbarten Verkauf der Scout24 Gruppe.

T 072

in Mio. €

	31.12.2013				
	Spektrumlizenzen T-Mobile US	Scout24 Gruppe	Immobilien Deutsche Telekom AG	Sonstiges	Summe
ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN					
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	32	-	-	32
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	32	-	2	34
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	-	8	-	2	10
Immaterielle Vermögenswerte	597	174	-	5	776
Sachanlagen	-	18	72	39	129
Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen	-	42	-	-	42
Aktive latente Steuern	-	9	-	-	9
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-	1	-	-	1
SUMME	597	316	72	48	1 033
SCHULDEN IN DIREKTEM ZUSAMMENHANG MIT ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENEN LANGFRISTIGEN VERMÖGENSWERTEN UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN					
Finanzielle Verbindlichkeiten	-	3	-	-	3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	-	15	-	9	24
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	-	3	-	2	5
Sonstige kurzfristige Schulden	-	41	-	3	44
Sonstige langfristige Rückstellungen	-	2	-	-	2
Passive latente Steuern	-	35	-	-	35
SUMME	-	99	-	14	113

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Die folgenden Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen wurden nach IFRS 5 zum 31. Dezember 2013 nicht mehr mit ihren Buchwerten, sondern mit den beizulegenden Zeitwerten abzüglich Veräußerungskosten angesetzt.

T 073

in Mio. €

	31.12.2013			Summe
	Level 1 Eingangsparameter als Preise auf aktiven Märkten	Level 2 Andere Eingangs- parameter, die direkt oder indirekt beobachtbar sind	Level 3 Nicht beobachtbare Eingangsparameter	
ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN				
Spektrumlizenzen T-Mobile US	-	597	-	597
Immobilien Deutsche Telekom AG	-	-	50	50

Für die Spektrumlizenzen der T-Mobile US wurde der beizulegende Zeitwert der getauschten Spektrumlizenzen in Einklang mit IFRS 13 auf Basis von Eingangsparametern des zweiten Levels ermittelt. Hierbei wurden für die Bewertung verschiedene Gruppen in Abhängigkeit von der Bevölkerungsgröße der betreffenden lokalen Märkte gebildet und für jede Stufe der Wert pro Einwohner und pro Megahertz Spektrum (MHz-Pop) anhand von vergangenen Markttransaktionen für vergleichbare Lizenzen berechnet. Die Berechnung erfolgte durch einen externen Gutachter. Die Spektrumlizenzen wurden in Höhe von 0,1 Mrd. € auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten abgewertet. Der Aufwand wurde in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die zur Veräußerung gehaltenen Immobilien der Deutschen Telekom AG betreffen Standorte, die als nicht mehr betriebsnotwendig erachtet werden. Die beizulegenden Zeitwerte werden durch interne Gutachten ermittelt. Wenn für das betreffende Objekt der vorläufige Immobilienverkehrswert 2 Mio. € übersteigt, wird zusätzlich ein externer Gutachter beauftragt. Die Bewertung erfolgt regelmäßig nach dem Ertragswertverfahren unter Berücksichtigung örtlicher Markteinschätzungen und objektindividueller Gegebenheiten, wobei auch nicht am Markt beobachtbare Eingangsparameter einfließen. Weisen internes und externes Gutachten unterschiedliche beizulegende Zeitwerte aus, wird im Regelfall der höhere der beiden verwendet, wobei die voraussichtlichen Verkaufskosten (derzeit regelmäßig rund 10 % des beizulegenden Zeitwerts) abgezogen werden. Der Ansatz in der Bilanz erfolgt mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Verkaufskosten. Die Immobilien wurden in Höhe von 0,1 Mrd. € auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten abgewertet. Der Aufwand wurde in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

5 IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE.

T 074

in Mio. €

	Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	Erworbene immaterielle Vermögenswerte		
		Gesamt	Erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	LTE- Lizenzen
ANSCHAFFUNGS- BZW. HERSTELLUNGSKOSTEN				
STAND 31. DEZEMBER 2011	3 481	45 176	834	1 355
Währungsumrechnung	(12)	(222)	13	0
Veränderung Konsolidierungskreis	1	6	5	0
Sonstige Veränderung	0	0	0	0
Zugänge	78	2 102	7	0
Abgänge	476	1 327	57	0
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	(160)	0	0
Umbuchungen	530	1 338	37	0
STAND 31. DEZEMBER 2012	3 602	46 913	839	1 355
Währungsumrechnung	(83)	(1 310)	(12)	0
Veränderung Konsolidierungskreis	0	3 654	104	0
Sonstige Veränderung	0	0	0	0
Zugänge	112	1 262	214	20
Abgänge	456	1 151	30	0
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(18)	(1 165)	(119)	0
Umbuchungen	961	2 268	10	1 075
STAND 31. DEZEMBER 2013	4 118	50 471	1 006	2 450
KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN UND WERTMINDERUNGEN				
STAND 31. DEZEMBER 2011	2 163	14 764	636	66
Währungsumrechnung	(10)	35	13	0
Veränderung Konsolidierungskreis	0	(3)	0	0
Zugänge (planmäßige Abschreibungen)	720	2 451	20	92
Zugänge (Wertminderungen)	121	6 002	1	0
Abgänge	473	1 225	57	0
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	(18)	0	0
Umbuchungen	(169)	167	1	0
STAND 31. DEZEMBER 2012	2 352	22 173	614	158
Währungsumrechnung	(63)	(432)	(2)	0
Veränderung Konsolidierungskreis	0	(331)	(71)	0
Zugänge (planmäßige Abschreibungen)	995	2 460	52	146
Zugänge (Wertminderungen)	0	116	1	0
Abgänge	454	1 131	29	0
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(11)	(438)	0	0
Umbuchungen	1	16	2	10
STAND 31. DEZEMBER 2013	2 820	22 433	567	314
BUCHWERTE				
Stand 31. Dezember 2012	1 250	24 740	225	1 197
STAND 31. DEZEMBER 2013	1 298	28 038	439	2 136

160 Konzern-Bilanz
 162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
 164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
 166 Konzern-Kapitalflussrechnung

168 Konzern-Anhang
 168 Grundlagen und Methoden
 187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
 210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 219 Sonstige Angaben

Erworbene immaterielle Vermögenswerte				Goodwill	Geleistete Anzahlungen und immaterielle Vermögenswerte in Entwicklung		Gesamt
UMTS- Lizenzen	GSM- Lizenzen	FCC- Lizenzen (T-Mobile US)	Übrige erworbene immaterielle Vermögenswerte				
10 023	1 708	19 101	12 155	27 419	1 339	77 415	
26	24	(396)	111	67	2	(165)	
0	0	0	1	0	0	7	
0	0	0	0	0	0	0	
3	45	1 587	460	8	1 891	4 079	
2	0	93	1 175	0	42	1 845	
0	0	(154)	(6)	0	0	(160)	
(2)	0	0	1 303	0	(1 773)	95	
10 048	1 777	20 045	12 849	27 494	1 417	79 426	
(18)	(19)	(1 012)	(249)	(565)	(13)	(1 971)	
(16)	(85)	2 920	731	1	(6)	3 649	
0	0	0	0	0	0	0	
13	174	271	570	984	3 859	6 217	
32	365	0	724	2	63	1 672	
0	0	(940)	(106)	(298)	(14)	(1 495)	
(7)	(32)	0	1 222	0	(3 111)	118	
9 988	1 450	21 284	14 293	27 614	2 069	84 272	
4 584	1 060	0	8 418	10 261	0	27 188	
9	17	(116)	112	(172)	0	(147)	
0	0	0	(3)	0	0	(3)	
605	134	0	1 600	0	0	3 171	
0	0	5 822	179	2 965	0	9 088	
2	0	0	1 166	0	0	1 698	
0	0	(12)	(6)	0	0	(18)	
0	0	0	166	0	0	(2)	
5 196	1 211	5 694	9 300	13 054	0	37 579	
(7)	(17)	(245)	(161)	(410)	0	(905)	
3	(29)	0	(234)	0	0	(331)	
603	105	0	1 554	0	0	3 455	
0	0	104	11	605	0	721	
32	351	0	719	0	0	1 585	
0	0	(343)	(95)	(197)	0	(646)	
(5)	(10)	0	19	0	0	17	
5 758	909	5 210	9 675	13 052	0	38 305	
4 852	566	14 351	3 549	14 440	1 417	41 847	
4 230	541	16 074	4 618	14 562	2 069	45 967	

Der Nettobuchwert der UMTS-Lizenzen in Höhe von 4,2 Mrd. € entfällt im Wesentlichen auf das operative Segment Deutschland.

Bei T-Mobile Polska wurde im Dezember 2013 Anpassungsbedarf im Spiegel der immateriellen Vermögenswerte festgestellt. Zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung der Gesellschaft wurden die neubewerteten Beträge für den Anfangsbestand der Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Nettowert ausgewiesen. In den Folgeperioden hat die Gesellschaft die Fortentwicklung der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie der kumulierten Abschreibungen zum historischen Bruttowert vor Erstkonsolidierung dargestellt. In der Folge wurden die Abgänge bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten und bei den Abschreibungen zu hoch und der Bestand somit zu niedrig ausgewiesen. Somit waren die Bruttowerte nicht korrekt, die Nettobuchwerte jedoch korrekt dargestellt. Der Spiegel der immateriellen Vermögenswerte der Deutschen Telekom wurde daher zum 31. Dezember 2013 für die Vorperioden rückwirkend angepasst. Im Bestand zum 31. Dezember 2011 wurden in den immateriellen Vermögenswerten sowohl die Anschaffungs- und Herstellungskosten als auch die kumulierten Abschreibungen um jeweils 0,1 Mrd. € erhöht. Für das laufende Jahr 2012 wurden keine weiteren wesentlichen Anpassungen vorgenommen. Infolgedessen ergab die Änderung eine Erhöhung der Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen zum 31. Dezember 2012 um jeweils 0,1 Mrd. €. Es bestanden aus dieser Anpassung keine Effekte auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Telekom.

Bei der T-Mobile US wurden im Dezember 2013 Unstimmigkeiten im Ausweis der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau bei den immateriellen Vermögenswerten entdeckt. Dort wurde nicht zwischen immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen unterschieden, sondern pauschal alle Buchungen in den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau der Sachanlagen ausgewiesen. Der Sachanlagenspiegel und der Spiegel der immateriellen Vermögenswerte der Deutschen Telekom wurden daher zum 31. Dezember 2013 für die Vorperioden rückwirkend angepasst (siehe Angabe 6 „Sachanlagen“, SEITE 194 F.).

Zum Abschluss-Stichtag hat sich die Deutsche Telekom in Höhe von 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,7 Mrd. €) vertraglich zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten verpflichtet. Der Rückgang entfällt im Wesentlichen auf eine im Vorjahr enthaltene Verpflichtung zum Kauf von Mobilfunk-Lizenzen bei T-Mobile Netherlands. Der Erwerb wurde im Geschäftsjahr 2013 vollzogen.

Der Buchwert des Goodwills ist den operativen Segmenten, dem Segment Group Headquarters & Group Services und den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wie folgt zugeordnet:

T 075

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
DEUTSCHLAND	3 977	3 974
USA	907	-
EUROPA	6 488	7 241
davon:		
Polen	1 573	1 600
Niederlande	1 312	1 317
Ungarn	1 055	1 071
Tschechische Republik	610	666
Kroatien	484	488
Slowakei	428	399
Griechenland – Mobilfunk	422	422
Österreich	324	866
Rumänien – Mobilfunk	144	145
Bulgarien	-	75
Übrige	136	192
SYSTEMGESCHÄFT	3 162	3 171
GROUP HEADQUARTERS & GROUP SERVICES	28	54
	14 562	14 440

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich folgende wesentliche Entwicklungen der Buchwerte des Goodwills zahlungsmittelgenerierender Einheiten ergeben:

USA. Der Anstieg des Goodwills um 0,9 Mrd. € im Vergleich zum 31. Dezember 2012 resultiert aus dem Erwerb der MetroPCS zum 1. Mai 2013 (siehe Abschnitt „Veränderung des Konsolidierungskreises und Transaktionen mit Eigentümern“, SEITE 182 FF.).

Europa. Der Buchwert des Goodwills der zahlungsmittelgenerierenden Einheit **Österreich** ging aufgrund der zum 31. Dezember 2013 erfassten Wertminderung als Ergebnis des jährlichen Wertminderungstests um 0,5 Mrd. € zurück. Der Goodwill der zahlungsmittelgenerierenden Einheit **Bulgarien** bestand zum 31. Dezember 2013 aufgrund des Verkaufs der Cosmo Bulgaria (Globul) und Germanos Telecom Bulgaria (Germanos) nicht mehr.

Angaben zu den jährlichen Werthaltigkeitstests. Die Deutsche Telekom führte zum 31. Dezember 2013 ihre jährlichen Werthaltigkeitstests für die den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordneten Goodwills durch. Auf Basis der zum Abschluss-Stichtag vorliegenden Erkenntnisse und Erwartungen der künftigen Entwicklung des Markt- und Wettbewerbsumfelds ergibt sich zum 31. Dezember 2013 ein Wertminderungsbedarf in Höhe von insgesamt 600 Mio. €. Davon entfallen 24 Mio. € auf Anteile anderer Gesellschafter. Im Wesentlichen wurde die zahlungsmittelgenerierende Einheit **Österreich** in Höhe von 541 Mio. € wertgemindert.

Die Wertminderung des Goodwills in **Österreich** resultiert v. a. aus dem Erwerb der dortigen Mobilfunk-Lizenzen im Geschäftsjahr 2013. Der Kauf der Lizenzen war notwendig, um in Zukunft auch weiterhin im österreichischen Mobilfunk-Markt tätig zu sein. Der tatsächlich zu zahlende Kaufpreis aus der Versteigerung war höher als der zuvor erwartete Preis. Darüber hinaus werden durch verschärften Wettbewerb Verschlechterungen der künftigen Umsatzentwicklung erwartet.

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

Der für den Werthaltigkeitstest in Österreich zu ermittelnde erzielbare Betrag wurde auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten bestimmt. Dieser Wert wurde mittels eines Barwertverfahrens berechnet. Die wesentlichen Parameter sind der rechts dargestellten TABELLE 076 zu entnehmen. Der erzielbare Betrag betrug 920 Mio. € und wurden im Einklang mit IFRS 13 mithilfe von Eingangsparametern des dritten Levels (nicht beobachtbare Eingangsparameter) berechnet.

Der erzielbare Betrag bei der Durchführung der Werthaltigkeitstests einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit im Geschäftsjahr 2013 ist grundsätzlich der jeweilige beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Bei der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Kroatien hingegen wurde der erzielbare Betrag anhand des Nutzungswerts berechnet. Im Fall der zahlungsmittelgenerierenden Einheit USA war der Marktpreis eines aktiven und liquiden Markts (Börsenkurs) der T-Mobile US Grundlage für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Den Bewertungen aller anderen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten liegen in der Regel Prognosen zugrunde, die auf den vom Management genehmigten Finanzplänen beruhen und auch für interne Zwecke verwendet werden. Der gewählte Planungshorizont spiegelt die Annahmen für kurz- bis mittelfristige Marktentwicklungen wider und wird gewählt, um einen für die Berechnung der ewigen Rente nötigen stabilen Geschäftsausblick des Unternehmens zu erhalten. Dieser wird erst bei diesem Planungshorizont insbesondere aufgrund der teilweise langen Investitionszyklen in der Telekommunikationsbranche sowie der langfristig geplanten und erwarteten Investitionen zum Erwerb und zur Verlängerung von Frequenznutzungsrechten erreicht. Cashflows, die über die interne Mittelfristplanung hinausgehen, werden anhand geeigneter Wachstumsraten berechnet. Zu den wesentlichen Annahmen, auf denen die Ermittlung des erzielbaren Betrags beruht, gehören folgende im Wesentlichen intern ermittelte Annahmen, die auf vergangenen Erfahrungen aufbauen, um aktuelle interne Erwartungen erweitert und von externen Marktdaten und -einschätzungen untermauert werden: Umsatzentwicklung, Kundengewinnungs- und Kundenbindungskosten, Kündigungsraten, Investitionen, Marktanteile sowie Wachstumsraten. Diskontierungszinssätze werden auf Basis externer vom Markt abgeleiteter Größen bestimmt, unter Berücksichtigung der mit der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verbundenen Risiken. Sollten sich künftig wesentliche Veränderungen in den oben aufgeführten Annahmen ergeben, so würde dies Einfluss auf die beizulegenden Zeitwerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten haben. Mögliche Veränderungen dieser Annahmen können sich durch zukünftige Entwicklungen der makroökonomischen Lage, den anhaltend harten Wettbewerb sowie weitere mögliche Änderungen in der Gesetzgebung (z. B. im Zuge von staatlichen Sparprogrammen) und regulatorische Eingriffe negativ auswirken.

Die rechts stehende TABELLE 076 gibt eine Übersicht über den Zeitraum für die Cashflow-Prognosen, die zur Extrapolation der Cashflow-Prognosen genutzten Wachstumsraten, die auf die Cashflow-Prognosen angewandten Diskontierungszinssätze und die Einordnung für die den erzielbaren Beträgen zugeordneten Eingangsparametern (Level) nach IFRS 13. Enthalten sind die wesentlichen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen Goodwill zugeordnet ist bzw. die im Geschäftsjahr 2013 wertgemindert wurden.

T 076

	Prognosezeitraum in Jahren	Wachstumsraten in %	Diskontierungszinssätze in %	Levelzuordnung der Eingangsparameter
DEUTSCHLAND	10	1,0	6,23	3
USA	-	-	-	1
EUROPA				
Polen	10	2,0	7,75	3
Niederlande	10	2,0	6,76	3
Tschechische Republik	10	2,0	7,73	3
Slowakei	10	2,0	7,11	3
Kroatien	10	2,0	8,78 ^a	-
Griechenland – Mobilfunk	10	2,0	10,48	3
Rumänien – Mobilfunk	10	2,0	9,70	3
Ungarn	10	2,0	7,15	3
Österreich	10	2,0	6,86 ^b	3
Übrige zahlungsmittelgenerierende Einheiten	10	1,5 – 2,0	5,82 – 10,18	3
SYSTEMGESCHÄFT	10	1,5	7,97	3

^a Diskontierungszinssatz vor Steuern aufgrund Berechnung des Nutzungswerts. Der Diskontierungszinssatz nach Steuern beträgt 7,27 %.

^b Diskontierungszinssatz im Vorjahr: 6,63 %.

Wären bei den Werthaltigkeitstests die für den Prognosezeitraum zugrunde gelegten Netto-Cashflows um 0,5 Prozentpunkte höher gewesen, hätten sich keine wesentlichen niedrigeren Wertminderungen ergeben. Wären die zugrunde gelegten Netto-Cashflows um 0,5 Prozentpunkte niedriger gewesen, hätten sich keine wesentlichen höheren Wertminderungen ergeben. Wären bei den Werthaltigkeitstests die zugrunde gelegten Diskontierungssätze um 0,5 Prozentpunkte höher gewesen, hätten sich um 0,1 Mrd. € höhere Wertminderungen ergeben. Wären die Diskontierungssätze hingegen um 0,5 Prozentpunkte niedriger gewesen, hätten sich um 0,1 Mrd. € niedrigere Wertminderungen ergeben. Wären die zugrunde gelegten Wachstumsraten um 0,5 Prozentpunkte niedriger gewesen, hätte dies eine um 0,1 Mrd. € höhere Wertminderung und bei 0,5 Prozentpunkten höheren Wachstumsraten eine um 0,1 Mrd. € niedrigere Wertminderung zur Folge gehabt.

6 SACHANLAGEN.

T 077

in Mio. €

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten und Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
ANSCHAFFUNGS- BZW. HERSTELLUNGSKOSTEN					
STAND 31. DEZEMBER 2011	19 459	101 765	7 614	2 467	131 305
Währungsumrechnung	14	0	4	(16)	2
Veränderung Konsolidierungskreis	0	3	4	0	7
Zugänge	220	2 404	501	3 345	6 470
Abgänge	229	2 876	814	76	3 995
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(612)	(849)	(2)	(33)	(1 496)
Umbuchungen	282	2 049	404	(2 830)	(95)
STAND 31. DEZEMBER 2012	19 134	102 496	7 711	2 857	132 198
Währungsumrechnung	(133)	(879)	(103)	(51)	(1 166)
Veränderung Konsolidierungskreis	(394)	188	313	49	156
Zugänge	199	2 483	462	3 999	7 143
Abgänge	353	3 684	720	76	4 833
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(304)	(117)	(52)	(2)	(475)
Umbuchungen	281	3 706	248	(4 353)	(118)
STAND 31. DEZEMBER 2013	18 430	104 193	7 859	2 423	132 905
KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN UND WERTMINDERUNGEN					
STAND 31. DEZEMBER 2011	9 627	74 454	5 398	29	89 508
Währungsumrechnung	(2)	(7)	0	0	(9)
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	3	0	3
Zugänge (planmäßige Abschreibungen)	789	6 152	736	0	7 677
Zugänge (Wertminderungen)	288	1 603	125	4	2 020
Abgänge	166	2 707	723	2	3 598
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(408)	(382)	(3)	(4)	(797)
Umbuchungen	14	(113)	101	0	2
Zuschreibungen	(13)	0	(2)	0	(15)
STAND 31. DEZEMBER 2012	10 129	79 000	5 635	27	94 791
Währungsumrechnung	(77)	(560)	(78)	0	(715)
Veränderung Konsolidierungskreis	(211)	(454)	121	0	(544)
Zugänge (planmäßige Abschreibungen)	700	5 189	722	0	6 611
Zugänge (Wertminderungen)	96	12	6	2	116
Abgänge	245	3 484	636	1	4 366
Veränderung aus zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(240)	(100)	(37)	(1)	(378)
Umbuchungen	48	(42)	(23)	0	(17)
Zuschreibungen	(20)	0	0	0	(20)
STAND 31. DEZEMBER 2013	10 180	79 561	5 710	27	95 478
BUCHWERTE					
Stand 31. Dezember 2012	9 005	23 496	2 076	2 830	37 407
STAND 31. DEZEMBER 2013	8 250	24 632	2 149	2 396	37 427

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Erläuterungen zu den Abschreibungen und Wertminderungen befinden sich in den Angaben 5 „Immaterielle Vermögenswerte“, SEITE 190 FF. und 30 „Abschreibungen“, SEITE 218 F.

Zum 31. Dezember 2013 wurden Rückbauverpflichtungen in Höhe von 0,3 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,2 Mrd. €) aktiviert. Die Deutsche Telekom hat sich zum Abschluss-Stichtag in Höhe von 1,1 Mrd. € (31. Dezember 2012: 2,0 Mrd. €) vertraglich zum Erwerb von Sachanlagen verpflichtet. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus im Vorjahr enthaltenen Verpflichtungen für den Ausbau des Mobilfunknetzes im operativen Segment USA.

Bei T-Mobile Polska wurde im Dezember 2013 Anpassungsbedarf im Sachanlagespiegel festgestellt. Zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung der Gesellschaft wurden die Neubewerteten Beträge für den Anfangsbestand der Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Nettowert ausgewiesen. In den Folgeperioden hat die Gesellschaft die Fortentwicklung der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie der kumulierten Abschreibungen zum historischen Bruttowert vor Erstkonsolidierung dargestellt. In der Folge wurden die Abgänge bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten und bei den Abschreibungen zu hoch und der Bestand somit zu niedrig ausgewiesen. Somit waren die Bruttowerte nicht korrekt, die Nettobuchwerte jedoch korrekt dargestellt. Der Sachanlagespiegel der Deutschen Telekom wurde daher zum 31. Dezember 2013 für die Vorperioden rückwirkend angepasst. Im Bestand zum 31. Dezember 2011 wurden in den Sachanlagen sowohl die Anschaffungs- und Herstellungskosten als auch die kumulierten Abschreibungen um jeweils 0,3 Mrd. € erhöht. Für das laufende Jahr 2012 wurden jeweils die Abgänge der kumulierten Anschaffungs- und Herstellungskosten und die Abgänge der kumulierten Abschreibungen um 0,1 Mrd. € reduziert. Infolgedessen ergab die Änderung eine Erhöhung der Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen zum 31. Dezember 2012 um jeweils 0,4 Mrd. €. Es bestanden aus dieser Anpassung keine Effekte auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Telekom.

Bei der T-Mobile US wurden ebenfalls im Dezember 2013 Unstimmigkeiten im Ausweis der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau bei den Sachanlagen entdeckt. Es wurde nicht zwischen immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen unterschieden, sondern pauschal alle Buchungen in den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau der Sachanlagen ausgewiesen. Der Sachanlagespiegel und der Spiegel der immateriellen Vermögenswerte der Deutschen Telekom wurden daher zum 31. Dezember 2013 für die Vorperioden rückwirkend angepasst. Im Bestand zum 31. Dezember 2011 wurden 0,1 Mrd. € aus den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau der Sachanlagen in die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau der immateriellen Vermögenswerte umgegliedert. Für das Jahr 2012 wurden 0,7 Mrd. € aus den Zugängen und 0,8 Mrd. € (netto 0,1 Mrd. €) aus den Umbuchungen der Sachanlagen in diesem Zusammenhang in die Zugänge und Umbuchungen der immateriellen Vermögenswerte umgegliedert. In der Konzern-Kapitalflussrechnung wurden Werte für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 rückwirkend angepasst: Für das Jahr 2011 wurden die Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte um 0,5 Mrd. € erhöht und die Auszahlungen für die Sachanlagen um 0,5 Mrd. € vermindert. Für das Jahr 2012 wurden die Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte um 0,7 Mrd. € erhöht und die Auszahlungen für die Sachanlagen um 0,7 Mrd. €

vermindert. Es bestanden aus dieser Anpassung keine Effekte auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung der Deutschen Telekom.

7 BETEILIGUNGEN AN AT EQUITY BILANZIERTEN UNTERNEHMEN.

Die wesentlichen Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

T 078

in Mio. €

Name	31.12.2013		31.12.2012	
	Kapitalanteil in %	Buchwerte	Kapitalanteil in %	Buchwerte
EE ^a	50,00	5 844	50,00	6 352
T-Mobile USA Tower ^b	66,75	75	100,00	79
T-Mobile West Tower ^b	66,75	86	100,00	90
HT Mostar ^c	39,10	52	39,10	52
Toll Collect ^a	45,00	13	45,00	12
Sonstige		97		141
		6 167		6 726

^a Gemeinschaftsunternehmen.

^b Indirekte Beteiligung über T-Mobile USA, Inc., USA (Anteil Deutsche Telekom AG: 66,75 %).

^c Indirekte Beteiligung über Hrvatski Telekom d.d., Kroatien (Anteil Deutsche Telekom AG: 51,00 %).

Der Buchwert des Joint Ventures EE verringerte sich um 0,5 Mrd. €. Dieser Rückgang stand im Wesentlichen in Zusammenhang mit erhaltenen Dividendenzahlungen in Höhe von 0,3 Mrd. € und Wechselkurseffekten in Höhe von 0,1 Mrd. €.

Die folgende Übersicht zeigt aggregierte Eckdaten zu den nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogenen assoziierten Unternehmen. Die Werte beziehen sich nicht auf die auf den Konzern Deutsche Telekom entfallenden Anteile, sondern stellen die Werte auf Basis eines fiktiven Anteilsbesitzes von 100 % dar.

Aggregierte Eckdaten at equity bilanzierter assoziierter Unternehmen.

T 079

in Mrd. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gesamtvermögen	0,6	0,5
Gesamtschulden	0,1	0,1
	2013	2012
Umsatzerlöse	0,2	0,1
Ergebnis	(0,1)	(0,1)

Eine zusammenfassende Darstellung aggregierter Eckdaten der nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen der Deutschen Telekom auf Basis der jeweiligen Beteiligungsquote ist der folgenden TABELLE 080 zu entnehmen:

Aggregierte Eckdaten at equity bilanzierter Gemeinschaftsunternehmen.

T 080

in Mrd. €

	EE	Sonstige	Gesamt 31.12.2013	Gesamt 31.12.2012
GESAMTVERMÖGEN	8,8	0,4	9,2	9,7
Kurzfristig	1,0	0,3	1,3	1,7
Langfristig	7,8	0,1	7,9	8,0
GESAMTSCHULDEN	2,9	0,3	3,2	3,3
Kurzfristig	1,4	0,2	1,6	1,6
Langfristig	1,5	0,1	1,6	1,7
	EE	Sonstige	Gesamt 2013	Gesamt 2012
Umsatzerlöse	3,9	0,2	4,1	4,4
Ergebnis	0,0	0,0	0,0	(0,1)

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der ausgereichten Darlehen und Forderungen deuten zum Abschluss-Stichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Forderungen in Höhe von 941 Mio. € (31. Dezember 2012: 246 Mio. €) wurden im Rahmen von Collateralverträgen zur Sicherung etwaiger Ausfallrisiken aus derivativen Transaktionen eingesetzt.

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte enthalten u. a. nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig bestimmbar waren und die daher am 31. Dezember 2013 in Höhe von 280 Mio. € (31. Dezember 2012: 230 Mio. €) zu Anschaffungskosten bewertet worden sind. Für sie bestand am Abschluss-Stichtag keine Verkaufsabsicht. Ursächlich für den Anstieg waren v. a. höhere Investitionen in Wertpapiere, die zum 31. Dezember 2013 in den zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten enthalten waren.

9 ÜBRIGE VERMÖGENSWERTE.

In den übrigen Vermögenswerten werden im Wesentlichen aktivische Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 1,1 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,0 Mrd. €) ausgewiesen.

8 SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE.

T 081

in Mio. €

	31.12.2013		31.12.2012	
	Gesamt	davon: Kurzfristig	Gesamt	davon: Kurzfristig
Ausgereichte Darlehen und Forderungen	2 672	2 347	2 123	1 718
Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	652	110	380	25
Derivative finanzielle Vermögenswerte	771	283	1 287	201
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	12	5	131	76
	4 107	2 745	3 921	2 020

T 082

in Mio. €

Ausgereichte Darlehen und Forderungen	davon: Zum Abschluss-Stichtag weder wertgemindert noch überfällig	davon: Zum Abschluss-Stichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeitbändern überfällig					
		Weniger als 30 Tage	Zwischen 30 und 60 Tagen	Zwischen 61 und 90 Tagen	Zwischen 91 und 180 Tagen	Zwischen 181 und 360 Tagen	Mehr als 360 Tage
zum 31.12.2013							
Restlaufzeit bis 1 Jahr	2 283	9	3	3	0	1	2
Restlaufzeit über 1 Jahr	324	-	-	-	-	-	1
zum 31.12.2012							
Restlaufzeit bis 1 Jahr	1 627	3	10	15	29	2	1
Restlaufzeit über 1 Jahr	387	-	-	-	-	-	4

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

10 FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN.

T 083

in Mio. €

	31.12.2013				31.12.2012			
	Summe	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Summe	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre
Anleihen und sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	40 535	3 315	13 676	23 544	33 674	5 120	14 651	13 903
davon: Nicht konvertible Anleihen	28 211	545	9 531	18 135	19 950	3 377	8 497	8 076
davon: Commercial Paper, Medium Term Notes und ähnliche Verbindlichkeiten	12 324	2 770	4 145	5 409	13 724	1 743	6 154	5 827
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 105	1 721	2 185	199	3 912	499	3 284	129
davon: Schuldscheindarlehen	1 689	1 227	332	130	1 986	299	1 558	129
davon: Kredite gegenüber der Europäischen Investitionsbank	1 760	10	1 750	-	1 631	64	1 567	-
davon: Sonstige Kredite	656	484	103	69	295	136	159	-
	44 640	5 036	15 861	23 743	37 586	5 619	17 935	14 032
Verbindlichkeiten aus Leasing-Verhältnissen	1 446	162	550	734	1 780	652	475	653
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen	1 072	127	529	416	1 167	40	606	521
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	891	577	210	104	1 551	1 296	175	80
Sonstige unverzinsliche Verbindlichkeiten	1 967	1 855	109	3	1 611	1 534	76	1
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	1 583	134	594	855	919	119	721	79
	6 959	2 855	1 992	2 112	7 028	3 641	2 053	1 334
FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN	51 599	7 891	17 853	25 855	44 614	9 260	19 988	15 366

Die finanziellen Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,0 Mrd. € auf insgesamt 51,6 Mrd. €. Aus dem erstmaligen Einbezug der MetroPCS resultierten zum Erstkonsolidierungszeitpunkt Konsolidierungskreiseffekte in Höhe von 5,1 Mrd. €.

Bei der Deutschen Telekom ist ein fortlaufendes Liquiditäts-Management implementiert. Damit die Zahlungsfähigkeit sowie die finanzielle Flexibilität des Konzerns und der Deutschen Telekom AG jederzeit sichergestellt werden können, hält die Deutsche Telekom eine Liquiditätsreserve in Form von Kreditlinien und Barmitteln vor. Diese Liquiditätsreserve soll zu jedem Zeitpunkt die Kapitalmarktfälligkeiten der nächsten 24 Monate abdecken.

Neben den ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten standen der Deutschen Telekom am 31. Dezember 2013 standardisierte bilaterale Kreditlinien mit 21 Banken mit einem aggregierten Gesamtvolumen von 12,6 Mrd. € zur Verfügung. Zum 31. Dezember 2013 wurden 320 Mio. € dieser Banklinien im Rahmen einer Avalziehung in Anspruch genommen. Die Konditionen sind gemäß den Kreditverträgen abhängig vom Rating der Deutschen Telekom. Die bilateralen Kreditverträge haben eine ursprüngliche Laufzeit von 36 Monaten und können jeweils nach 12 Monaten um weitere 12 Monate auf wiederum 36 Monate

prolongiert werden. Der Zugang zu den internationalen Fremdkapitalmärkten ist aus heutiger Sicht nicht gefährdet. In 2013 emittierten die Deutsche Telekom International Finance B.V. und die Deutsche Telekom AG eine Anleihe in zwei Tranchen im Volumen von 2 Mrd. € und Medium Term Notes mit einem Gesamtvolumen von 0,2 Mrd. €. Von der T-Mobile US wurden im Geschäftsjahr 2013 Anleihen im Wert von insgesamt 8,1 Mrd. US-\$ begeben oder umplatziert: Im August 2013 begab die Gesellschaft eine Anleihe über 500 Mio. US-\$ (ca. 0,4 Mrd. €). Im November 2013 begab die T-Mobile US Senior Notes in einem Gesamtvolumen von 2 Mrd. US-\$ (ca. 1,5 Mrd. €). Im Oktober 2013 verkaufte die Deutsche Telekom AG Anleihen der T-Mobile US im Gegenwert von 5,6 Mrd. US-\$ (ca. 4,1 Mrd. €), die sie im April 2013 im Rahmen des Zusammenschlusses von T-Mobile USA und MetroPCS übernommen hatte. Die Anleihen wurden bei internationalen Investoren platziert.

Aus den folgenden TABELLEN 084 und 085 sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verbindlichkeiten sowie der derivativen Finanzinstrumente mit positivem und negativem beizulegendem Zeitwert der Deutschen Telekom ersichtlich:

T 084

in Mio. €

	Buchwert 31.12.2013	Cashflows 2014		
		Zins fix	Zins variabel	Tilgung
ORIGINÄRE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN				
Anleihen, sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen und ähnliche Verbindlichkeiten	(45 712)	(2 314)	(26)	(4 944)
Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing	(1 446)	(103)		(164)
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	(891)	(4)		(577)
Sonstige unverzinsliche Verbindlichkeiten	(1 967)			(1 856)
DERIVATIVE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN UND VERMÖGENSWERTE				
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten:				
Devisenderivate ohne Hedge-Beziehung	(39)			(43)
Devisenderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	(3)			(1)
Devisenderivate in Verbindung mit Net Investment Hedges	-			
Zinsderivate ohne Hedge-Beziehung	(542)	(156)	18	
Zinsderivate in Verbindung mit Fair Value Hedges	(276)	114	(48)	
Zinsderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	(723)	(20)	8	
Derivative finanzielle Vermögenswerte:				
Devisenderivate ohne Hedge-Beziehung	26			25
Devisenderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	24			24
Zinsderivate ohne Hedge-Beziehung	412	55	(22)	185
Zinsderivate in Verbindung mit Fair Value Hedges	62	114	(71)	
Zinsderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	89	10		
FINANZIELLE GARANTIE UND KREDITZUSAGEN^a	(1)			(340)

^a Für ausführliche Erläuterungen vgl. Angabe 37 „Finanzinstrumente und Risiko-Management“, SEITE 230 FF. Es wurde jeweils die maximale Zahlung für den frühestmöglichen Zeitpunkt der Inanspruchnahme dargestellt.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Cashflows 2015			Cashflows 2016 - 2018			Cashflows 2019 - 2023			Cashflows 2024 ff.		
Zins fix	Zins variabel	Tilgung	Zins fix	Zins variabel	Tilgung	Zins fix	Zins variabel	Tilgung	Zins fix	Zins variabel	Tilgung
(2 119)	(20)	(4 852)	(5 151)	(27)	(11 372)	(4 842)	(1)	(16 090)	(3 715)		(8 427)
(101)		(159)	(216)		(388)	(225)		(407)	(121)		(327)
(2)		(115)	(12)		(97)	(50)		(78)	(10)		(25)
		(35)			(73)			(3)			
		(1)									
(88)	14	6	19	(3)	(116)	40	(32)	(10)	62	(57)	(102)
115	(49)		334	(142)	(19)	439	(130)		986	(342)	
(106)	15		(266)	29		70			29		(86)
4	(11)	122	1	(4)	6	(2)	2		6	2	24
105	(57)		170	(113)							
10			34		35	43		97	16		39

T 085

in Mio. €

	Buchwert 31.12.2012	Cashflows				
		2013	2014	2015 – 2017	2018 – 2022	2023 ff.
ORIGINÄRE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN						
Anleihen, sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen und ähnliche Verbindlichkeiten	(38 753)	(8 078)	(7 028)	(16 634)	(11 161)	(11 282)
Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing	(1 246)	(250)	(205)	(544)	(476)	(494)
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	(2 085)	(1 807)	(101)	(107)	(190)	
Sonstige unverzinsliche Verbindlichkeiten	(1 611)	(1 534)	(59)	(16)	(2)	-
DERIVATIVE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN UND VERMÖGENSWERTE						
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten:						
Devisenderivate ohne Hedge-Beziehung	(38)	(44)				
Devisenderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	(9)	(7)				
Devisenderivate in Verbindung mit Net Investment Hedges	-	-				
Zinsderivate ohne Hedge-Beziehung	(289)	(123)	(67)	(72)	10	51
Zinsderivate in Verbindung mit Fair Value Hedges	-					
Zinsderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	(575)	(101)	(95)	(387)	(25)	
Derivative finanzielle Vermögenswerte:						
Devisenderivate ohne Hedge-Beziehung	12	10	1			
Devisenderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	22	14	9			
Zinsderivate ohne Hedge-Beziehung	519	153	148	73	21	75
Zinsderivate in Verbindung mit Fair Value Hedges	498	220	195	190	128	410
Zinsderivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	236	12	12	79	182	76
FINANZIELLE GARANTIE UND KREDITZUSAGEN^a	(1)	(381)				

^a Für ausführliche Erläuterungen vgl. Angabe 37 „Finanzinstrumente und Risiko-Management“, SEITE 230 FF. Es wurde jeweils die maximale Zahlung für den frühestmöglichen Zeitpunkt der Inanspruchnahme dargestellt.

Einbezogen wurden alle Instrumente, die am 31. Dezember 2013 im Bestand waren und für die bereits Zahlungen vertraglich vereinbart waren. Planzahlen für künftige neue Verbindlichkeiten wurden nicht einbezogen. Fremdwährungsbeträge wurden jeweils mit dem Stichtagskassakurs umgerechnet. Die variablen Zinszahlungen aus den Finanzinstrumenten wurden unter Zugrundelegung der zuletzt vor dem 31. Dezember 2013 gefixten Zinssätze ermittelt. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verbindlichkeiten sind immer dem frühesten Zeitraster zugeordnet. Gemäß § 2 Abs. 4 PostUmwG trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der Verbindlichkeiten, die am 1. Januar 1995 bereits bestanden. Diese beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf nominal 2,1 Mrd. € (31. Dezember 2012: 2,1 Mrd. €).

11 VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN.

T 086

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7 231	6 415
Sonstige Verbindlichkeiten	28	30
	7 259	6 445

Vom Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten sind 7 253 Mio. € (31. Dezember 2012: 6 439 Mio. €) innerhalb eines Jahres fällig.

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

12 PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN.

Zum 1. Januar 2013 wurde der geänderte IAS 19 „Employee Benefits“ von der Deutschen Telekom rückwirkend angewendet. Dies führte zu Anpassungen hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Darstellung der leistungsorientierten Versorgungszusagen (Leistungszusagen). Weitere Informationen sind im Kapitel „Grundlagen und Methoden“ im Abschnitt „Erstmals im Geschäftsjahr anzuwendende Standards, Interpretationen und Änderungen von Standards und Interpretationen“, SEITE 168 F. dargestellt.

LEISTUNGSORIENTIERTE VERSORGUNGSZUSAGEN (LEISTUNGSZUSAGEN).

Der wesentliche Anteil der Pensionsverpflichtungen im Konzern beruht auf unmittelbaren und mittelbaren Zusagen in Deutschland, Griechenland und der Schweiz. Darüber hinaus bestehen in Deutschland Verpflichtungen gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes (GG).

Die Versorgungsverpflichtungen der Deutschen Telekom setzen sich wie folgt zusammen:

T 087

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN	7 006	7 312	6 124
Vermögenswert aus Pensionsverpflichtungen	(14)	(17)	(15)
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (NETTO)	6 992	7 295	6 109
davon: Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen	6 698	6 711	5 740
davon: Rückstellungen für mittelbare Pensionsverpflichtungen	292	582	367
davon: Rückstellungen für Verpflichtungen gemäß Artikel 131 GG	2	2	2

Die Pensionsrückstellungen werden in der Konzern-Bilanz unter den langfristigen Schulden ausgewiesen. Der Vermögenswert aus Pensionsverpflichtungen ist in der Konzern-Bilanz unter den übrigen langfristigen Vermögenswerten erfasst.

Herleitung der Pensionsrückstellungen:

T 088

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Barwert der Verpflichtung, die über einen ausgegliederten Vermögenswert ganz oder teilweise finanziert ist	6 487	6 441	5 006
Ausgegliederte Vermögenswerte (Planvermögen)	(1 973)	(1 680)	(860)
DAS VERMÖGEN ÜBERSTEIGENDE LEISTUNGSVERPFLICHTUNGEN	4 514	4 761	4 146
Barwert der Verpflichtung, die nicht über einen ausgegliederten Vermögenswert finanziert ist	2 478	2 532	1 960
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (GEMÄSS IAS 19.63)	6 992	7 293	6 106
Anpassung aufgrund der Vermögensobergrenze (gemäß IAS 19.64)	-	2	3
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (NETTO)	6 992	7 295	6 109

T 089

in Mio. €

	2013	2012	2011
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (NETTO) ZUM 1. JANUAR	7 295	6 109	6 386
Dienstzeitaufwand	160	197	199
Nettozinsaufwand/-ertrag auf die Pensionsrückstellung (netto)	228	313	314
Effekte aus der Neubewertung	(48)	1 822	(173)
Versorgungsleistungen vom Arbeitgeber direkt gezahlt	(366)	(375)	(367)
Beiträge des Arbeitgebers zum Planvermögen	(269)	(768)	(267)
Veränderungen durch Unternehmenszusammenschlüsse/Betriebsübergänge/Zu- und Verkäufe	(7)	(2)	17
Tatsächlich angefallene Verwaltungskosten (Zahlung aus Planvermögen)	0	0	0
Wechselkursänderungen bei Plänen in fremder Währung	(1)	(1)	0
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (NETTO) ZUM 31. DEZEMBER	6 992	7 295	6 109

Unsere wesentlichen Annahmen für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen sind der Rechnungszins, der Gehaltstrend, der Rententrend sowie die Langlebigkeit. Die TABELLE 090 auf der nachfolgenden Seite enthält die Annahmen, die jeweils für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember zugrunde gelegt wurden. Für die Ermittlung des Pensionsaufwands eines Geschäftsjahres wurden jeweils die Annahmen zum 31. Dezember des Vorjahres verwendet.

Annahmen für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember des Jahres:

T 090

in %

		2013	2012	2011	2010
Rechnungszins	Inland	3,29	3,26	5,31	5,16
	Schweiz (T-Systems Schweiz AG)	2,34	1,78	2,57	3,05
	Griechenland (OTE S.A.)	3,25 ^a /2,53 ^b	2,86 ^a /2,26 ^b	4,72 ^a /4,18 ^b	4,56 ^a /3,71 ^b
Gehaltstrend	Inland (tariflich Angestellte)	2,75	2,75	2,75	3,25
	Inland (außertariflich Angestellte)	2,75	2,75	2,75	3,50
	Schweiz (T-Systems Schweiz AG)	1,50	1,50	1,50	1,50
	Griechenland (OTE S.A.)	1,00 ^c	1,00 ^d	1,50 ^e	2,50 ^f
Rententrend	Inland (allgemein)	1,50	1,50	1,50	1,50
	Inland (satzungsgemäß)	1,00	1,00	1,00	1,00
	Schweiz (T-Systems Schweiz AG)	0,30	0,30	0,30	0,30
	Griechenland (OTE S.A.)	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.

^a Der Rechnungszins bezieht sich auf die Pläne Staff Retirement Indemnities und Phone Credits (siehe Planbeschreibung, SEITE 205).

^b Der Rechnungszins bezieht sich auf den Plan Youth Accounts (siehe Planbeschreibung, SEITE 205).

^c Die Annahmen des Jahres 2013 für den Gehaltstrend betragen für die nachfolgenden Jahre: 2014: 0,97 %, 2015: 9,69 %, 2016: 0,00 %. Für die Jahre ab 2017 wird eine Steigerung von 1,00 % angenommen.

^d Die Annahmen des Jahres 2012 für den Gehaltstrend betragen für die nachfolgenden Jahre: 2013: 0,97 %, 2014: 0,97 %, 2015: 9,69 %, 2016: 0,00 %. Für die Jahre ab 2017 wurde eine Steigerung von 1,00 % angenommen.

^e Die Annahmen des Jahres 2011 für den Gehaltstrend betragen für die nachfolgenden Jahre: 2012: - 10,06 %, 2013: - 7,04 %, 2014: - 3,93 %, 2015: 9,09 %. Für die Jahre ab 2016 wurde eine Steigerung von 1,50 % angenommen.

^f Aufgrund einer Einigung mit der Gewerkschaft in 2011 war der Gehaltstrend für die Jahre 2012 bis 2014 sinkend und ab 2015 wieder steigend.

^g Die Annahmen des Jahres 2010 für den Gehaltstrend betragen für 2011 - 2012: 2,2 %, 2013 - 2014: 3,2 %, 2015 - 2016: 2,4 %. Für die Jahre ab 2017 wurde eine Steigerung von 2,5 % angenommen.

T 091

in Jahren

		31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Duration	Inland	13,7	14,8	13,3
	Schweiz (T-Systems Schweiz AG)	17,1	17,5	16,1
	Griechenland (OTE S.A.)	13,0 ^a /7,0 ^b	11,2 ^a /7,1 ^b	8,6 ^a /6,6 ^b

^a Die Duration bezieht sich auf die Pläne Staff Retirement Indemnities und Phone Credits (siehe Planbeschreibung, SEITE 205).

^b Die Duration bezieht sich auf den Plan Youth Accounts (siehe Planbeschreibung, SEITE 205).

Für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden im Wesentlichen die folgenden biometrischen Rechnungsgrundlagen verwendet:

Inland: Heubeck 2005G, Schweiz (T-Systems Schweiz AG): BVG 2010 Generational, Griechenland (OTE S.A.): EVK2000.

Für die Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung künftiger Gehaltssteigerungen wurden zum 31. Dezember 2013 die oben genannten Zinssätze zugrunde gelegt. Diese Zinssätze wurden in Übereinstimmung mit der mittleren gewichteten Laufzeit (Duration) der jeweiligen Verpflichtungen gewählt.

In der Eurozone basiert die Ermittlung des Rechnungszinses auf der Rendite von qualitativ hochwertigen europäischen Unternehmensanleihen mit AA-Rating, für die eine Zinsstrukturkurve auf Basis von Spot Rates gebildet wird. Die Ermitt-

lung des Rechnungszinses in der Schweiz wurde entsprechend auf Basis von Swap-Renditen zuzüglich Risikozuschlägen vorgenommen. Da in der Schweiz kein ausreichendes Marktvolumen an qualitativ hochwertigen Unternehmensanleihen mit AA-Rating zur Verfügung steht, wird der Rechnungszins auf Basis von Swap-Renditen für Bonds mit AAA-Rating ermittelt. Solche Swaps liegen in der Schweiz zu unterschiedlichen Durationen vor und werden in höherem Maße gehandelt als Schweizer Staatsanleihen. Die aus diesen Swap-Renditen abgeleitete Zinsstrukturkurve repräsentiert für Zwecke der Rechnungslegung ein zu geringes Ausfallrisiko, sodass eine weitere Anpassung in Form eines Risikozuschlags auf die Zinsstrukturkurve (credit spread) erfolgt, welcher aus dem eingeschränkten Umfang an Schweizer Unternehmensanleihen mit AA-Rating abgeleitet wird.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen im Berichtsjahr:

T 092

in Mio. €

	2013	2012	2011
BARWERT DER PENSIONSVERPFLICHTUNGEN ZUM 1. JANUAR	8 973	6 966	7 015
Laufender Dienstzeitaufwand	219	185	192
Zinsaufwand der bereits erworbenen Ansprüche	282	353	341
Effekte aus der Neubewertung	(33)	1 868	(185)
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen	27	(19)	(21)
davon: Veränderungen der finanziellen Annahmen	(57)	1 887	(172)
davon: Veränderungen der demografischen Annahmen	(3)	0	8
Versorgungszahlungen im Geschäftsjahr	(408)	(420)	(419)
Beiträge von Planteilnehmern	5	4	4
Veränderungen durch Unternehmenszusammenschlüsse/ Betriebsübergänge/Zu- und Verkäufe	(8)	3	6
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aufgrund von Planänderungen	(64)	16	(3)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aufgrund von Plankürzungen	(8)	(6)	(2)
Planabgeltungen	13	2	11
Im Rahmen von Pensionen anfallende Steuern	-	-	-
Wechselkursänderungen bei Plänen in fremder Währung	(6)	2	6
BARWERT DER PENSIONSVERPFLICHTUNGEN ZUM 31. DEZEMBER	8 965	8 973	6 966

Vom Barwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2013 entfallen auf aktive Planteilnehmer 4 080 Mio. €, auf unverfallbar ausgeschiedene Planteilnehmer 1 528 Mio. € und auf Leistungsempfänger 3 357 Mio. €.

Unter Berücksichtigung ausgegliederter Vermögenswerte sind die Versorgungsverpflichtungen vollständig ausgewiesen.

Verteilung der Verpflichtungen der wesentlichen Pläne zum 31. Dezember 2013 der Deutschen Telekom:

T 093

in Mio. €

	Inland	Schweiz (T-Systems Schweiz AG)	Griechenland (OTE S.A.)	Restliche Pläne
Barwert der Pensionsverpflichtungen	8 254	185	259	267
Ausgegliederte Vermögenswerte	(1 627)	(161)	-	(185)
Anpassung aufgrund der Vermögensobergrenze	-	-	-	-
PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (NETTO)	6 627	24	259	82

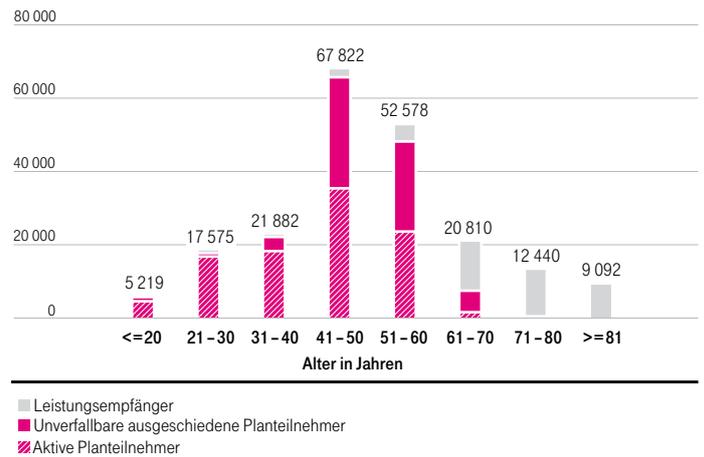
Die nachfolgenden Auswertungen bezüglich der Altersstruktur, Sensitivitätsanalyse sowie die Planbeschreibungen und deren Risiken beziehen sich auf die Gesellschaften im Inland, in der Schweiz (T-Systems Schweiz AG) und in Griechenland (OTE S.A.).

Altersstruktur:

Für die wesentlichen Pläne bei der Deutschen Telekom liegt die folgende strukturabhängige Altersstruktur vor.

G 56

Altersstruktur der Planteilnehmer für wesentliche Pensionspläne bei der Deutschen Telekom.^a



^a Für Griechenland (OTE S.A.) ist nur der Plan Staff Retirement Indemnities enthalten.

Sensitivitätsanalyse für die Pensionsverpflichtungen:

In der nachfolgenden Sensitivitätsanalyse werden die Auswirkungen von möglichen Veränderungen der als wesentlich eingestuften versicherungsmathematischen Bewertungsannahmen auf den zum Stichtag 31. Dezember 2013 berechneten Barwert der Pensionsverpflichtungen dargestellt. Eine Veränderung der Bewertungsannahmen um die dargestellten Änderungen hätte zum 31. Dezember 2013 bei sonst unveränderten Annahmen nachfolgende Auswirkungen auf den Barwert der Pensionsverpflichtung.

T 094

in Mio. €

	Erhöhung/(Rückgang) des Barwerts der Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2013		
	Inland	Schweiz (T-Systems Schweiz AG)	Griechenland (OTE S.A.)
Zunahme Rechnungszins um 100 Basispunkte	(950)	(21)	(25)
Abnahme Rechnungszins um 100 Basispunkte	1 160	26	30
Zunahme Gehaltstrend um 50 Basispunkte	7	3	15
Abnahme Gehaltstrend um 50 Basispunkte	(6)	(3)	(13)
Zunahme Rententrend um 25 Basispunkte	5	5	0
Abnahme Rententrend um 25 Basispunkte	(5)	(4)	0
Zunahme Lebenserwartung um 1 Jahr	185	4	1
Abnahme Lebenserwartung um 1 Jahr	(191)	(4)	(1)

Die Sensitivitätsbetrachtung wurde für den Rechnungszins, Bezügetrend und Rententrend jeweils isoliert vorgenommen. Hierzu wurden sowohl für den Anstieg als auch den Rückgang der Annahme weitere versicherungsmathematische Bewertungen durchgeführt. Die angesetzten Variationsbreiten der Bewertungsannahmen wurden so gewählt, dass sich die jeweilige Annahme innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 bis 90 % nicht außerhalb der Bandbreite bewegt. Bei der Lebenserwartung der Planberechtigten ist nicht davon auszugehen, dass sie sich innerhalb eines Jahres wesentlich ändern wird. Aus Risikogesichtspunkten wurde dennoch zusätzlich die Wirkung einer Änderung der Lebenserwartung auf die Verpflichtungen ermittelt. Hierzu wurden Bewertungen unter der Annahme durchgeführt, dass die Lebenserwartung der Planberechtigten im 65. Lebensjahr mittels Altersverschiebung um ein Jahr erhöht bzw. reduziert wäre. Für die anderen Planberechtigten wurde die Altersverschiebung analog angesetzt. Bei einer Variation des Bewertungsendalters oder der Fluktuation würden sich insbesondere im Inland nur unwesentliche Effekte ergeben.

Global Pension Policy und Planbeschreibungen:

Mithilfe der Global Pension Policy – einer konzernweiten Richtlinie – steuert die Deutsche Telekom ihre Pensionszusagen. Sie stellt weltweit sicher, dass bezüglich der Gewährung von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung und deren Management konzernweite Mindeststandards eingehalten, Pläne harmonisiert und finanzielle und andere Risiken für das Kerngeschäft vermieden bzw. verringert werden. Weiterhin stellt sie Leitlinien zur Durchführung und Steuerung von Pensionszusagen zur Verfügung und definiert Anforderungen an die Einführung, Anpassung oder Schließung entsprechender Pläne. Die Regelungen und Vorgaben dieser Konzernrichtlinie berücksichtigen die nationalen Unterschiede im Bereich der staatlichen oder anderen verpflichtenden Zusagen beim Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht sowie der gewöhnlichen Geschäftspraktiken in Bezug auf Pensionszusagen.

Zur Risikobegrenzung wurden im Konzern endgehaltsabhängige Leistungszusagen bereits weitgehend durch beitragsbasierte Leistungszusagen abgelöst. In Deutschland wurde zur weiteren Deckung der Pensionsverpflichtungen zudem seit 2011 ein konzerninternes CTA (Deutsche Telekom Trust e. V.) verwendet. Ein CTA ist eine rechtlich ausgestaltete Treuhandvereinbarung zur Kapitaldeckung unmittelbarer Versorgungszusagen mit separiertem und ausgegliedertem Vermögen sowie zum erweiterten Insolvenzschutz für diese Verpflichtungen.

Die weltweiten Verpflichtungen sowie die bestehenden ausgegliederten Vermögenswerte werden regelmäßig auf risikoreduzierende Maßnahmen untersucht, z. B. mithilfe von Asset Liability-Studien und regelmäßigen Benefit Audits.

Im **Inland** bestehen für einen Großteil der Mitarbeiter Zusagen auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen. Im Rahmen einer Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung wurde bereits im Jahr 1997 für aktive Mitarbeiter flächendeckend der Kapitalkontenplan eingeführt. Zudem wurden in den Folgejahren durch Unternehmenskäufe erworbene Zusagen ebenfalls auf den Kapitalkontenplan überführt. Hierbei handelt es sich um eine arbeitgeberfinanzierte, beitragsbasierte Leistungszusage. Die jährlich gewährten, gehaltsabhängigen Beiträge werden im jeweiligen Jahr der Bereitstellung mit altersabhängigen Zinsfaktoren bis Alter 60 vorab verzinst und in eine garantierte Versicherungssumme umgerechnet. Die Vorabverzinsung beträgt derzeit 3,75 % p. a. (Richtzins Kapitalkontenplan).

Die Deutsche Telekom hat im Rahmen einer Planänderung im Geschäftsjahr 2013 die Verzinsung der künftigen Beiträge innerhalb der betrieblichen Altersversorgung im Inland von 5 % p. a. auf derzeit 3,75 % p. a. reduziert. Die Änderung steht nicht im Zusammenhang mit der Anwendung des geänderten IAS 19. Die Änderungsmöglichkeit des Richtzinses dient dazu, eine kapitalmarktnahe Verzinsung der Beiträge zum Kapitalkonto zu erreichen. Aufgrund der deutlich gesunkenen Zinsen am Markt war eine kapitalmarktnahe Verzinsung nicht mehr gegeben. Die Änderung des Zinssatzes führt in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr 2013 zu einem positiven Einmaleffekt von 0,1 Mrd. € (vor Steuern).

Der Zeitraum für die Bereitstellung von Beiträgen ist zunächst auf zehn künftige Beitragsjahre begrenzt und verlängert sich ohne Kündigung jeweils automatisch um ein weiteres Jahr. Die im Laufe der aktiven Dienstzeit angesammelten Versicherungssummen werden im Versorgungsfall primär in Form von Einmalkapital ausbezahlt. Daher besteht für diese Zusagen lediglich ein geringes Langlebkeitsrisiko. Aufgrund der Auszahlungsrichtlinien und der Planstruktur des Kapitalkontenplans ist dieser für den Arbeitgeber planbar und die Bezügedynamik betreffend frei von akuten Schwankungen und Risiken.

Darüber hinaus bestehen in Deutschland verschiedene geschlossene Altzusagen, die in der Regel Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen in Form lebenslänglicher Renten vorsehen. Die vorherrschenden Zusagen bilden hierbei die Gesamtversorgung der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) mit einer Anrechnung der gesetzlichen Rente und die debis-Versorgungsordnung. Im Wesentlichen werden hiervon nur noch ausgeschiedene Mitarbeiter und Leistungsempfänger begünstigt, bei denen die Leistungen betragsmäßig fest stehen. Das Gesamtversorgungssystem der VAP wirkt somit nur für den im Jahr 1997 bereits bestehenden Rentnerbestand und für den damals unverfallbar ausgeschiedenen Anwärterbestand nach.

Sofern Leistungszusagen im Inland Rente gewähren, ist die Rentenanpassung für diese Renten bis auf wenige unwesentliche Ausnahmen in den bestehenden Versorgungsregelungen in prozentualer Höhe fest definiert. Daher hat eine Änderung des allgemeinen Rententrends im Inland nur einen unwesentlichen Effekt auf den Barwert der Verpflichtungen.

Da eine Veränderung der Lebenserwartung hauptsächlich Auswirkungen auf die Verpflichtungen aus den Altbeständen mit Rentenzusagen hat und seit 1997 Zusagen in Form von Kapital gewährt werden, ist in den Folgejahren mit einer abnehmenden Bedeutung des Risikos aus der Veränderung der Lebenserwartung für den Konzern zu rechnen.

Zur langfristigen Deckung der Pensionsverpflichtungen hat die Deutsche Telekom Vermögen in einen unternehmenseigenen CTA und eine unternehmenseigene Unterstützungskasse ausgelagert.

Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung (2. Säule) besteht in der **Schweiz (T-Systems Schweiz AG)** ein beitragsbasierter, durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanzierter Leistungsplan, der über die legalrechtlich selbstständige T-Systems Pensionskasse abgewickelt wird. Wie oft in der Schweiz üblich, gewährt auch die T-Systems Schweiz AG höhere Leistungen als gesetzlich gefordert. Im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

(BVG) sind Mindestvorschriften für das zu versichernde Gehalt, altersabhängige Beiträge sowie ein Mindestverrentungsfaktor für den obligatorischen Teil des Altersguthabens festgelegt. Zudem legt der Schweizer Bundesrat jedes Jahr eine Mindestverzinsung für das obligatorische Altersguthaben fest (2013: 1,5 %, 2014: 1,75 %).

Der Pensionskasse steht der Stiftungsrat vor. Dieser stellt den täglichen Betrieb der Pensionskasse sicher und entscheidet über grundlegende Aspekte wie die Höhe und die Struktur der Pensionsleistungen und die Anlagestrategie des Vermögens. Der Stiftungsrat setzt sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammen. Laut Angaben der Pensionskasse liegt die bisherige durchschnittliche jährliche Verzinsung der Altersguthaben bei ca. 2,0 bis 2,5 %.

Aufgrund der bestehenden Mindestverzinsung der obligatorischen Altersguthaben besteht für die T-Systems Schweiz AG bei einer möglichen Unterfinanzierung der Pensionskasse ein Nachdotierungsrisiko. Die Pensionskasse bietet die Wahlmöglichkeit einer lebenslangen Rente anstelle einer Einmalzahlung für Versicherte. In diesem Fall bestehen Langlebkeits- und Investitionsrisiken, da zum Zeitpunkt der Verrentung Annahmen bzgl. der Lebenserwartung bzw. der Vermögensrendite einfließen.

In Griechenland (OTE S.A.) werden bei vorzeitiger Kündigung durch den Arbeitgeber – sowie in reduzierter Höhe bei Eintritt in den Ruhestand – obligatorische Abfertigungsleistungen (Staff Retirement Indemnities) fällig. Diese werden als Kapital ausbezahlt und können in Abhängigkeit von der Dienstzeit des Arbeitnehmers ein Vielfaches des letzten Monatseinkommens (mit Höchstbegrenzung) betragen. Im Rahmen einer Gesetzesänderung in 2012 wurde eine Beschränkung der Kapitalzahlung auf maximal zwölf Monatsgehälter eingeführt. Ergänzend leistet die Firma einen freiwilligen Aufstockungsbetrag. In den Geschäftsjahren 2012 und 2013 wurden im Rahmen von Umstrukturierungsprogrammen Leistungen insbesondere an ältere Mitarbeiter getätigt, was zu einem Anstieg der Duration für den verbleibenden Verpflichtungsbestand im Plan führte.

Darüber hinaus bestehen bei der OTE S.A. Verpflichtungen zur Leistung einer Kapitalzahlung an Kinder von Beschäftigten bei Erreichen des Alters von 25 Lebensjahren (Youth Accounts). Im November 2011 wurde die frühere endgehaltsabhängige Leistungszusage auf eine beitragsbasierte Leistungszusage umgestellt, die sich aus Beiträgen des Arbeitnehmers und davon abhängenden, begrenzten Ergänzungsbeträgen (Matching-Beiträge) des Arbeitgebers finanziert.

Die Versorgungsleistungen der beiden Pläne Staff Retirement Indemnities und Youth Accounts werden in Kapitalform ausgezahlt. Daher besteht kein Langlebkeitsrisiko.

Ferner haben Arbeitnehmer und Rentner Anspruch auf ein Guthaben für Telefonieinheiten (Phone Credits). Die Zahlungsverpflichtung der OTE S.A. hängt somit vom Preis der Telefoneinheit und Grad der Inanspruchnahme durch die Berechtigten ab. Das Verpflichtungsvolumen (Guthaben) ist auf einen Höchstbetrag beschränkt. Der Umfang dieser Verpflichtung ist – gemessen an den gesamten Versorgungsleistungen der OTE S.A. – vergleichsweise gering.

Entwicklung der ausgegliederten Vermögenswerte im Berichtsjahr:

T 095

in Mio. €

	2013	2012	2011
AUSGEGLIEDERTE VERMÖGENSWERTE ZUM 1. JANUAR	1 680	860	629
Veränderung durch Unternehmenszusammenschlüsse/ Betriebsübergänge/Zu- und Verkäufe	(1)	5	(11)
Mit dem Rechnungszins kalkulierter Ertrag des Planvermögens (erwarteter Vermögensertrag)	54	40	27
Betrag um den die tatsächlichen Erträge den erwarteten Vermögensertrag übersteigen/(unterschreiten) (Neubewertung)	13	45	(9)
Arbeitgeberbeiträge an externe Versorgungsträger	269	768	267
Beiträge von Planteilnehmern	5	4	4
Versorgungszahlungen externer Versorgungsträger im Geschäftsjahr	(42)	(45)	(52)
Planabgeltungen	0	0	(1)
Verwaltungskosten	0	0	0
Steuerzahlungen	-	-	-
Wechselkursänderungen bei Plänen in fremder Währung	(5)	3	6
AUSGEGLIEDERTE VERMÖGENSWERTE ZUM 31. DEZEMBER	1 973	1 680	860

In den Arbeitgeberbeiträgen an externe Versorgungsträger sind zum 31. Dezember 2013 250 Mio. € (31. Dezember 2012: 750 Mio. €) für die Dotierung an einen konzerneigenen CTA im Inland enthalten. Die Dotierung erfolgt in der Regel am Jahresende.

Zusammensetzung ausgegliederter Vermögenswerte nach Anlagekategorien:

T 096

in Mio. €

	31.12.2013	davon: Preis an einem aktiven Markt	davon: Preis ohne aktiven Markt
Eigenkapitalpapiere	419	419	0
Schuld-papiere	1 298	1 298	0
Immobilien	44	44	0
Derivate	5	5	0
Investmentfonds	0	0	0
Durch Vermögenswerte besicherte Wertpapiere (Asset Backed Securities)	0	0	0
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	142	142	0
Sonstiges	65	32	33
AUSGEGLIEDERTE VERMÖGENSWERTE	1 973	1 940	33

T 097

in Mio. €

	31.12.2012
Eigenkapitalpapiere	335
Schuld-papiere	1 123
Immobilien	43
Sonstiges	179
AUSGEGLIEDERTE VERMÖGENSWERTE	1 680

Die Ausrichtung der Anlagepolitik und die Risikosteuerung werden direkt auf die Risiko- und Entwicklungscharakteristika der Versorgungsverpflichtungen abgestimmt. Auf Basis einer systematischen integrierten Asset Liability Management (ALM)-Analyse werden mögliche Ergebnisse von Kapitalanlage-Portfolios, die eine Vielzahl von Anlageklassen umfassen können, den stochastisch simulierten Entwicklungen der Pensionsverpflichtungen gegenüber gestellt und so die relative Entwicklung der Planvermögen zu den Pensionsverpflichtungen explizit betrachtet. Die Kapitalanlagephilosophie ist wesentlich durch die Zielsetzung geprägt, dass durch den systematischen Aufbau und das professionelle Management eines geeigneten Portfolios für das Planvermögen zukünftige Verpflichtungen aus gegebenen Pensionszusagen zeitgerecht und vollständig erfüllt werden können. Eine Ableitung der Kapitalanlagestrategie erfolgt mit direktem Bezug auf die Charakteristika der zugrunde liegenden Pensionsverpflichtungen. Diese Liability Driven Investment (LDI)-Strategie zielt auf ein breit diversifiziertes Anlage-Portfolio ab, das über entsprechende Risikofaktoren und Diversifikation ein zur Gesamtzielsetzung passendes Risikoprofil generiert. Das Management der Kapitalanlagen zur aktiven Steuerung von Risiken unterliegt einem fortlaufenden Monitoring. Eine kosteneffiziente Umsetzung des Kapitalanlage-Managements erfolgt durch ein professionelles Portfolio-Management unter Einbezug von externen Dienstleistern.

Die ausgegliederten Vermögenswerte enthalten zum Abschluss-Stichtag 600 Tsd. € in Aktien (31. Dezember 2012: 800 Tsd. € in Aktien), die von der Deutschen Telekom AG ausgegeben worden sind. Weitere eigene Finanzinstrumente sind in den dargestellten Jahren nicht enthalten.

Entwicklung der Auswirkung aus der Vermögensobergrenze:

T 098

in Mio. €

	2013	2012	2011
IM EIGENKAPITAL ERFASSTE VERMÖGENSOBERGRENZE ZUM 1. JANUAR	(2)	(3)	0
Zinsaufwand auf die erfasste Vermögensobergrenze (in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst)	0	0	0
Veränderungen der Vermögensobergrenze (im Eigenkapital erfasst)	2	1	(3)
Wechselkursänderungen	0	0	0
IM EIGENKAPITAL ERFASSTE VERMÖGENSOBERGRENZE ZUM 31. DEZEMBER	0	(2)	(3)

Die Pensionsaufwendungen für die jeweilige Periode setzen sich wie folgt zusammen und sind in den jeweils angegebenen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ausgewiesen:

T 099

in Mio. €

	GuV-Ausweis	2013	2012	2011
Laufender Dienstzeitaufwand	Funktionskosten ^a	219	185	192
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aufgrund von Planänderungen	Funktionskosten ^a	(64)	16	(3)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aufgrund von Plankürzungen	Funktionskosten ^a	(8)	(6)	(2)
Planabgeltungen	Funktionskosten ^a	13	2	12
DIENSTZEIT-AUFWAND		160	197	199
Zinsaufwand der bereits erworbenen Ansprüche	Sonstiges Finanzergebnis	282	353	341
Mit dem Rechnungszins kalkulierter Ertrag aus Planvermögen (erwarteter Vermögensertrag)	Sonstiges Finanzergebnis	(54)	(40)	(27)
Zinsaufwand auf den Effekt der Vermögensobergrenze	Sonstiges Finanzergebnis	0	0	0
NETTOZINSAUFWAND/-ERTRAG AUF DIE PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN (NETTO)		228	313	314
PENSIONS-AUFWENDUNGEN		388	510	513
Tatsächlich angefallene Verwaltungskosten (Zahlung aus Planvermögen)	Allgemeine Verwaltungskosten	0	0	0
GESAMT-AUFWENDUNGEN		388	510	513

^a Einschließlich sonstigem betrieblichen Aufwand.

Die Konzern-Gesamtergebnisrechnung beinhaltet folgende Beträge:

T 100

in Mio. €

	2013	2012	2011
IM GESCHÄFTSJAHR ERFASSTE NEUBEWERTUNGEN (GEWINNE -)/ VERLUSTE (+) IM EIGENKAPITAL	(48)	1 822	(173)
davon: Neubewertungen aufgrund Änderung der Verpflichtung	(33)	1 868	(185)
davon: Neubewertungen aufgrund Änderung der ausgegliederten Vermögenswerte	(13)	(45)	9
davon: Neubewertungen aus der Anpassung der Vermögensobergrenze (gemäß IAS 19.64)	(2)	(1)	3

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Erwartete Zahlungen in Zusammenhang mit Pensionsleistungen:

T 101

in Mio. €

	2014	2015	2016	2017	2018
Versorgungszahlungen aus Pensionsrückstellungen	297	337	367	384	361
Versorgungszahlungen aus den ausgegliederten Vermögenswerten	27	30	31	32	33
SUMME DER ERWARTETEN VERSORGUNGSZAHLUNGEN	324	367	398	416	394

Unmittelbar durch den Arbeitgeber gezahlte Versorgungsleistungen, für die grundsätzlich das im Rahmen eines CTA angesammelte Vermögen herangezogen werden kann, lässt sich ein Arbeitgeber üblicherweise zeitnah aus dem CTA-Vermögen erstatten. Die Deutsche Telekom praktiziert aktuell noch keine solchen Erstattungen, um einem verstärkten Vermögensaufbau innerhalb des CTA in den ersten Jahren nicht entgegenzuwirken.

Zum langfristigen Aufbau von ausgegliedertem Vermögen werden in Deutschland in 2014 250 Mio. € in den CTA dotiert. Für 2014 wird konzernweit eine Dotierung in Höhe von 266 Mio. € erwartet.

Beträge für das laufende Jahr und die vier Vorjahre der Pensionsverpflichtungen, der ausgegliederten Vermögenswerte, das Vermögen übersteigende Leistungsverpflichtungen und erfahrungsbedingte Anpassungen:

T 102

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010 ^a	31.12.2009 ^a
Pensionsverpflichtungen (Barwert der Pensionsverpflichtungen)	8 965	8 973	6 966	7 017	6 833
Ausgegliederte Vermögenswerte	(1 973)	(1 680)	(860)	(629)	(618)
DAS VERMÖGEN ÜBERSTEIENDE LEISTUNGSVERPFLICHTUNGEN	6 992	7 293	6 106	6 388	6 215

^a Die dargestellten Perioden für 2009 und 2010 wurden durch die Anwendung des geänderten IAS 19 im Anfangsbestand zum 1. Januar 2011 im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen einschließlich Ergebnisvortrag angepasst.

T 103

in %

Anpassungen	2013	2012	2011	2010 ^a	2009 ^a
Erfahrungsbedingte Erhöhung (+)/Reduzierung (-) der Pensionsverpflichtung	0,3	(0,2)	(0,3)	0,1	(0,7)
Erfahrungsbedingte Erhöhung (+)/Reduzierung (-) der ausgegliederten Vermögenswerte	0,7	2,6	(1,2)	1,1	(9,9)

^a Die dargestellten Perioden wurden aufgrund des geänderten IAS 19 nicht angepasst, da die rückwirkende Anwendung ab dem 1. Januar 2011 umgesetzt wurde.

BEITRAGSORIENTIERTE VERSORGUNGSZUSAGEN (BEITRAGSZUSAGEN).

Die Zahlungen des Arbeitgeberanteils in Deutschland zur gesetzlichen deutschen Rentenversicherung betragen im Geschäftsjahr 2013 0,4 Mrd. €. In 2013 wurden aus laufenden Beitragszahlungen konzernweit für zusätzliche beitragsorientierte Versorgungszusagen 103 Mio. € (2012: 99 Mio. €, 2011: 118 Mio. €) in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

PENSIONSREGELUNGEN FÜR BEAMTE DER DEUTSCHEN TELEKOM.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 567 Mio. € (2012: 592 Mio. €, 2011: 610 Mio. €) als Aufwand für den jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse erfasst. Der Barwert der künftigen Leistungsverpflichtungen beträgt zum Abschluss-Stichtag 5,0 Mrd. € (31. Dezember 2012: 5,6 Mrd. €) und wird in den sonstigen finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen (vgl. Angabe 35, SEITE 228).

13 SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN.

T 104

in Mio. €

	Rückstellungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen	Übrige Personalrückstellungen	Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen	Rückstellungen für Prozessrisiken	Rückstellungen für Vertriebs- und Einkaufsunterstützungen	Übrige sonstige Rückstellungen	Gesamt
STAND AM 31. DEZEMBER 2011	59	1 896	925	452	336	1 074	4 742
davon: Kurzfristig	56	1 466	32	425	336	780	3 095
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	2	0	0	0	(1)	1
Währungsdifferenzen	1	(6)	5	(2)	(1)	4	1
Zuführung	113	1 671	122	135	406	386	2 833
Verbrauch	(85)	(1 594)	(34)	(168)	(283)	(264)	(2 428)
Auflösung	(9)	(92)	(39)	(77)	(10)	(234)	(461)
Zinseffekt	0	23	56	2	0	7	88
Sonstige Veränderungen	(1)	(29)	0	0	0	(4)	(34)
STAND AM 31. DEZEMBER 2012	78	1 871	1 035	342	448	968	4 742
davon: Kurzfristig	65	1 373	44	320	448	635	2 885
Änderungen des Konsolidierungskreises	(1)	52	151	7	2	(3)	208
Währungsdifferenzen	(2)	(22)	(10)	(2)	(7)	(3)	(46)
Zuführung	361	1 712	136	111	339	386	3 045
Verbrauch	(138)	(1 581)	(29)	(117)	(394)	(199)	(2 458)
Auflösung	(10)	(86)	(31)	(48)	(21)	(128)	(324)
Zinseffekt	0	42	(5)	(2)	0	3	38
Sonstige Veränderungen	(6)	(7)	0	(2)	0	1	(14)
STAND AM 31. DEZEMBER 2013	282	1 981	1 247	289	367	1 025	5 191
davon: Kurzfristig	279	1 434	46	281	367	713	3 120

In der Zuführung zu den Rückstellungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen sind im Geschäftsjahr 2013 0,3 Mrd. € aus mehreren Restrukturierungsprogrammen in Griechenland enthalten. Zum 31. Dezember 2013 waren noch 0,3 Mrd. € im Endbestand enthalten.

Die Rückstellungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie die übrigen Personalrückstellungen umfassen Rückstellungen für den Personalumbau. Im Geschäftsjahr haben sich diese Rückstellungen wie folgt entwickelt:

T 105

in Mio. €

	01.01.2013	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Sonstige Veränderungen	31.12.2013
Vorzeitiger Ruhestand	13	-	(10)	-	(3)	0
Abfindungsmodelle	65	361	(128)	(10)	(6)	282
Altersteilzeit	134	183	(197)	-	13	133
	212	544	(335)	(10)	4	415
davon: Kurzfristig	105					347

Die hier dargestellten Personalumbauinstrumente sind zum Teil gesetzlich verankert, so z. B. der vorzeitige Ruhestand für Beamte im Gesetz zur Verbesserung der personellen Struktur beim Bundeseisenbahnvermögen und in den Post-Nachfolgeunternehmen. Für die bei der Deutschen Telekom beschäftigten Beamten bietet das Gesetz die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen ab dem vollendeten 55. Lebensjahr in den vorzeitigen Ruhestand zu treten. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung der Postbeamtenversorgungskasse wurde die Vorruhestandsre-

gelung für Beamte bis zum 31. Dezember 2016 verlängert. Eine Inanspruchnahme für die Geschäftsjahre 2013 und auch 2014 wurde vom Vorstand beschlossen.

Die übrigen Personalrückstellungen umfassen eine Vielzahl von Einzelthemen wie Rückstellungen für Entgeltabgrenzungen, Beihilfen und Jubiläumszuwendungen. Die Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Funktionskosten bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zugeordnet.

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

Die Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen enthalten die geschätzten Kosten für den Abbruch und das Abräumen eines Vermögenswerts und die Wiederherstellung des Standorts, an dem er sich befindet. Die geschätzten Kosten sind Bestandteil der Anschaffungs- und Herstellungskosten des betreffenden Vermögenswerts.

Die Rückstellungen für Prozessrisiken betreffen im Wesentlichen mögliche Inanspruchnahmen aus anhängigen Klagen.

Die Rückstellungen für Vertriebs- und Einkaufsunterstützungen werden gebildet für Händlerprovisionen, Werbekostenzuschüsse und Rückvergütungen.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen beinhalten eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Einzelsachverhalten. Unter anderem sind hier Rückstellungen im Zusammenhang mit belastenden Verträgen aus schwebenden Geschäften, Unternehmensverkäufen und Standortschließungen überwiegend aus früheren Geschäftsjahren sowie Rückstellungen für Gewährleistungen und Altlasten (Umweltschutzrückstellungen) enthalten.

14 ÜBRIGE SCHULDEN.

T 106

in Mio. €

	davon:		31.12.2012	davon: Kurzfristig
	31.12.2013	Kurzfristig		
Vorzeitiger Ruhestand	2 053	629	2 435	802
Abgegrenzte Umsatzerlöse	1 733	1 232	1 829	1 311
Verbindlichkeiten aus Straight line lease	1 434	-	1 326	-
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	1 105	1 099	1 141	1 135
Sonstige abgegrenzte Erlöse	474	295	445	253
Verbindlichkeiten aus Abfindungen	106	106	94	94
Übrige sonstige Schulden	788	444	591	361
	7 693	3 805	7 861	3 956

15 EIGENKAPITAL.

GEZEICHNETES KAPITAL.

Zum 31. Dezember 2013 beträgt das Grundkapital der Deutschen Telekom 11 395 Mio. €. Das Grundkapital ist in 4 451 175 103 nennwertlose, auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

T 107

	2013	
	in Tsd. Stück	in %
Bundesrepublik Deutschland – Berlin, Deutschland	646 575	14,5
KfW Bankengruppe – Frankfurt am Main, Deutschland	774 897	17,4
Streubesitz	3 029 703	68,1
davon: BlackRock, New York, USA	269 182	6,1
	4 451 175	100,0

Eigene Aktien. Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2012 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 23. Mai 2017 Aktien der Gesellschaft mit einem auf diese entfallenden Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu

1 106 257 715,20 € mit folgender Maßgabe zu erwerben: Auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt oder die ihr gemäß §§ 71 d und 71 e AktG zuzurechnen sind, entfallen zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% des Grundkapitals der Gesellschaft. Ferner sind die Voraussetzungen des § 71 Abs. 2 Sätze 2 und 3 AktG zu beachten. Der Erwerb darf nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien erfolgen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden. Der Erwerb kann innerhalb des Ermächtigungszeitraums bis zur Erreichung des maximalen Erwerbsvolumens in Teilranchen, verteilt auf verschiedene Erwerbszeitpunkte, erfolgen. Der Erwerb kann auch durch von der Deutschen Telekom AG im Sinn von § 17 AktG abhängige Konzernunternehmen oder durch Dritte für Rechnung der Deutschen Telekom AG oder für Rechnung von nach § 17 AktG abhängigen Konzernunternehmen der Deutschen Telekom AG durchgeführt werden. Der Erwerb erfolgt unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (§ 53a AktG) über die Börse. Er kann stattdessen auch mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kauf- oder Aktientauschengebots erfolgen, bei dem, vorbehaltlich eines zugelassenen Ausschlusses des Andienungsrechts, der Gleichbehandlungsgrundsatz ebenfalls zu wahren ist.

Die Aktien können zu einem oder mehreren Zwecken, die in der unter Tagesordnungspunkt 7 der Hauptversammlung vom 24. Mai 2012 beschlossenen Ermächtigung vorgesehen sind, verwendet werden. Die Aktien können auch für Zwecke, bei denen ein Bezugsrechtsausschluss vorgesehen ist, verwendet werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Aktien über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre zu veräußern oder einzuziehen. Die Aktien können auch dazu genutzt werden, sie aufgrund einer entsprechenden Entscheidung des Aufsichtsrats zur Erfüllung von Rechten von Mitgliedern des Vorstands auf Übertragung von Aktien der Deutschen Telekom AG zu verwenden, die der Aufsichtsrat diesen im Rahmen der Regelung der Vorstandsvergütung eingeräumt hat.

Der Vorstand ist gemäß dem Hauptversammlungsbeschluss vom 24. Mai 2012 ermächtigt, den Erwerb der eigenen Anteile auch unter Einsatz von Eigenkapitalderivaten durchzuführen.

Im Rahmen dieser Ermächtigung hat der Vorstand am 18. Dezember 2012 beschlossen, insgesamt 268 Tsd. Stück Aktien zu erwerben. Vom 2. Januar 2013 bis 16. Januar 2013 wurden im Rahmen der Ermächtigung Aktien mit einem Gesamterwerbsvolumen von 2 394 Tsd. € (ohne Nebenkosten) erworben (durchschnittlicher Kaufpreis pro Aktie: 8,92 €).

Im Januar 2013 sowie im März 2013 wurden darüber hinaus im Rahmen des Share Matching Plans 2 Tsd. Stück eigene Aktien entnommen und unentgeltlich in Depots von berechtigten Teilnehmern des Share Matching Plans, die nicht Vorstandsmitglieder sind, übertragen.

Im Zuge des Erwerbs der VoiceStream Wireless Corp., Bellevue, und der Powertel Inc., Bellevue, im Jahr 2001 gab die Deutsche Telekom neue Aktien aus genehmigtem Kapital an einen Treuhänder aus, u. a. zugunsten von Inhabern von Optionscheinen, Optionen und Umtauschrechten. Im Berichtsjahr sind diese Options-, Umtausch- bzw. Wandlungsrechte vollständig ausgelaufen. Damit besteht keine weitere Verpflichtung des Treuhänders zur Erfüllung der Ansprüche gemäß des Zwecks der Hinterlegung. Die 18 517 Tsd. Stück hinterlegten Aktien werden sowohl nach § 272 Abs. 1a HGB als auch nach IFRS wie eigene Anteile bilanziert.

Als Folge des Aktienrückkaufs, der Übertragungen und der Zurechnung von Aktien wurden eigene Anteile von 48 Mio. € offen vom Gezeichneten Kapital abgesetzt, die Kapitalrücklage um 48 Mio. € erhöht und die Gewinnrücklagen um 2 Mio. € verringert.

Stimmrechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme. Eingeschränkt sind diese Stimmrechte jedoch bei den eigenen Anteilen sowie bei der Deutschen Telekom wie eigene Anteile zuzurechnenden Aktien (per 31. Dezember 2013: rund 21 Mio. Stück). Die sog. „Trust“ (Treuhänder)-Aktien (per 31. Dezember 2013: rund 19 Mio. Stück) stehen im Zusammenhang mit dem Erwerb von VoiceStream und Powertel (jetzt T-Mobile US) im Jahr 2001 und sind der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2013 wie eigene Anteile zuzurechnen. Was die an Trusts ausgegebenen Aktien betrifft, verzichtet der Treuhänder – solange der Trust besteht – auf Stimmrechte und Bezugsrechte sowie grundsätzlich auf Dividendenrechte.

Genehmigtes Kapital und bedingtes Kapital. Das genehmigte Kapital und das bedingte Kapital zum 31. Dezember 2013 setzen sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

T 108

	Betrag in Mio. €	Stückaktien in Tsd. Stück	Zweck
Genehmigtes Kapital 2009/II ^a	38	15 000	Belegschaftsaktien (bis 29. April 2014)
Genehmigtes Kapital 2013 ^a	2 176	850 000	Kapitalerhöhung gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (bis 15. Mai 2018)
Bedingtes Kapital 2010	1 100	429 688	Bedienung von bis zum 2. Mai 2015 ausgegebenen Wandelschuld- und/oder Optionsschuldverschreibungen

^a Die Zustimmung des Aufsichtsrats ist erforderlich.

Kapitalerhöhung im Zusammenhang mit der Dividendenausschüttung in Aktien. Bei der für das Geschäftsjahr 2012 beschlossenen Dividende in Höhe von 0,70 € pro Aktie konnten die Aktionäre zwischen der Erfüllung des Dividendenanspruchs in bar oder dessen Umwandlung in Aktien der Deutschen Telekom AG wählen. Im Juni 2013 wurden Dividendenansprüche der Aktionäre der Deutschen Telekom AG in Höhe von 1,1 Mrd. € für Aktien aus genehmigtem Kapital (Genehmigtes Kapital 2009/I) eingebracht und damit nicht zahlungswirksam substituiert. Dafür hat die Deutsche Telekom AG im Juni 2013 eine Kapitalerhöhung des Gezeichneten Kapitals in Höhe von 0,3 Mrd. € gegen Einlage von Dividendenansprüchen durchgeführt. Die Kapitalrücklage hat sich in diesem Zusammenhang um 0,8 Mrd. € erhöht. Die Anzahl der Aktien erhöhte sich um 129,9 Mio. Stück. Die Transaktionskosten waren nicht wesentlich.

VERÄNDERUNG DES KONSOLIDIERUNGSKREISES UND TRANSAKTIONEN MIT EIGENTÜMERN.

Die Veränderungen des Konsolidierungskreises und der Transaktionen mit Eigentümern stammen im Wesentlichen aus dem Erwerb von MetroPCS und der Kapitalerhöhung der T-Mobile US. Die TABELLE 109 zeigt die wesentlichen Effekte, die in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (siehe SEITE 164 F.) zum 31. Dezember 2013 der Deutschen Telekom enthalten sind.

T 109

in Mio. €

	Eigenkapital der Eigentümer des Mutter- unternehmens	Anteile anderer Gesellschafter	Gesamt Konzern-Eigenkapital
Veränderung Konsolidierungskreis	12	287	299
Erwerb MetroPCS	0	302	302
Sonstige Effekte	12	(15)	(3)
Transaktionen mit Eigentümern	(502)	3 527	3 025
Abgang der Anteile an der T-Mobile USA	(647)	2 287	1 640
Aktienoptionsprogramm	4	97	101
Kapitalerhöhung T-Mobile US	128	1 185	1 313
Sonstige Effekte	13	(42)	(29)

Weitere Informationen sind im Kapitel „Grundlagen und Methoden“ im Abschnitt „Veränderung des Konsolidierungskreises und Transaktionen mit Eigentümern“, SEITE 182 FF. enthalten.

KUMULIERTES SONSTIGES KONZERNERGEBNIS.

Die Anteile anderer Gesellschafter enthalten im kumulierten sonstigen Konzernergebnis im Wesentlichen Währungseffekte aus der Umrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN- GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG.

Detailinformationen zu den Sondereinflüssen werden im zusammengefassten Lagebericht im Kapitel „Geschäftsentwicklung des Konzerns“, SEITE 78 FF. dargestellt.

16 UMSATZERLÖSE.

Die Umsätze gliedern sich in die folgenden Erlösarten:

T 110

in Mio. €

	2013	2012	2011
Umsatzerlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen	52 863	53 734	54 812
Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Gütern und Handelswaren	6 676	3 859	3 650
Umsatzerlöse aus der Nutzungs- überlassung von Vermögenswerten	593	576	191
	60 132	58 169	58 653

Ausführliche Erläuterungen zur Entwicklung der Umsatzerlöse sind dem Kapitel „Geschäftsentwicklung des Konzerns“ im zusammengefassten Lagebericht, SEITE 78 F. zu entnehmen.

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

17 UMSATZKOSTEN.

Die im Zusammenhang mit der Festnetz- und Mobilfunk-Telekommunikation stehenden Umsatzkosten umfassen sämtliche durch den Betrieb und die Aufrechterhaltung des Telekommunikationsnetzwerks verursachten Kosten. Darin enthalten sind Abschreibungen auf netzwerkbezogenes Anlagevermögen, Personalaufwendungen mit dem Betrieb und der Aufrechterhaltung des Netzwerks befasster Mitarbeiter, sonstige Reparatur- und Instandhaltungskosten, Miet- und Mietnebenkosten für Netzwerk-Standorte sowie Interconnection- und Roaming-Kosten. Darüber hinaus sind hier Kosten für die Anschaffung von Endgeräten inbegriffen.

Die aus dem operativen Segment Systemgeschäft resultierenden Umsatzkosten entfallen im Wesentlichen auf Software-Entwicklung und -Wartung, auf den Betrieb von Rechenzentren und Arbeitsplatzsystemen sowie auf die Errichtung und den Betrieb von Kunden-Netzwerken. Sie enthalten insbesondere Abschreibungen auf technische Anlagen, Personalaufwendungen für die Informationstechnologie- und Telekommunikationsentwicklungs- und Service-Leistungen sowie Kosten für Vorleistungen und Materialbezüge.

T 111

in Mio. €

	2013	2012	2011
Umsatzkosten aus Festnetz- und Mobilfunk-Telekommunikation	30 142	27 993	27 960
Umsatzkosten aus dem operativen Segment Systemgeschäft	5 394	5 468	5 661
Sonstige Umsatzkosten	719	795	327
	36 255	34 256	33 948

Die Umsatzkosten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mrd. € an. Begründet ist dies v. a. durch den erstmaligen Einbezug der MetroPCS sowie höhere Aufwendungen in Zusammenhang mit Endgeräteverkäufen im operativen Segment USA. In allen anderen Segmenten lagen die Umsatzkosten unter dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vorjahr belasteten um 0,1 Mrd. € höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Personalmaßnahmen die Umsatzkosten. Negative Wechselkurseffekte von insgesamt 0,4 Mrd. €, v. a. aus der Umrechnung von US-Dollar in Euro, belasteten die Umsatzkosten im Berichtsjahr zusätzlich.

Die Vorjahreswerte wurden aufgrund von Änderungen in den Segmentstrukturen zur besseren Vergleichbarkeit angepasst. Für nähere Informationen wird auf die Erläuterungen in Angabe 32 „Segmentberichterstattung“, SEITE 220 FF. verwiesen.

18 VERTRIEBSKOSTEN.

Die Vertriebskosten umfassen alle Kosten für Tätigkeiten, die sich nicht unmittelbar werterhöhend auf Produkte bzw. Dienstleistungen des Konzerns auswirken, sondern der Absatzsicherung dienen. Dazu gehören neben den im Vertriebsbereich anfallenden Material- und Personalaufwendungen sowie den Abschreibungen auch die vertriebsbereichsspezifischen Kosten wie z. B. Wertberichtigungen von Kundenforderungen, Forderungsausbuchungen, Ausgangsfrachten und Transportversicherungen.

T 112

in Mio. €

	2013	2012	2011
Kosten des operativen Vertriebs	9 309	9 395	9 494
Marketing-Kosten	2 386	2 373	2 143
Kosten des Auftrags-Managements	268	254	258
Kosten des Debitoren-Managements	794	1 010	1 078
Sonstige Vertriebskosten	1 040	1 043	1 028
	13 797	14 075	14 001

Die Vertriebskosten lagen – trotz erstmaligem Einbezug der MetroPCS – um 0,3 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau. Auch hier belasteten negative Wechselkurseffekte von 0,2 Mrd. €, v. a. aus der Umrechnung von US-Dollar in Euro, die Vertriebskosten.

19 ALLGEMEINE VERWALTUNGSKOSTEN.

Zu den allgemeinen Verwaltungskosten zählen alle Aufwendungen, die den Kernfunktionen der Verwaltung zuzuordnen sind und nicht unmittelbar dem Herstellungs- oder Vertriebsprozess zugerechnet werden können. Die allgemeinen Verwaltungskosten enthalten demnach alle Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Verwaltungsfunktionen, u. a. der Bereiche Finanzen, Personal, Konzernstrategie, -organisation und -revision sowie Datenschutz, Recht und Compliance, anfallen. Dazu gehören grundsätzlich neben den Material- und Personalaufwendungen sowie den Abschreibungen auch die den Funktionsbereichen spezifisch zuzuordnenden sonstigen Kosten wie z. B. Aufwendungen für Hauptversammlungen.

T 113

in Mio. €

	2013	2012	2011
Allgemeine Verwaltungskosten der operativen Segmente	3 101	3 266	3 293
Allgemeine Verwaltungskosten des Segments Group Headquarters & Group Services	1 417	1 589	1 986
	4 518	4 855	5 279

Die allgemeinen Verwaltungskosten lagen um 0,3 Mrd. € unter Vorjahresniveau. Um 0,1 Mrd. € höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Personalmaßnahmen belasteten die allgemeinen Verwaltungskosten in 2013.

Die Vorjahreswerte wurden aufgrund von Änderungen in den Segmentstrukturen zur besseren Vergleichbarkeit angepasst. Für nähere Informationen wird auf die Erläuterungen in Angabe 32 „Segmentberichterstattung“, SEITE 220 FF. verwiesen.

20 SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE.

T 114

in Mio. €

	2013	2012	2011
Erträge aus Kostenerstattungen	452	408	409
Erträge aus der Zuschreibung langfristiger Vermögenswerte gemäß IFRS 5	20	15	19
Erträge aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	113	1 702	121
Erträge aus Versicherungsentschädigungen	79	55	47
Erträge aus Entkonsolidierungen	184	6	4
Erträge aus der Ausfallentschädigung von AT&T	-	-	3 000
Übrige sonstige betriebliche Erträge	478	782	762
	1 326	2 968	4 362

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mrd. €. Die im Vorjahr erfassten Erträge aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten beinhalteten einen Buchgewinn von rund 1,4 Mrd. € aus der Funkturm-Transaktion zwischen T-Mobile USA und Crown Castle, der aus wirtschaftlicher Sicht einen Ertrag aus dem Abgang von Sachanlagen darstellte. Davon entfielen 0,2 Mrd. € auf die Bewertung der beiden entkonsolidierten und nunmehr als at equity bilanzierten Funkturm-Gesellschaften zum Fair Value. Daneben war im Vorjahr ein Buchgewinn von rund 0,1 Mrd. € enthalten, der aus einer Transaktion über den Tausch von AWS-Spektrumlizenzen zwischen T-Mobile USA und Verizon resultierte. Die Erträge aus Entkonsolidierungen resultieren aus den Veräußerungen der Beteiligungen an der Hellas Sat in Höhe von 0,1 Mrd. € sowie an der Cosmo Bulgaria Mobile und Germanos Telecom Bulgaria in Höhe von ebenfalls insgesamt 0,1 Mrd. €. Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mrd. € gesunken; sie enthalten eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten. Im Vorjahr waren Erträge in Höhe von 0,1 Mrd. € enthalten, die aus einem abgeschlossenen Rechtsverfahren mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau resultierten.

21 SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN.

T 115

in Mio. €

	2013	2012	2011
Wertminderungen aus dem Werthaltigkeitstest zum Jahresende	600	360	3 337
Wertminderungen im Zusammenhang mit dem vereinbarten Zusammenschluss von T-Mobile USA und MetroPCS	-	10 589	-
Sonstige Wertminderungen	238	159	114
	838	11 108	3 451
Verluste aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	251	177	137
Verluste aus Entkonsolidierungen	53	-	-
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	816	628	636
	1 120	805	773
	1 958	11 913	4 224

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,0 Mrd. €. Ursächlich für diesen Rückgang war v. a. die im dritten Quartal 2012 erfasste Wertminderung auf den Goodwill und andere langfristige Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit USA in Höhe von insgesamt 10,6 Mrd. €. Die in 2013 erfassten Wertminderungen entfielen auf das operative Segment Europa.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten angefallene Aufwendungen im Zusammenhang mit bestehenden Finanz-Factoring-Verträgen von 0,1 Mrd. € sowie eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Einzelsachverhalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren in 2013 insgesamt 0,5 Mrd. € (2012: 8,2 Mrd. €, 2011: 0,4 Mrd. €) Aufwand aus Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte (ohne Goodwill) und Sachanlagen sowie Aufwand aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten enthalten. Diese Aufwendungen wären überwiegend den Umsatzkosten zu allozieren gewesen.

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

22 ZINSENERGEBNIS.

T 116

in Mio. €

	2013	2012	2011
Zinserträge	228	306	268
Zinsaufwendungen	(2 390)	(2 339)	(2 593)
	(2 162)	(2 033)	(2 325)
davon: Aus Finanzinstrumenten der Bewertungskategorien gemäß IAS 39			
Loans and Receivables (LaR)	20	51	67
Held-to-Maturity Investments (HtM)	-	2	4
Available-for-Sale Financial Assets (AfS)	9	48	14
Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (FLAC) ^a	(2 160)	(2 036)	(2 315)

^a Nach der Effektivzinsmethode ermittelte Zinsaufwendungen korrigiert um in der Berichtsperiode gebildete Zinsabgrenzungen aus derivativen Finanzinstrumenten, die in der Berichtsperiode im Rahmen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 als Sicherungsinstrumente gegen Zinsänderungen von zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten eingesetzt wurden (2013: Zinserträge 119 Mio. € und Zinsaufwendungen 31 Mio. €, 2012: Zinserträge 156 Mio. € und Zinsaufwendungen 36 Mio. €, 2011: Zinserträge 126 Mio. €).

Im Geschäftsjahr wurden 51 Mio. € (2012: 27 Mio. €, 2011: 80 Mio. €) als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Als Zinssatz lag der Berechnung eine konzernweit anzuwendende durchschnittliche Bandbreite von 4,6 bis 5,0 % (2012: 5,0 bis 5,2 %) zugrunde.

Im Geschäftsjahr wurden 3,0 Mrd. € (2012: 3,1 Mrd. €, 2011: 3,5 Mrd. €) an Zinszahlungen (inkl. aktivierter Zinsen) geleistet.

Abgegrenzte Zinszahlungen aus derivativen Finanzinstrumenten (Zinsswaps), die als Sicherungsinstrumente in einem Fair Value Hedge gemäß IAS 39 designiert wurden, werden pro Swap-Kontrakt saldiert und entsprechend dem Nettobetrag entweder als Zinsertrag oder -aufwand erfasst. Das Zinsergebnis wird den Bewertungskategorien anhand des Grundgeschäfts zugeordnet; im Berichtszeitraum wurden ausschließlich finanzielle Verbindlichkeiten gesichert.

Die Deutsche Telekom AG hat im Geschäftsjahr 2013 von besseren Zinskonditionen profitiert. Die Verschlechterung des Zinsergebnisses wurde im Wesentlichen durch den erstmaligen Einbezug der MetroPCS und durch insgesamt schlechtere Finanzierungskonditionen der T-Mobile US verursacht.

23 ERGEBNIS AUS AT EQUITY BILANZIERTEN UNTERNEHMEN.

T 117

in Mio. €

	2013	2012	2011
Ergebnis aus Gemeinschaftsunternehmen	(38)	(129)	(67)
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	(33)	(25)	(6)
	(71)	(154)	(73)

Das Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen hat sich gegenüber der Vorjahresvergleichsperiode um 0,1 Mrd. € verbessert. Ursächlich war hier der im Vergleich zum Vorjahr verbesserte Ergebnisanteil in Höhe von - 44 Mio. € (2012: - 118 Mio. €, 2011: - 61 Mio. €) aus dem Joint Venture EE. Dieser ist im Ergebnis aus Gemeinschaftsunternehmen enthalten.

24 SONSTIGES FINANZERGEBNIS.

T 118

in Mio. €

	2013	2012	2011
Beteiligungsergebnis (ohne Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen)	1	16	29
Ergebnis aus Finanzinstrumenten	(278)	251	216
Zinsanteil aus der Bewertung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten	(292)	(492)	(407)
	(569)	(225)	(162)

Im sonstigen Finanzergebnis werden sämtliche Ergebniskomponenten, einschließlich der Zinserträge und -aufwendungen von Finanzinstrumenten, die nach IAS 39 als zu Handelszwecken gehalten eingestuft sind, ausgewiesen.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten sind Ergebniseffekte aus Währungsumrechnungen in Höhe von 174 Mio. € (2012: 86 Mio. €, 2011: - 249 Mio. €) und Ergebniseffekte aus Derivaten in Höhe von - 452 Mio. € (2012: 165 Mio. €, 2011: 465 Mio. €) enthalten. Im Geschäftsjahr 2013 enthalten diese v. a. Kontrakte zur Sicherung von Währungseffekten. Im Geschäftsjahr 2012 war im Wesentlichen ein Erlös in Höhe von 0,2 Mrd. € aus dem Verkauf der Anteile der Telekom Srbija enthalten.

25 ERTRAGSTEUERN.

ERTRAGSTEUERN IN DER KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG.

Als Ertragsteuern sind die in den einzelnen Ländern gezahlten bzw. geschuldeten tatsächlichen Steuern sowie die latenten Steuern ausgewiesen.

Die Ertragsteuern teilen sich auf das In- und Ausland wie folgt auf:

T 119

in Mio. €

	2013	2012	2011
TATSÄCHLICHE STEUERN	487	596	957
Deutschland	56	172	498
Ausland	431	424	459
LATENTE STEUERN	437	(2 112)	1 388
Deutschland	(41)	81	791
Ausland	478	(2 193)	597
	924	(1 516)	2 345

Der zusammengefasste Ertragsteuersatz für das Jahr 2013 beträgt bei der Deutschen Telekom 30,7 %. Er setzt sich aus der Körperschaftsteuer mit einem Steuersatz von 15 % und dem Solidaritätszuschlag, der in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer erhoben wird, sowie der Gewerbesteuer mit einem Durchschnittsbesatz von 425 % (2012: 425 %, 2011: 425 %) zusammen. Für 2012 belief sich der zusammengefasste Ertragsteuersatz auf 30,7 % und für 2011 auf 30,7 %.

Ableitung Effektivsteuersatz. Die Ertragsteuern im Berichtsjahr in Höhe von - 924 Mio. € (als Aufwand) (2012: 1 516 Mio. € (als Ertrag), 2011: - 2 345 Mio. € (als Aufwand)) leiten sich wie folgt von einem erwarteten Ertragsteueraufwand/(-ertrag) ab, der sich bei Anwendung des gesetzlichen Ertragsteuersatzes des Mutterunternehmens (zusammengefasster Ertragsteuersatz) auf das Ergebnis vor Ertragsteuern ergeben hätte:

T 120

in Mio. €

	2013	2012	2011
ERGEBNIS VOR ERTRAGSTEUERN	2 128	(6 374)	3 003
Erwarteter Ertragsteueraufwand/ (-ertrag) (Nominaler Ertragsteuersatz der Deutschen Telekom AG: 2013: 30,7%, 2012: 30,7%, 2011: 30,7%)	653	(1 957)	922
ANPASSUNGEN DES ERWARTETEN STEUERAUFWANDS/(-ERTRAGS)			
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	48	8	83
Steuereffekte aus Vorjahren	(61)	(11)	54
Steuereffekte aus anderen Ertragsteuern	51	45	37
Steuerfreie Erträge	(36)	(29)	(30)
Steuereffekte aus Equity Investments	20	39	(21)
Nicht abzehbare Aufwendungen	120	101	115
Permanente Differenzen	(89)	(62)	45
Wertminderungen auf Goodwill	166	856	913
Steuereffekte aus Verlustvorträgen	136	76	304
Steuereffekte aus Hinzurechnungen und Kürzungen für lokale Steuern	66	55	64
Anpassungen des Steuerbetrags an den abweichenden nationalen Steuersatz	(152)	(641)	(137)
Sonstige Steuereffekte	2	4	(4)
ERTRAGSTEUERAUFWAND/ (-ERTRAG) GEMÄSS KONZERN- GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	924	(1 516)	2 345
Effektiver Steuersatz %	43	24	78

Tatsächliche Ertragsteuern in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Die tatsächlichen Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

T 121

in Mio. €

	2013	2012	2011
TATSÄCHLICHE ERTRAGSTEUERN	487	596	957
davon:			
Steueraufwand der laufenden Periode	559	594	903
Steueraufwand aus Vorperioden	(72)	2	54

Latente Steuern in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Die latenten Steuern haben sich wie folgt entwickelt:

T 122

in Mio. €

	2013	2012	2011
LATENTER STEUERAUFWAND/ (-ERTRAG)	437	(2 112)	1 388
davon:			
Aus temporären Differenzen	391	(2 651)	627
Aus Verlustvorträgen	34	543	735
Aus Steuergutschriften	12	(4)	26

Im Geschäftsjahr 2013 entstand ein Steueraufwand in Höhe von 0,9 Mrd. €. Dieser Steueraufwand spiegelt im Wesentlichen den Anteil der Länder am Vorsteuerergebnis wider, der jeweils dem entsprechenden Landessteuersatz unterliegt. Enthalten ist allerdings auch ein einmaliger Steueraufwand in Höhe von je 0,1 Mrd. €, der aus einer Steuererhöhung in Griechenland sowie aus einer Wertberichtigung von latenten Steuern auf Verlustvorträge in Österreich resultierte, deren Nutzung nicht länger wahrscheinlich ist. Gegenläufig wirkte ein Steuerertrag in Höhe von 0,1 Mrd. € aus geringeren Steuern für Vorjahre. Wertminderungen auf Goodwill in Europa hingegen haben den Steueraufwand nicht gemindert, weil sie steuerlich nicht zu berücksichtigen waren. Im Vorjahresvergleichszeitraum entstand insgesamt ein Steuerertrag. Dies war im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung passiver latenter Steuern in Höhe von 3,2 Mrd. € zurückzuführen, die aufgrund von Wertminderungen von Vermögenswerten der T-Mobile USA infolge des Zusammenschlusses mit der MetroPCS entstanden waren.

ERTRAGSTEUERN IN DER KONZERN-BILANZ.

Tatsächliche Ertragsteuern in der Konzern-Bilanz:

T 123

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Steuerforderungen	98	95
Steuerverbindlichkeiten	(308)	(440)
Tatsächliche Steuern aus Verrechnung mit dem sonstigen Ergebnis:		
Sicherungsinstrumente	54	54

Latente Steuern in der Konzern-Bilanz:

T 124

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Aktive latente Steuern	4 960	4 712
Passive latente Steuern	(6 916)	(5 988)
	(1 956)	(1 276)
davon: Aus Verrechnung mit dem sonstigen Ergebnis:		
Ergebnis aus der Neubewertung von leistungsorientierten Plänen	680	693
Neubewertungsrücklage	-	-
Sicherungsinstrumente	(163)	(158)
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	-
VERRECHNUNG MIT DEM SONSTIGEN ERGEBNIS VOR ANTEILEN ANDERER GESELLSCHAFTER	517	535
Anteile anderer Gesellschafter	(13)	(10)
	504	525

160 Konzern-Bilanz
 162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
 164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
 166 Konzern-Kapitalflussrechnung

168 Konzern-Anhang
 168 Grundlagen und Methoden
 187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
 210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 219 Sonstige Angaben

Entwicklung der latenten Steuern:

T 125

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzansatz latente Steuern	(1 956)	(1 276)
Unterschied gegenüber dem Vorjahr	(680)	2 812
davon:		
Erfolgswirksam	(437)	2 112
Verrechnung mit dem sonstigen Ergebnis	(21)	633
Verrechnung mit den Kapitalrücklagen	47	0
Akquisitionen/Veräußerungen (inkl. zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen)	(418)	15
Währungsdifferenzen	149	52

Entwicklung der latenten Steuern auf Verlustvorträge:

T 126

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Latente Steuern auf Verlustvorträge vor Wertberichtigung	3 786	3 139
Unterschied gegenüber dem Vorjahr	647	(515)
davon:		
Zugang/(Abgang)	452	(489)
Akquisitionen/Veräußerungen (inkl. zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen)	268	5
Währungsdifferenzen	(73)	(31)

Die latenten Steuern entfallen auf folgende wesentliche Bilanzposten,
 Verlustvorträge und Steuergutschriften:

T 127

in Mio. €

	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	1 147	(488)	1 110	(498)
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	368	(8)	317	(94)
Vorräte	108	-	132	(22)
Übrige Vermögenswerte	671	(480)	661	(382)
LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	2 738	(10 807)	2 350	(9 834)
Immaterielle Vermögenswerte	756	(6 097)	827	(5 115)
Sachanlagen	683	(3 648)	676	(3 228)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1 299	(1 062)	847	(1 491)
KURZFRISTIGE SCHULDEN	699	(625)	750	(537)
Finanzielle Verbindlichkeiten	282	(412)	406	(283)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	37	(17)	54	(23)
Sonstige Rückstellungen	136	(61)	122	(77)
Übrige Schulden	244	(135)	168	(154)
LANGFRISTIGE SCHULDEN	4 069	(1 256)	4 231	(1 190)
Finanzielle Verbindlichkeiten	2 438	(344)	2 413	(332)
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	1 001	(787)	1 096	(698)
Sonstige Rückstellungen	367	(99)	348	(84)
Übrige Schulden	263	(26)	374	(76)
STEUERGUTSCHRIFTEN	237	-	224	-
VERLUSTVORTRÄGE	3 786	-	3 139	-
ZINSVORTRÄGE	43	-	34	-
GESAMT	12 719	(13 176)	11 838	(12 059)
davon: Langfristig	11 122	(12 664)	9 740	(11 025)
Wertberichtigung	(1 499)	-	(1 055)	-
Saldierung	(6 260)	6 260	(6 071)	6 071
BILANZANSATZ	4 960	(6 916)	4 712	(5 988)

Die Wertberichtigungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Verlustvorträge.

Die Verlustvorträge betragen:

T 128

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
VERLUSTVORTRÄGE KÖRPERSCHAFTSTEUER	9 991	9 209
Verfallsdatum innerhalb von		
1 Jahr	21	77
2 Jahren	34	31
3 Jahren	14	7
4 Jahren	114	9
5 Jahren	189	97
Nach 5 Jahren	4 899	4 187
Unbegrenzt vortragsfähig	4 720	4 801

Die Verlustvorträge und temporären Differenzen, auf die keine latenten Steuern gebildet wurden, betragen:

T 129

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
VERLUSTVORTRÄGE KÖRPERSCHAFTSTEUER	2 369	2 161
Verfallsdatum innerhalb von		
1 Jahr	14	77
2 Jahren	29	31
3 Jahren	11	9
4 Jahren	102	9
5 Jahren	14	40
Nach 5 Jahren	257	246
Unbegrenzt vortragsfähig	1 942	1 749
TEMPORÄRE DIFFERENZEN KÖRPERSCHAFTSTEUER	406	484

Daneben werden keine latenten Steuern für gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 126 Mio. € (31. Dezember 2012: 136 Mio. €) und gewerbsteuerliche Ansprüche aus temporären Differenzen in Höhe von 19 Mio. € (31. Dezember 2012: 3 Mio. €) angesetzt. Weiterhin wurden – getrennt von den körperschaftsteuerlichen Verlustvorträgen – keine latenten Steuern in Höhe eines Betrags von 730 Mio. € (31. Dezember 2012: 350 Mio. €) für sonstige ausländische ertragsteuerliche Verlustvorträge angesetzt.

Auf die oben genannten steuerlichen Verlustvorträge und temporären Differenzen wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da von einer Realisierung der Steueransprüche in absehbarer Zeit nicht auszugehen ist.

Aus der Nutzung von steuerlichen Verlustvorträgen, auf die bislang keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden, entstand im Berichtsjahr ein positiver Effekt in Höhe von 14 Mio. € (2012: 7 Mio. €, 2011: 6 Mio. €).

Auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 107 Mio. € (31. Dezember 2012: 394 Mio. €) keine latenten Steuerschulden angesetzt, da es nicht wahrscheinlich ist, dass sich diese temporären Differenzen in absehbarer Zeit umkehren werden.

160 Konzern-Bilanz
 162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
 164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
 166 Konzern-Kapitalflussrechnung

168 Konzern-Anhang
 168 Grundlagen und Methoden
 187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
 210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 219 Sonstige Angaben

Angaben zu steuerlichen Auswirkungen auf das sonstige Ergebnis:

T 130

in Mio. €

	2013			2012			2011		
	Vor Steuereffekt	Steuereffekt	Nach Steuereffekt	Vor Steuereffekt	Steuereffekt	Nach Steuereffekt	Vor Steuereffekt	Steuereffekt	Nach Steuereffekt
Posten, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umklassifiziert werden									
Ergebnis aus der Neubewertung von leistungsorientierten Plänen	48	(16)	32	(1 822)	556	(1 266)	173	(44)	129
Anteil am sonstigen Ergebnis von Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen	(17)	0	(17)	0	0	0	0	0	0
	31	(16)	15	(1 822)	556	(1 266)	173	(44)	129
Posten, die nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umklassifiziert werden, wenn bestimmte Gründe vorliegen									
Gewinne und Verluste aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe									
Erfolgswirksame Änderung	0	0	0	4	0	4	0	0	0
Erfolgsneutrale Änderung	(901)	0	(901)	318	0	318	10	0	10
Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten									
Erfolgswirksame Änderung	0	0	0	(227)	14	(213)	0	0	0
Erfolgsneutrale Änderung	(4)	1	(3)	33	0	33	242	(17)	225
Gewinne und Verluste aus Sicherungsinstrumenten									
Erfolgswirksame Änderung	178	(55)	123	9	(3)	6	200	(89)	111
Erfolgsneutrale Änderung	(162)	49	(113)	(219)	66	(153)	(765)	254	(511)
Anteil am sonstigen Ergebnis von Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen									
Erfolgswirksame Änderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrale Änderung	(37)	0	(37)	22	0	22	0	0	0
	(926)	(5)	(931)	(60)	77	17	(313)	148	(165)
SONSTIGES ERGEBNIS	(895)	(21)	(916)	(1 882)	633	(1 249)	(140)	104	(36)
Überschuss/(Fehlbetrag)			1 204			(4 858)			658
GESAMTERGEBNIS			288			(6 107)			622

26 ZURECHNUNG DES ÜBERSCHUSSES/(FEHLBETRAGS) AN DIE ANTEILE ANDERER GESELLSCHAFTER.

Von dem den Anteilen anderer Gesellschafter zugerechneten Überschuss von 274 Mio. € (2012: 495 Mio. €, 2011: 120 Mio. €) entfallen 437 Mio. € (2012: 561 Mio. €, 2011: 479 Mio. €) auf Gewinnanteile und 163 Mio. € (2012: 66 Mio. €, 2011: 359 Mio. €) auf Verlustanteile.

Der den Anteilen anderer Gesellschafter zugerechnete Überschuss in 2013 setzte sich im Wesentlichen aus den Gesellschaften der T-Mobile Czech Republic und der Hrvatski Telekom zusammen.

27 ERGEBNIS JE AKTIE.

Das unverwässerte und das verwässerte Ergebnis je Aktie berechnen sich gemäß IAS 33 wie folgt:

T 131

in Mio. €

	2013	2012	2011
Den Eigentümern des Mutterunternehmens zugerechneter Überschuss/(Fehlbetrag)	930	(5 353)	538
Anpassung	-	-	-
ANGEPASSTER UNVERWÄSSERTER/ VERWÄSSERTER KONZERNÜBERSCHUSS/ (FEHLBETRAG)	930	(5 353)	538
Anzahl der ausgegebenen Stammaktien Mio. Stück	4 391	4 321	4 321
Eigene Aktien Mio. Stück	(5)	(2)	(2)
Hinterlegte Aktien für noch ausstehende Optionsrechte Mio. Stück	(16)	(19)	(19)
ANGEPASSTE GEWICHTETE DURCHSCHNITTLICHE ANZAHL DER AUSSTEHENDEN STAMMAKTIE (UNVERWÄSSERT/VERWÄSSERT) Mio. Stück	4 370	4 300	4 300
UNVERWÄSSERTES/VERWÄSSERTES ERGEBNIS JE AKTIE €	0,21	(1,24)	0,13

Der Berechnung des unverwässerten/verwässerten Ergebnisses je Aktie liegt die zeitlich gewichtete Summe aller ausstehenden Stammaktien zugrunde. Zudem wird die gewichtete durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien unter Abzug der gewichteten durchschnittlichen Anzahl der von der Deutschen Telekom AG gehaltenen eigenen Aktien sowie der Aktien, die im Rahmen der Ausgabe neuer Aktien im Zuge der Akquisition von T-Mobile USA (VoiceStream/PowerTel) treuhänderisch für eine spätere Ausgabe und die Aufnahme des Handels als Namensaktien gehalten werden, berechnet. Diese Options-, Umtausch- bzw. Wandlungsrechte sind im Berichtsjahr vollständig ausgelaufen und werden wie eigene Anteile behandelt, sie sind jedoch noch zeitanteilig im Durchschnittsbestand für das Geschäftsjahr 2013 enthalten (siehe Angabe 15 zum „Eigenkapital“, SEITE 209 F.). Verwässernde Aktien liegen derzeit nicht vor.

28 DIVIDENDE JE AKTIE.

Für das Geschäftsjahr 2013 schlägt der Vorstand eine Dividende in Höhe von 0,50 € je dividendenberechtigter Stückaktie vor. Unter Zugrundelegung dieses Ausschüttungsvolumens entfällt auf die am 18. Februar 2014 dividendenberechtigten Stückaktien eine Dividendensumme von 2 215 Mio. €. Die endgültige Dividendensumme hängt von der Anzahl der dividendenberechtigten Stückaktien zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns am Tag der Hauptversammlung ab.

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde in 2013 eine Dividende in Höhe von 0,70 € je dividendenberechtigter Stückaktie ausgeschüttet. Die Aktionäre konnten zwischen einer Barauszahlung und einer Alternative in Aktien der Deutschen Telekom AG wählen. Im Juni 2013 wurden Dividendenansprüche in Höhe von 1,1 Mrd. € durch Aktien aus genehmigtem Kapital und damit nicht zahlungswirksam substituiert (siehe Angabe 15 zum „Eigenkapital“, SEITE 209 F.).

29 ANZAHL DER MITARBEITER UND PERSONALAUFWAND.

Anzahl der Mitarbeiter (im Durchschnitt).

T 132

	2013	2012	2011
GESAMTKONZERN	229 704	232 342	240 369
Inland	117 995	120 614	122 925
Ausland	111 709	111 728	117 444
Arbeitnehmer	208 422	209 422	215 559
Beamte (Inland, aktives Dienstverhältnis)	21 282	22 920	24 810
Auszubildende/Duale Studenten	8 145	8 402	8 889
PERSONALAUFWAND Mio. €	15 144	14 726	14 751

Der durchschnittliche Mitarbeiterbestand sank im Vergleich zur Vorjahresberichtsperiode um 1,1 %. Diese Entwicklung ist v. a. auf den um 2,2% verringerten Personalbestand im Inland zurückzuführen, der im Wesentlichen durch Abbauprogramme und Umstrukturierungen in den operativen Segmenten Systemgeschäft und Deutschland zustande kam. Dem stand eine gestiegene Anzahl an Mitarbeitern in der Digital Business Unit (DBU) im Segment Group Headquarters & Group Services gegenüber.

Im Ausland reduzierte sich die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter geringfügig. Ursächlich hierfür war insbesondere der Personalum- und -abbau in Griechenland und Rumänien sowie die Veräußerung unserer Landesgesellschaften in Bulgarien. Gegenläufig wirkte sich der Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl im operativen Segment USA aus. Dieser Anstieg ist v. a. auf die Übernahme der MetroPCS-Beschäftigten durch T-Mobile US als Folge des Zusammenschlusses im zweiten Quartal 2013 zurückzuführen.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 %. Wesentlich wirkten sich ein gegenüber dem Vorjahr höherer Aufwand für Personalrestrukturierungsmaßnahmen insbesondere in Griechenland aus. In 2013 fiel erstmals Aufwand durch die im Rahmen des Erwerbs der MetroPCS ausgelobten Restricted Stock Units (RSUs) und Performance Stock Units (PSUs) Programme an. Den höheren Personalkosten durch die tarifliche Anhebung der Gehälter im Inland wirkte die geringere durchschnittliche Mitarbeiterzahl entgegen.

30 ABSCHREIBUNGEN.

Die in den Funktionskosten und sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

T 133

in Mio. €

	2013	2012	2011
ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE	4 176	12 259	6 445
davon:			
Wertminderungen auf Goodwill	605	2 965	3 100
Planmäßige Abschreibungen auf Mobilfunk-Lizenzen	854	831	801
Wertminderungen auf Mobilfunk-Lizenzen	104	5 822	-
ABSCHREIBUNGEN AUF SACHANLAGEN	6 728	9 698	7 991
davon:			
Wertminderungen auf Sachanlagevermögen	117	2 020	330
	10 904	21 957	14 436

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

Folgende TABELLE 134 zeigt die im Gesamtbetrag der Abschreibungen enthaltenen Wertminderungen:

T 134

in Mio. €

	2013	2012	2011
IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE	721	9 088	3 121
davon:			
Auf Goodwill aus dem Werthaltigkeitstest zum Jahresende	600	360	803
Auf Goodwill im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss von T-Mobile USA und MetroPCS	-	2 605	-
Auf Goodwill im Zusammenhang mit der Reklassifizierung der T-Mobile USA	-	-	2 297
Auf FCC-Lizenzen	104	-	-
Auf immaterielle Vermögenswerte (ohne Goodwill) im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss von T-Mobile USA und MetroPCS	-	6 094	-
SACHANLAGEN	117	2 020	330
davon:			
Aus dem Werthaltigkeitstest zum Jahresende	-	-	237
Im Zusammenhang mit dem vereinbarten Zusammenschluss von T-Mobile USA und MetroPCS	-	1 890	-
	838	11 108	3 451

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Mrd. €.

Dieser deutliche Rückgang resultierte v. a. aus einer im dritten Quartal 2012 erfassten Wertminderung auf den Goodwill und andere langfristige Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit USA in Höhe von insgesamt 10,6 Mrd. €. Diese Wertminderung führte im Vorjahr zunächst zu einer vollständigen Abschreibung des Goodwills in Höhe von 2,6 Mrd. €. Der verbleibende Teil entfiel auf immaterielle Vermögenswerte (ohne Goodwill) in Höhe von 6,1 Mrd. € (überwiegend auf Mobilfunk-Lizenzen in Höhe von 5,8 Mrd. €) und Sachanlagen in Höhe von 1,9 Mrd. €.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der planmäßig durchgeführten Werthaltigkeitstests der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten Wertminderungen auf Goodwill in Höhe von 0,6 Mrd. € erfasst. Weitere Erläuterungen hierzu sind der Angabe 5 „Immaterielle Vermögenswerte“, SEITE 190 FF. zu entnehmen.

Die Wertminderungen auf Sachanlagen entfielen überwiegend auf Grundstücke und Gebäude.

Die planmäßigen Abschreibungen lagen im Saldo um 0,8 Mrd. € unter dem Vorjahreswert. Eine reduzierte Abschreibungsbasis, welche im Wesentlichen durch die im Vorjahr erfasste Wertminderung im operativen Segment USA begründet ist, sowie das Auslaufen der Nutzungsdauern von Teilen der Linientechnik im operativen Segment Deutschland sind hierfür ursächlich.

SONSTIGE ANGABEN.

31 ERLÄUTERUNGEN ZUR KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG.

CASHFLOW AUS GESCHÄFTSTÄTIGKEIT.

Im Geschäftsjahr 2013 verminderte sich der Cashflow aus Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. € auf 13,0 Mrd. €. Negativ wirkten sich eine im Vorjahresvergleich um 0,2 Mrd. € geringere vom Joint Venture EE erhaltene Dividende, um 0,2 Mrd. € höhere Abfindungszahlungen sowie Ausgleichsleistungen für Mitarbeiter der MetroPCS aufgrund des Zusammenschlusses mit der T-Mobile USA in Höhe von 0,1 Mrd. € aus. Ebenfalls belastet wird das Geschäftsjahr 2013 durch höhere Marktinvestitionen im operativen Segment USA. Im Vorjahr waren Einzahlungen in Höhe von 0,1 Mrd. € im Rahmen der Vereinbarung über die Vermietung und Nutzung von Funkturm-Standorten in den USA enthalten, denen keine vergleichbaren Einzahlungen in 2013 gegenüberstanden. Positiv wirkten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mrd. € höhere Einzahlungen aus der Auflösung von Zinsderivaten sowie um 0,1 Mrd. € niedrigere Nettozinszahlungen aus. Im Vorjahr waren zudem höhere Auszahlungen in Höhe von 0,3 Mrd. € im Zusammenhang mit der AT&T-Transaktion im Cashflow aus Geschäftstätigkeit enthalten.

Im Cashflow aus Geschäftstätigkeit sind 3,0 Mrd. € gezahlte Zinsen (2012: 3,1 Mrd. €, 2011: 3,4 Mrd. €) sowie 0,9 Mrd. € erhaltene Zinsen (2012: 0,9 Mrd. €, 2011: 0,9 Mrd. €) enthalten.

T 135

Cashflow aus Investitionstätigkeit.

in Mio. €

	2013	2012	2011
Cash Capex			
Operatives Segment Deutschland	(3 411)	(3 418)	(3 506)
Operatives Segment USA	(3 279)	(2 560)	(1 963)
Operatives Segment Europa	(3 648)	(1 724)	(1 891)
Operatives Segment Systemgeschäft	(1 080)	(1 187)	(1 413)
Group Headquarters & Group Services	(411)	(379)	(331)
Überleitung	761	836	698
Zahlungsflüsse für hinterlegte Sicherheitsleistungen und Sicherungsgeschäfte (netto)	(776)	(339)	49
Dotierung Contractual Trust Agreement für Pensionszusagen	(250)	(750)	(250)
Erwerb/Veräußerung Staatsanleihen (netto)	(159)	319	(332)
Veränderung der Zahlungsmittel aufgrund der erstmaligen Einbeziehung der MetroPCS	1 641	-	-
Einzahlungen aus dem Verlust der Beherrschung über Tochterunternehmen und sonstigen Beteiligungen ^a	650	2 199	-
Einzahlungen aus dem Abgang von Sachanlagen	245	187	336
Zahlungsflüsse der vom Joint Venture EE begebenen Anleihe	-	218	505
PTC-Transaktion	-	-	(820)
OTE Put Option II	-	-	(392)
Sonstiges	(179)	(73)	35
	(9 896)	(6 671)	(9 275)

^a Enthält im Geschäftsjahr 2013 Einzahlungen in Höhe von 0,6 Mrd. € aus dem Verkauf von Globul und Germanos und in Höhe von 0,2 Mrd. € aus dem Verkauf der Hellas Sat. Im Geschäftsjahr 2012 sind Einzahlungen in Höhe von 1,8 Mrd. € aus dem Abgang der Funkturm-Standorte in den USA und 0,4 Mrd. € aus dem Verkauf der Telekom Srbija enthalten.

Der Cash Capex war im Berichtsjahr um 2,6 Mrd. € höher als im Vorjahr. Die Investitionen im operativen Segment Deutschland blieben konstant. Im operativen Segment USA lag der Fokus der Investitionen weiterhin auf der Modernisierung des Mobilfunknetzes; insgesamt war das Investitionsniveau durch den Erwerb von MetroPCS 2013 gestiegen. Im operativen Segment Europa erhöhte sich das Investitionsniveau durch verstärkten LTE-Ausbau. Im operativen Segment Systemgeschäft wurde in die konzerninterne IT investiert; darüber hinaus erfolgten Investitionen im Zusammenhang mit Kundenaufträgen und zum Ausbau übergreifender neuer Plattformen, z. B. für Cloud Services, De-Mail und Intelligente Netze.

Im Geschäftsjahr wurden 3,0 Mrd. € (2012: 3,1 Mrd. €, 2011: 3,5 Mrd. €) an Zinszahlungen (inkl. aktivierter Zinsen) geleistet. Die aktivierten Zinsen wurden im Cashflow aus Investitionstätigkeit innerhalb des Cash Capex zusammen mit den ihnen zugehörigen Vermögenswerten ausgewiesen.

T 136

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

in Mio. €

	2013	2012	2011
Begebung Bonds	8 833	1 502	1 362
Kapitalerhöhung T-Mobile US	1 313	-	-
Begebung Medium Term Notes	218	1 574	-
Aktioptionen T-Mobile US	102	-	-
Rückzahlung Bonds	(4 429)	(1 978)	(5 241)
Dividendenausschüttung (inkl. Minderheiten)	(2 243)	(3 400)	(3 521)
Kreditlinie OTE (netto)	(704)	(757)	1 223
Zahlungsflüsse für hinterlegte Sicherheitsleistungen und Sicherungsgeschäfte (netto)	(537)	90	132
Rückzahlung Finanzverbindlichkeiten gegenüber Sireo	(534)	-	-
Rückzahlung Medium Term Notes	(319)	(1 619)	(1 446)
Rückzahlung Schuldscheindarlehen	(309)	-	-
Rückzahlung Geldanlagen des Joint Ventures EE (netto)	(195)	280	(141)
Tilgung von Leasing-Verbindlichkeiten	(172)	(169)	(163)
Rückzahlung EIB-Kredite	(32)	(532)	(35)
Aktienrückkauf	(2)	-	(3)
Ziehung von EIB-Krediten	-	300	701
Commercial Paper (netto)	-	(1 657)	1 586
PTC-Transaktion	-	-	(187)
Sonstiges	32	(235)	(225)
	1 022	(6 601)	(5 958)

ZAHLUNGSUNWIRKSAME TRANSAKTIONEN IN DER KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG.

Im Juni 2013 wurden Dividendenansprüche der Aktionäre der Deutschen Telekom AG in Höhe von 1,1 Mrd. € im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit nicht zahlungswirksam bedient, sondern durch Aktien aus genehmigtem Kapital substituiert (siehe Angaben zum „Eigenkapital“, SEITE 209 F.). Die zahlungswirksame Erfüllung der Dividendenansprüche der Aktionäre der Deutschen Telekom AG betrug 1,9 Mrd. €.

Die Deutsche Telekom hat im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 0,4 Mrd. € Finanzierungsformen gewählt, durch welche die Zahlungsziele für Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen durch Zwischenschaltung von Bankgeschäften verlängert werden. In der Bilanz werden diese in der Folge unter den finanziellen

Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei Zahlung erfolgt der Ausweis im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

32 SEGMENTBERICHTERSTATTUNG.

Die Deutsche Telekom berichtet über vier operative Segmente sowie das Segment Group Headquarters & Group Services. In drei der operativen Segmente wird eine regionale Aufteilung der Geschäftstätigkeiten vorgenommen, während bei einem Segment einer Kunden- und Produktzuordnung gefolgt wird.

Das operative Segment **Deutschland** umfasst sämtliche Aktivitäten des Festnetz- und Mobilfunk-Geschäfts in Deutschland. Darüber hinaus erbringt das operative Segment Deutschland Telekommunikationsvorleistungen für andere operative Segmente im Konzern. Das operative Segment **USA** umfasst sämtliche Mobilfunk-Aktivitäten auf dem US-amerikanischen Markt. Das operative Segment **Europa** umfasst sämtliche Aktivitäten aus Festnetz- und Mobilfunk-Geschäft der Landesgesellschaften in Griechenland, Rumänien, Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, Kroatien, den Niederlanden, der Slowakei, Österreich, Albanien, EJR Mazedonien und Montenegro sowie das Joint Venture in Großbritannien. Ebenso gehört der Bereich International Carrier Sales & Solutions dazu, der hauptsächlich Telekommunikationsvorleistungen für andere operative Segmente im Konzern erbringt. Das operative Segment Europa bietet den Geschäftskunden in einzelnen Landesgesellschaften auch ICT-Lösungen an.

Das Festnetz-Geschäft umfasst sämtliche Aktivitäten der Sprach- und Datenkommunikation durch Festnetz- bzw. Breitband-Technik. Dazu gehören sowohl der Vertrieb von Endgeräten und sonstiger Hardware als auch der Vertrieb der Dienste an Wiederverkäufer.

Das Mobilfunk-Geschäft bietet Privat- und Geschäftskunden mobile Sprach- und Datendienste an. In Verbindung mit den angebotenen Diensten werden zudem Mobilfunk-Endgeräte und andere Hardware vertrieben. Darüber hinaus erfolgt der Vertrieb der Mobilfunk-Dienste auch an Wiederverkäufer sowie an Gesellschaften, die Netzleistungen einkaufen und selbstständig an Dritte vermarkten (MVNO).

Das operative Segment **Systemgeschäft** bündelt unter der Marke T-Systems das Geschäft für ICT-Produkte und -Lösungen für große multinationale Unternehmen. Das operative Segment bietet seinen Kunden Informations- und Kommunikationstechnik aus einer Hand. Für multinationale Konzerne und öffentliche Institutionen entwickelt und betreibt das operative Segment Infrastruktur- und Branchenlösungen. Das Angebot reicht von Standardprodukten über IP-basierte Hochleistungsnetze bis zur Realisierung kompletter ICT-Lösungen.

Das Segment **Group Headquarters & Group Services** besteht aus der Service-Zentrale und den Beteiligungen der Deutschen Telekom AG, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind.

Die dargestellten Geschäftssegmente werden regelmäßig vom Vorstand der Deutschen Telekom auf deren Ressourcenallokation und Ertragskraft überprüft.

Im Jahr 2013 wurde die Segmentstruktur wie folgt geändert:

Zum 1. Januar 2013 wurden die zentralen Steuerungs- und Service-Funktionen neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wurde das Segment Konzernzentrale & Shared Services in Group Headquarters & Group Services umbenannt. Aufgaben der neuen Konzernzentrale sind die konzernweite Ausrichtung und Steuerung des Konzerns, die Regelungsgebung, das Initiieren konzernweiter strategischer Projekte und die entsprechende Umsetzungs- und Erfolgsmessung. Die neu formierten Group Services erbringen ihre Leistungen als Dienstleister für den

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

gesamten Konzern. Die Aufgaben und Funktionen des Wachstumsgeschäfts Digital Services sowie des Internet-Dienstleisters STRATO werden gebündelt als Digital Business Unit im Segment Group Headquarters & Group Services ausgewiesen.

Seit dem 1. Januar 2013 werden die Aufgaben und Funktionen des Bereichs Group Technology inkl. der Global Network Factory, der bisher Bestandteil des Segments Group Headquarters & Group Services war, im operativen Segment Europa ausgewiesen. Das Aufgabengebiet des Bereichs Group Technology umfasst die effiziente und kundengerechte Bereitstellung von Technologien, Plattformen und Services für Mobilfunk und Festnetz. Die Global Network Factory gestaltet und betreibt ein weltweites Netzwerk, um den Kunden Sprach- und Datenkommunikation anbieten zu können. Die Änderung wurde aus Gründen einer besseren Steuerbarkeit der Bereiche durchgeführt. Die Vorjahresvergleichswerte wurden entsprechend rückwirkend angepasst.

Den Bewertungsgrundsätzen für die Segmentberichterstattung der Deutschen Telekom liegen im Wesentlichen die im Konzernabschluss verwendeten IFRS

zugrunde. Die Deutsche Telekom beurteilt die Leistung der Segmente u. a. anhand des Umsatzes und des Betriebsergebnisses (EBIT). Die Umsätze und Vorleistungen zwischen den Segmenten werden auf Basis von Marktpreisen verrechnet. Leistungen der Telekom IT werden ohne Gewinnmarge verrechnet. Segmentvermögen und -schulden umfassen sämtliche Vermögenswerte und Schulden, die auf der Basis der durch die Segmente erstellten und in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse bilanziert werden. Die Segmentinvestitionen enthalten die Zugänge zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen. Soweit nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen einem Segment direkt zurechenbar sind, werden deren Anteile am Periodenergebnis und deren Buchwerte dort angegeben. Alle in den folgenden TABELLEN 137 bis 139 ausgewiesenen Steuerungsgrößen werden vollständig aus der Sicht der Segmente dargestellt. Die Eliminierungen konzerninterner Verflechtungen zwischen den Segmenten werden in der Überleitungszeile zusammengefasst angegeben. Im Folgenden werden die von der Deutschen Telekom zur Beurteilung der Leistung der operativen Segmente herangezogenen Steuerungsgrößen und darüber hinausgehende segmentbezogene Größen dargestellt:

T 137

in Mio. €

		Außenumsatz	Intersegmentumsatz	Gesamtumsatz	Betriebsergebnis (EBIT)	Zinserträge	Zinsaufwendungen	Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	Ertragsteuern
Deutschland	2013	21 056	1 379	22 435	4 435	20	(367)	1	5
	2012	21 384	1 352	22 736	4 213	38	(501)	1	(6)
	2011	21 783	1 423	23 206	4 597	89	(605)	2	(6)
USA	2013	18 552	4	18 556	1 404	461	(737)	(33)	(418)
	2012	15 365	6	15 371	(7 547)	86	(661)	(26)	2 191
	2011	14 801	10	14 811	(710)	86	(628)	(11)	(562)
Europa	2013	12 992	667	13 659	958	25	(423)	(40)	(414)
	2012	13 733	673	14 406	1 437	64	(419)	(113)	(399)
	2011	14 431	693	15 124	760	141	(478)	(54)	(526)
Systemgeschäft	2013	6 426	3 065	9 491	(279)	15	(1)	4	(33)
	2012	6 609	3 407	10 016	(307)	37	(23)	(14)	15
	2011	6 567	3 386	9 953	(395)	31	(31)	(10)	(11)
Group Headquarters & Group Services	2013	1 106	1 773	2 879	(1 582)	1 145	(1 871)	(3)	(249)
	2012	1 078	1 757	2 835	(1 750)	1 458	(2 057)	(2)	(291)
	2011	1 071	1 751	2 822	1 299	1 545	(2 419)	-	(1 263)
SUMME	2013	60 132	6 888	67 020	4 936	1 666	(3 399)	(71)	(1 109)
	2012	58 169	7 195	65 364	(3 954)	1 683	(3 661)	(154)	1 510
	2011	58 653	7 263	65 916	5 551	1 892	(4 161)	(73)	(2 368)
Überleitung	2013	-	(6 888)	(6 888)	(6)	(1 438)	1 009	-	185
	2012	-	(7 195)	(7 195)	(8)	(1 377)	1 322	-	6
	2011	-	(7 263)	(7 263)	12	(1 624)	1 568	-	23
KONZERN	2013	60 132	-	60 132	4 930	228	(2 390)	(71)	(924)
	2012	58 169	-	58 169	(3 962)	306	(2 339)	(154)	1 516
	2011	58 653	-	58 653	5 563	268	(2 593)	(73)	(2 345)

T 138

in Mio. €

		Segment- vermögen ^a	Segment- schulden	Segment- investitionen	Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen	Planmäßige Abschreibungen	Wert- minderungen	Anzahl Mitarbeiter (im Durchschnitt)
Deutschland	2013	30 738	23 200	3 538	17	(3 959)	(7)	67 765
	2012	31 224	22 972	3 559	16	(4 389)	(4)	68 653
	2011	32 578	22 865	3 572	17	(4 340)	(4)	70 525
USA	2013	38 830	26 888	4 676	198	(2 133)	(105)	32 962
	2012	27 436	21 254	4 217	215	(2 265)	(10 601)	30 184
	2011	38 075	24 110	1 787	27	(2 110)	(2 297)	34 518
Europa	2013	35 552	12 601	4 178	5 903	(2 738)	(644)	56 073
	2012	36 579	12 079	1 945	6 410	(2 903)	(388)	58 723
	2011	38 041	13 150	2 019	6 781	(3 214)	(1 056)	60 881
Systemgeschäft	2013	8 705	5 381	1 146	24	(656)	(13)	50 722
	2012	9 045	5 872	3 966	23	(632)	(17)	52 742
	2011	9 308	6 017	1 475	38	(654)	(15)	52 241
Group Headquarters & Group Services	2013	91 594	51 218	573	25	(627)	(72)	22 182
	2012	95 182	53 524	279	62	(654)	(99)	22 040
	2011	99 947	56 762	467	10	(668)	(84)	22 204
SUMME	2013	205 419	119 288	14 111	6 167	(10 113)	(841)	229 704
	2012	199 466	115 701	13 966	6 726	(10 843)	(11 109)	232 342
	2011	217 949	122 904	9 320	6 873	(10 986)	(3 456)	240 369
Überleitung	2013	(87 271)	(33 203)	(751)	-	47	3	-
	2012	(91 524)	(38 290)	(3 417)	-	(5)	-	-
	2011	(95 453)	(40 440)	(767)	-	1	5	-
KONZERN	2013	118 148	86 085	13 360	6 167	(10 066)	(838)	229 704
	2012	107 942	77 411	10 549	6 726	(10 848)	(11 109)	232 342
	2011	122 496	82 464	8 553	6 873	(10 985)	(3 451)	240 369

^a Im Segment Group Headquarters & Group Services wurde von Deutschen Telekom AG Aktionären für einen Teil der ihnen zustehenden Dividende die Option der Umwandlung in Aktien gewählt und die Dividende insoweit nicht zahlungswirksam in Form von Aktien geleistet (siehe Angabe 15 zum „Eigenkapital“, SEITE 209 F.).

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

T 139

in Mio. €

		Cashflow aus Geschäftstätigkeit	Cashflow aus Investitionstätigkeit	davon: Cash Capex ^a	Cashflow aus Finanzierungs- tätigkeit ^b
Deutschland	2013	8 646	(3 444)	(3 411)	(5 691)
	2012	8 489	(3 509)	(3 418)	(7 174)
	2011	8 315	(3 454)	(3 506)	(6 469)
USA	2013	2 580	(1 232)	(3 279)	2 728
	2012	3 164	(785)	(2 560)	(2 301)
	2011	3 523	(3 013)	(1 963)	(364)
Europa	2013	3 898	(3 013)	(3 648)	(2 381)
	2012	4 380	(888)	(1 724)	(2 795)
	2011	4 825	(513)	(1 891)	(1 862)
Systemgeschäft	2013	1 022	(544)	(1 080)	141
	2012	272	(463)	(1 187)	367
	2011	433	(794)	(1 413)	224
Group Headquarters & Group Services	2013	3 271	3 726	(411)	(5 552)
	2012	3 028	3 665	(379)	(5 135)
	2011	6 115	(677)	(331)	(5 479)
SUMME	2013	19 417	(4 507)	(11 829)	(10 755)
	2012	19 333	(1 980)	(9 268)	(17 038)
	2011	23 211	(8 451)	(9 104)	(13 950)
Überleitung	2013	(6 400)	(5 389)	761	11 777
	2012	(5 756)	(4 691)	836	10 437
	2011	(6 997)	(824)	698	7 992
KONZERN	2013	13 017	(9 896)	(11 068)	1 022
	2012	13 577	(6 671)	(8 432)	(6 601)
	2011	16 214	(9 275)	(8 406)	(5 958)

^a Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte (ohne Goodwill) und Sachanlagen laut Kapitalflussrechnung.

^b Im Segment Group Headquarters & Group Services wurde von Deutschen Telekom AG Aktionären für einen Teil der ihnen zustehenden Dividende die Option der Umwandlung in Aktien gewählt und die Dividende insoweit nicht zahlungswirksam in Form von Aktien geleistet (siehe Angabe 15 zum „Eigenkapital“, SEITE 209 F.).

Informationen über geografische Gebiete. Langfristige Vermögenswerte und die Außenumsätze des Konzerns werden nach Regionen aufgeteilt dargestellt: Inland, Europa (ohne Deutschland), Nordamerika und übrige Länder. Die Region Nordamerika setzt sich aus den USA und Kanada zusammen. Die Region Europa (ohne Deutschland) umfasst das gesamte Gebiet der Europäischen Union (ohne Deutschland) sowie die sonstigen Staaten Europas. In der Region übrige Länder sind alle Staaten erfasst, die weder Deutschland, Europa (ohne Deutschland) noch Nordamerika zugehörig sind. Die Zuordnung der langfristigen Vermögenswerte zu den Regionen wird nach dem Standort des betreffenden Vermögens vorgenommen. Die langfristigen Vermögenswerte umfassen immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen, Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen sowie übrige langfristige Vermögenswerte. Die Zuordnung der Außenumsätze orientiert sich am Standort der jeweiligen Kunden.

T 140

in Mio. €

	Langfristige Vermögenswerte			Außenumsatz		
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	2013	2012	2011
Inland	35 264	36 497	40 542	25 384	25 775	26 361
Ausland	54 599	49 813	59 590	34 748	32 394	32 292
davon:						
Europa (ohne Deutschland)	27 224	28 002	28 022	15 173	15 966	16 577
Nordamerika	27 289	21 696	31 457	18 796	15 593	14 945
Übrige Länder	86	115	111	779	835	770
KONZERN	89 863	86 310	100 132	60 132	58 169	58 653

Informationen über Produkte und Dienstleistungen. Die Umsatzerlöse mit externen Kunden für die Gruppen vergleichbarer Produkte und Dienstleistungen entwickelten sich wie folgt:

T 141

in Mio. €

	Außenumsatz		
	2013	2012	2011
Telekommunikation	53 075	50 952	51 496
ICT-Lösungen	6 858	6 988	6 924
Sonstige	199	229	233
	60 132	58 169	58 653

33 EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND -FORDERUNGEN.

Die Deutsche Telekom ist im Rahmen ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit an verschiedenen gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren mit Behörden, Wettbewerbern sowie anderen Beteiligten, deren Ergebnisse oft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden können, beteiligt. Zum Abschluss-Stichtag bestehen im Konzern Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 0,6 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,3 Mrd. €) und Eventualforderungen in Höhe von 0,0 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,2 Mrd. €), die auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse und Einschätzungen die Voraussetzungen zum Ansatz in der Bilanz nicht erfüllen. Die Rechtsberatungskosten und die voraussichtlichen Kosten aufgrund negativer Verfahrensergebnisse wurden als Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigt. Die Deutsche Telekom geht nicht davon aus, dass weitere potenzielle Kosten aus Rechtsberatung und aufgrund von Verfahrensergebnissen wesentliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben werden. In der oben aufgeführten Summe der Eventualverbindlichkeiten sind neben Einzelfällen, die alleine betrachtet keine wesentlichen Auswirkungen haben, folgende Sachverhalte enthalten, wobei deren Reihenfolge keine Wertigkeit der Eintrittswahrscheinlichkeit oder des potenziellen Schadensmaßes impliziert.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN.

Verfahren der Anti-Monopol-Kommission in Polen. Die polnische Anti-Monopol-Kommission UOKiK hat am 23. November 2011 eine im Jahr 2010 begonnene Untersuchung abgeschlossen. Sie wirft der T-Mobile Polska (ehem. PTC) und anderen polnischen Telekommunikationsunternehmen kartellrechtswidrige Preisabsprachen vor und hat gegenüber der T-Mobile Polska ein Bußgeld in Höhe von 34 Mio. PLN (etwa 8 Mio. €) verhängt. Die T-Mobile Polska hält diese Vorwürfe weiterhin für unbegründet und hat gegen die Entscheidung geklagt. Dadurch ist das Bußgeld derzeit noch nicht zahlbar. Das Gleiche gilt für ein weiteres Bußgeld in Höhe von 21 Mio. PLN (etwa 5 Mio. €), das die UOKiK wegen eines angeblichen verbraucherschutzrechtlichen Verstoßes am 2. Januar 2012 gegen die T-Mobile Polska verhängt hatte. Die Gerichtsentscheidung steht weiterhin aus.

Klagen von Telefonbuchpartnerverlagen. Mehrere Verlage, die gemeinsam mit der DeTeMedien GmbH Teilnehmerverzeichnisse herausgeben und verlegen, haben Ende 2013 Klagen gegen die DeTeMedien GmbH und/oder die Deutsche Telekom AG eingereicht. Die Kläger fordern von der DeTeMedien GmbH und teilweise von der Deutschen Telekom AG als Gesamtschuldnerin neben der DeTeMedien GmbH Schadensersatz oder Erstattung von insgesamt ca. 97 Mio. € zuzüglich Zinsen. Die Kläger stützen ihre Forderungen auf vermeintlich überhöhte Kosten für die Überlassung von Teilnehmerdaten.

Schadensersatzklage gegen Slovak Telekom. Im Jahr 1999 wurde Klage gegen Slovak Telekom mit dem Vorwurf eingereicht, dass der Rechtsvorgänger der Slovak Telekom die Sendung eines internationalen Radioprogramms entgegen der vertraglichen Grundlage abgeschaltet habe. Der Kläger forderte ursprünglich ca. 100 Mio. € zuzüglich Zinsen als Schadensersatz und entgangenen Gewinn. Das Landgericht in Bratislava gab der Klage mit Urteil vom 9. November 2011 teilweise statt und verurteilte Slovak Telekom zur Zahlung von rund 32 Mio. € zuzüglich Zinsen. Die Slovak Telekom hat am 27. Dezember 2011 gegen das Urteil Berufung zum Supreme Court eingelegt. Für den Fall einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung zum Nachteil der Slovak Telekom kann die Deutsche Telekom AG für einen Teil der eingeforderten Summe Rückgriffsansprüche gegen Dritte geltend machen.

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

Verkauf des Geschäftsbereichs SI der T-Systems France. Bei dem Verkauf des Systems Integration-Geschäftsbereichs der T-Systems France Mitte des Jahres 2013 musste gegenüber dem zuständigen Betriebsrat eine Garantieerklärung mit einer Laufzeit von 15 Monaten abgegeben werden. Davon sind rund 500 Mitarbeiter betroffen, die an den Käufer übergehen. Die Garantie sieht vor, die Mitarbeiter im Falle der Insolvenz des Käufers mit insgesamt bis zu 63 Mio. € zu entschädigen.

Die folgenden Sachverhalte erfüllen ebenfalls auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse und Einschätzungen nicht die Voraussetzungen zum Ansatz in der Bilanz. Da der Konzern aufgrund der bestehenden und im Folgenden beschriebenen Unsicherheiten die Höhe der jeweiligen Eventualverbindlichkeiten bzw. Gruppe von Eventualverbindlichkeiten nicht schätzen kann, sind diese in der zuvor genannten Summe der Eventualverbindlichkeiten allerdings nicht enthalten.

Kartell- und Verbraucherschutzverfahren. Wie viele andere Unternehmen unterliegt auch unser Konzern den Vorschriften des Kartellrechts. In einzelnen Ländern sehen sich die Deutsche Telekom und ihre Beteiligungen unterschiedlichen kartellrechtlichen bzw. wettbewerbsrechtlichen Verfahren oder sich daraus ergebenden zivilrechtlichen Folgeklagen ausgesetzt. Diese haben für sich alleine betrachtet keine wesentlichen Auswirkungen. Die Deutsche Telekom hält die Vorwürfe jeweils für unbegründet. Die Verfahrensausgänge sind zurzeit nicht bestimmbar.

Verfahren der Europäischen Kommission gegen Slovak Telekom und Deutsche Telekom. Die Europäische Kommission hat am 8. Mai 2012 beschlossen, der Slovak Telekom und der Deutschen Telekom eine Mitteilung der Beschwerdepunkte zu übersenden. Sie legt darin ihre vorläufige Ansicht dar, dass Slovak Telekom, eine 51 %-Beteiligung der Deutschen Telekom, auf dem slowakischen Breitband-Markt europäisches Kartellrecht verletzt habe. Hierfür beabsichtigt die Europäische Kommission auch die Deutsche Telekom als Konzernmutter verantwortlich zu machen. Die Europäische Kommission hatte das Verfahren gegen Slovak Telekom im April 2009 und jenes gegen die Deutsche Telekom im Dezember 2010 eröffnet.

Slovak Telekom und Deutsche Telekom haben sich gegen die in den Beschwerdepunkten erhobenen Vorwürfe verteidigt. Daraufhin hat die Europäische Kommission 2013 weitere Ermittlungen vorgenommen, welche andauern. Wir sehen weiterhin keine Grundlage für eine Haftung der Deutschen Telekom für das angeblich kartellrechtswidrige Verhalten der Slovak Telekom. Weiterhin sind wir überzeugt, dass Slovak Telekom sich an die geltenden Gesetze hält. Der starke Wettbewerb und stetig fallende Preise auf dem slowakischen Breitband-Markt sprechen außerdem gegen eine Behinderung der Wettbewerber durch Slovak Telekom. Die Beschwerdepunkte stellen noch keine finale Entscheidung dar, sollte die Europäische Kommission aber im Laufe des weiteren Verfahrens an ihren Vorwürfen festhalten, kann sie ein Bußgeld gegen Slovak Telekom und die Deutsche Telekom verhängen.

Schiedsverfahren Toll Collect. Hauptgesellschafter des Konsortiums Toll Collect sind die Daimler Financial Services AG und die Deutsche Telekom. Im Schiedsverfahren zwischen diesen Hauptgesellschaftern sowie der Konsortialgesellschaft Toll Collect GbR einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits über Streitigkeiten in Zusammenhang mit dem Mauterhebungssystem erhielt die Deutsche Telekom am 2. August 2005 die Klageschrift der Bundesrepublik Deutschland. Darin machte der Bund einen Anspruch auf entgangene Maut-einnahmen in Höhe von ca. 3,51 Mrd. € zuzüglich Zinsen wegen Verspätung der Aufnahme des Wirkbetriebs geltend. Die Summe der geforderten Vertragsstrafen beträgt 1,65 Mrd. € zuzüglich Zinsen; diese Forderungen beruhen auf angeblichen Verletzungen des Betreibervertrags: behauptete fehlende Zustimmung zu Unterauf-

tragnehmerverträgen, behauptete verspätete Bereitstellung von „On-Board-Units“ und Kontrolleinrichtungen. Der Bund hat mit Schriftsatz vom 16. Mai 2008 seine Klageforderung in Bezug auf den Mautausfallschaden neu berechnet und um 169 Mio. € nach unten korrigiert. Die neue Klageforderung beträgt nunmehr ca. 3,33 Mrd. € zuzüglich Zinsen. Die Summe aller Hauptforderungen des Bundes – einschließlich der Vertragsstrafenforderungen – beträgt damit ca. 4,98 Mrd. € zuzüglich Zinsen. Das Verfahren soll im Frühjahr 2014 fortgeführt werden.

■ **Garantie von Bankkrediten.** Die Deutsche Telekom garantiert gegenüber Dritten bis zu einem Höchstbetrag von 110 Mio. € für Bankkredite, die der Toll Collect GmbH gewährt werden. Diese Garantien für Bankkredite haben eine Laufzeit bis zum 15. Oktober 2015.

■ **Kapitalintakthalteerklärung.** Die Konsortialpartner haben die Verpflichtung, gesamt- und einzelschuldnerisch, weiteres Eigenkapital der Toll Collect GmbH bereitzustellen, um eine Eigenkapitalquote von mindestens 15 % (des nach den Vorschriften des deutschen Handelsrechts aufgestellten Einzelabschlusses) zu gewährleisten (sog. „Kapitalintakthalteerklärung“). Diese Verpflichtung endet mit Ablauf des Betreibervertrags am 31. August 2015 oder früher, falls der Betreibervertrag vorzeitig gekündigt werden sollte.

Im Juni 2006 begann die Bundesrepublik Deutschland damit, die monatlichen Vorauszahlungen der Betreibervergütung an die Toll Collect GmbH partiell in Höhe von 8 Mio. € mit Vertragsstrafenforderungen aufzurechnen, die bereits Gegenstand des vorstehend beschriebenen Schiedsverfahrens sind. Als Folge der Aufrechnung könnte es für die Konsortialmitglieder im weiteren Verlauf erforderlich sein, der Toll Collect GmbH weitere Liquidität zuzuführen.

Die Risiken und Verpflichtungen von Compagnie Financière et Industrielle des Autoroutes S.A., Sèvres Cedex (Cofiroute, die zu 10 % Anteilseigner an der Toll Collect ist), sind auf den Betrag von 70 Mio. € beschränkt. Die Deutsche Telekom AG und Daimler Financial Services AG sind gesamtschuldnerisch verpflichtet, Cofiroute von weiteren Ansprüchen freizustellen. Die Deutsche Telekom hält die Ansprüche der Bundesrepublik Deutschland für unbegründet. Darüber hinaus kann die Höhe einer möglichen Inanspruchnahme aus der Kapitalintakthalteerklärung oder aus der beschriebenen Schiedsklage, welche wesentlich sein könnten, aufgrund der oben beschriebenen Unsicherheiten nicht eingeschätzt werden.

Klagen wegen Entgelten für Mitbenutzung von Kabelkanalanlagen. Mit am 14. Juni 2012 zugestellter Klage fordert die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH (KDG) von der Telekom Deutschland GmbH zweierlei: einerseits die Reduzierung des jährlichen Entgelts für die Nutzungsrechte an Kabelkanalkapazitäten für die Zukunft, andererseits die teilweise Rückzahlung von in diesem Zusammenhang seit 2004 geleisteter Zahlungen. Die KDG beziffert die Höhe der bis einschließlich 2012 entstandenen Ansprüche mit ca. 340 Mio. € zuzüglich Zinsen. Mit Urteil vom 28. August 2013 wies das Landgericht Frankfurt am Main die Klage der KDG ab. Die KDG hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt. Am 23. Januar 2013 wurde der Telekom Deutschland GmbH zudem eine Klage zugestellt, mit welcher Unitymedia Hessen GmbH & Co. KG, Unitymedia NRW GmbH und Kabel BW GmbH fordern, dass die Telekom Deutschland GmbH es unterlässt, mehr als ein jeweils genau beziffertes Entgelt für die Mitbenutzung von Kabelkanalanlagen von den Klägern zu fordern. Daneben fordert Unitymedia Hessen GmbH & Co. KG derzeit Zahlung von ca. 36,5 Mio. € zuzüglich Zinsen, Unitymedia NRW GmbH 90,8 Mio. € zuzüglich Zinsen und Kabel BW GmbH 61,5 Mio. € zuzüglich Zinsen für seit 2009 bis einschließlich 2012 angeblich zu viel gezahlter Entgelte für die Mitbenutzung von Kabelkanalanlagen.

Schadensersatzklage gegen OTE. Lannet Communications S.A. hat im Mai 2009 Klage gegen die OTE eingereicht und fordert Schadensersatz in Höhe von 176 Mio. € zuzüglich Zinsen aufgrund einer angeblich rechtswidrigen Kündigung von Leistungen seitens der OTE – hauptsächlich Zusammenschaltungsleistungen, Entbündelung von TAL und Vermietung von Standleitungen. Am 30. Mai 2013 fand eine mündliche Verhandlung statt; ein Urteil ist noch nicht ergangen.

Patente und Lizenzen. Wie viele andere große Telekommunikations- und Internet-Anbieter sieht sich auch die Deutsche Telekom einer wachsenden Zahl von Streitfällen „zum Recht am geistigen Eigentum“ ausgesetzt (IPR: Intellectual Property Rights). Für uns besteht das Risiko der Zahlung von Lizenzgebühren und/oder Schadensersatz; es besteht auch das Risiko einer Verurteilung zur Unterlassung (des Vertriebs eines Produkts, der Nutzung einer Technik o. Ä.).

Steuerrisiken. Die Deutsche Telekom unterliegt in zahlreichen Ländern den jeweils geltenden steuerlichen Rechtsvorschriften. Risiken mit einer Auswirkung sowohl auf Steueraufwendungen und -erträge als auch auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten können sich aus Änderungen der lokalen Steuergesetze bzw. der Rechtsprechung und unterschiedlicher Auslegung existierender Vorschriften ergeben.

34 LEASING-VERHÄLTNISSE.

DIE DEUTSCHE TELEKOM ALS LEASING-NEHMER.

Finanzierungs-Leasing-Verhältnisse. Sofern die Deutsche Telekom als Leasing-Nehmer die wesentlichen Chancen und Risiken aus einem Leasing-Verhältnis trägt, setzt sie die Leasing-Gegenstände in der Bilanz im Zugangszeitpunkt mit dem beizulegenden Zeitwert oder dem niedrigeren Barwert der künftigen Mindest-Leasing-Zahlungen an. Die im Rahmen von Finanzierungs-Leasing-Verhältnissen in

der Bilanz angesetzten Leasing-Gegenstände betreffen überwiegend langfristige Miet-/Pachtverträge für Bürogebäude und Funktürme bzw. Mobilfunk-Anlagen. Die durchschnittliche Vertragslaufzeit umfasst dabei 16 Jahre. Die Verträge enthalten Verlängerungs- und Kaufoptionen. Die zum Abschluss-Stichtag bestehenden Nettobuchwerte der im Rahmen eines Finanzierungs-Leasings aktivierten Leasing-Gegenstände können der folgenden Darstellung entnommen werden:

T 142

in Mio. €

	31.12.2013	davon: Sale and Leaseback	31.12.2012	davon: Sale and Leaseback
Grundstücke und Gebäude	680	394	792	443
Technische Anlagen und Maschinen	362	0	80	0
Sonstiges	8	0	7	0
NETTOBUCHWERT DER AKTIVIERTEN LEASING-GEGENSTÄNDE	1 050	394	879	443

Die Deutsche Telekom setzt im Zugangszeitpunkt des Leasing-Gegenstands zugleich eine Leasing-Verbindlichkeit an, die in ihrer Höhe dem Buchwert des Leasing-Gegenstands entspricht. In den Folgeperioden mindern – unter Anwendung der Effektivzinsmethode – die an die jeweiligen Leasing-Geber zu zahlenden Leasing-Raten in Höhe des Tilgungsanteils die Leasing-Verbindlichkeit. Der Zinsanteil der Zahlungen wird ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Werte:

T 143

in Mio. €

	Mindest-Leasing-Zahlungen		Enthaltener Zinsanteil		Barwerte	
	Gesamt	davon: Sale and Leaseback	Gesamt	davon: Sale and Leaseback	Gesamt	davon: Sale and Leaseback
31.12.2013						
FÄLLIGKEIT						
Bis 1 Jahr	260	109	98	52	162	57
1 bis 3 Jahre	475	209	183	90	292	119
3 bis 5 Jahre	398	198	140	70	258	128
Über 5 Jahre	1 079	472	345	189	734	283
	2 212	988	766	401	1 446	587
31.12.2012						
FÄLLIGKEIT						
Bis 1 Jahr	231	109	95	57	136	52
1 bis 3 Jahre	408	215	158	99	250	116
3 bis 5 Jahre	361	202	126	79	235	123
Über 5 Jahre	969	566	344	219	625	347
	1 969	1 092	723	454	1 246	638

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Operating Leasing-Verhältnisse. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasing-Geschäften verbleibt beim Leasing-Geber, wenn dieser die mit dem Leasing-Gegenstand verbundenen wesentlichen Chancen und Risiken trägt. Der Leasing-Geber setzt den Leasing-Gegenstand in seiner Bilanz an. Die Deutsche Telekom erfasst während des Zeitraums des Operating Leasing-Verhältnisses gezahlte Leasing-Raten erfolgswirksam. Die Verpflichtungen der Deutschen Telekom aus Operating Leasing-Verhältnissen betreffen überwiegend langfristige Miet-/Pachtverträge für Funktürme, Netzinfrastruktur und Immobilien.

Einige Verträge enthalten Verlängerungsoptionen und Staffelmieten. Diese betreffen im Wesentlichen Leasing-Verträge für Funktürme in den USA.

Die erfolgswirksam erfassten Aufwendungen aus Operating Leasing-Verhältnissen betragen im Geschäftsjahr 2013 3,2 Mrd. € (2012: 2,8 Mrd. €, 2011: 2,8 Mrd. €). Im Einzelnen ergeben sich folgende Werte für künftige Verpflichtungen aus Operating Leasing-Geschäften:

T 144

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
FÄLLIGKEIT		
Bis 1 Jahr	2 684	2 385
1 bis 3 Jahre	4 470	4 096
3 bis 5 Jahre	3 770	3 492
Über 5 Jahre	6 496	7 529
	17 420	17 502

DIE DEUTSCHE TELEKOM ALS LEASING-GEBER.

Finanzierungs-Leasing-Verhältnisse. Die Deutsche Telekom ist Leasing-Geber im Rahmen von Finanzierungs-Leasing-Verhältnissen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Vermietung von Routern und anderer Hardware, die den Kunden der Deutschen Telekom für Daten- und Telefonnetzwerk-Lösungen bereitgestellt werden. Die Deutsche Telekom setzt eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts aus dem Leasing-Verhältnis an. Die von den jeweiligen Leasing-Nehmern gezahlten Leasing-Raten werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode in einen Zins- und Tilgungsanteil aufgeteilt. Die Forderung aus dem Leasing-Verhältnis wird vermindert um die erhaltenen Tilgungsanteile fortgeschrieben. Der Zinsanteil der Zahlungen wird als Finanzertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Ableitung des Nettoinvestitionswerts aus Finanzierungs-Leasing-Verhältnissen kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

T 145

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Mindest-Leasing-Zahlungen	208	262
Nicht garantierter Restwert	10	13
Bruttoinvestition	218	275
Noch nicht realisierter Finanzertrag	(15)	(27)
NETTOINVESTITION (BARWERT DER MINDEST-LEASING-ZAHLUNGEN)	203	248

Die Bruttoinvestition und der Barwert der ausstehenden Mindest-Leasing-Zahlungen sind in folgender Übersicht dargestellt:

T 146

in Mio. €

	31.12.2013		31.12.2012	
	Bruttoinvestition	Barwert der Mindest-Leasing-Zahlungen	Bruttoinvestition	Barwert der Mindest-Leasing-Zahlungen
FÄLLIGKEIT				
Bis 1 Jahr	104	79	131	106
1 bis 3 Jahre	92	91	116	110
3 bis 5 Jahre	12	23	16	20
Über 5 Jahre	10	10	12	12
	218	203	275	248

Operating Leasing-Verhältnisse. Ist die Deutsche Telekom Leasing-Geber im Rahmen von Operating Leasing-Verhältnissen, setzt sie die überlassenen Vermögenswerte weiterhin in ihrer Bilanz an. Die erhaltenen Leasing-Raten werden erfolgswirksam erfasst. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Vermietung von Funktürmen oder Gebäudeflächen. Die Verträge haben eine Vertragslaufzeit von durchschnittlich 14 Jahren. Die künftigen Mindest-Leasing-Zahlungen aus unkündbaren Operating Leasing-Verhältnissen können der folgenden TABELLE 147 entnommen werden:

T 147

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
FÄLLIGKEIT		
Bis 1 Jahr	275	266
1 bis 3 Jahre	382	371
3 bis 5 Jahre	302	310
Über 5 Jahre	603	676
	1 562	1 623

35 SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN.

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die sonstigen finanziellen Verpflichtungen der Deutschen Telekom:

T 148

in Mio. €

	31.12.2013			
	Summe	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre
Bestellobligo für Sachanlagevermögen	1 144	1 093	46	5
Bestellobligo für immaterielle Vermögenswerte	663	624	39	0
Abgeschlossene Einkaufsverpflichtungen für Vorräte	5 951	2 219	3 732	0
Sonstiges Bestellobligo und Abnahmeverpflichtungen	7 246	4 438	2 565	243
Öffentlich-rechtliche Verpflichtungen gegenüber der Postbeamtenversorgungskasse	5 032	540	1 608	2 884
Verpflichtungen aus der Übernahme von Gesellschaftsanteilen	546	546	0	0
Andere sonstige Verpflichtungen	1 650	624	1 026	0
	22 232	10 084	9 016	3 132

36 ANTEILSBASIERTE VERGÜTUNG.

SHARE MATCHING PLAN.

Im Geschäftsjahr 2011 sind bestimmte Führungskräfte vertraglich dazu verpflichtet worden, mindestens 10 bis maximal 33,3% des ausgezahlten variablen kurzfristigen Gehaltsbestandteils, der sich nach dem Grad der Zielerreichung der für das Geschäftsjahr fixierten Zielvorgabe jeder Person bestimmt (Variable I), in Aktien der Deutschen Telekom AG zu investieren. Die Deutsche Telekom AG wird für jede im Rahmen des oben beschriebenen Eigeninvestments der entsprechenden Person erworbene Aktie eine zusätzliche Aktie gewähren (Share Matching Plan). Nach Ablauf einer vierjährigen Haltefrist werden diese dem Planberechtigten zugeteilt.

Zum Vergütungssystem der Mitglieder des Vorstands, die ebenfalls am Share Matching Plan beteiligt sind, wird auf die Angabe 40, SEITE 240 FF. verwiesen.

ANTEILSBASIERTE VERGÜTUNG BEI T-MOBILE US.

Im zweiten Quartal 2013 verabschiedeten das Board of Directors und die Anteilseigner der T-Mobile US den Omnibus Incentive Plan 2013, durch den die Emission von bis zu 63 Mio. Aktien der T-Mobile US genehmigt wurde. Im Rahmen dieses Plans kann die Gesellschaft Aktienoptionen, Stock Appreciation Rights, Restricted Stock, Restricted Stock Units und Leistungsprämien an Mitarbeiter, Berater sowie Direktoren ohne Mitarbeiterstatus ausgeben. Am 31. Dezember 2013 waren 40 Mio. Aktien für die zukünftige Ausgabe für diese Programme verfügbar.

Im Juni 2013 begab T-Mobile US Restricted Stock Units (RSUs) an berechnigte Mitarbeiter. RSUs berechnigen den Planteilnehmer, am Ende eines Erdienungszeitraums von einem bis zu dreieinhalb Jahren Aktien der T-Mobile US zu erhalten.

Im Juni 2013 begab die Gesellschaft ebenfalls leistungsabhängige Performance Stock Units (PSUs) an berechnigte Top-Führungskräfte der Gesellschaft. PSUs berechnigen den Planteilnehmer, am Ende eines Erdienungszeitraums von rund 2,5 Jahren Aktien der T-Mobile US zu erhalten, wenn ein bestimmtes Leistungsziel erreicht wurde. Die Zahl der letztlich zu erhaltenen Aktien ist abhängig von einer bestimmten und vorher festgelegten Zielerreichung der T-Mobile US. Mit der Festlegung der Leistungsziele im Juni 2013 galten die PSUs ab diesem Zeitpunkt buchhalterisch als gewährt.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Aus dem Plan resultierten die folgenden Aktienentwicklungen der T-Mobile US:

T 149

	Aktien in Stück	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Gewährungstag in USD
Noch nicht erdiente Aktien		
1. Januar 2013		
Gewährt	24 685 791	22,07
Erdient	(88 440)	21,28
Verfallen	(1 648 186)	21,22
Noch nicht erdiente Aktien		
31. Dezember 2013	22 949 165	22,14

Das Programm wurde zum beizulegenden Zeitwert am Tag der Gewährung bewertet und die Kosten als Aufwand gemäß einem stufenweisen Erdienungsplan über die jeweilige Dienstzeit erfasst, abzüglich der zu erwartenden verfallenden Aktien. Der beizulegende Zeitwert der Aktienzuteilungen basiert auf dem Schlusskurs der Aktie der T-Mobile US am Tag der Gewährung. Der Aufwand für die aktienbasierte Vergütung betrug zum 31. Dezember 2013 112 Mio. €.

Vor dem Zusammenschluss hatte MetroPCS eine Reihe von Aktienoptionsplänen ausgegeben (Predecessor Plans). Im Zuge des Erwerbs von MetroPCS wurden die Pläne geändert (siehe Abschnitt „Veränderung des Konsolidierungskreises und Transaktionen mit Eigentümern“ im Kapitel „Grundlagen und Methoden“, SEITE 182 FF.). Nach der Verabschiedung des Omnibus Incentive Plan 2013 der T-Mobile US dürfen keine neuen Zuteilungen im Rahmen der Predecessor Plans mehr erfolgen.

Aus diesem Plan resultierten die folgenden Entwicklungen der Optionsrechte auf Aktien an der T-Mobile US:

T 150

	Aktien in Stück	Gewichteter durchschnittlicher Fair Value am Gewährungstag in USD	Gewichtete durchschnittliche vertragliche Restlaufzeit in Jahren
Ausstehende/ ausübbarer Aktienoptionen			
1. Mai 2013			
Ausgeübt	(9 278 599)	14,43	
Verfallen	(1 127 024)	34,73	
Ausstehende/ ausübbarer Aktienoptionen			
31. Dezember 2013	6 333 020	24,64	4,6

Im Zeitraum vom 1. Mai 2013 bis zum 31. Dezember 2013 erzeugten die Ausübungen Einzahlungen in Höhe von 103 Mio. € (137 Mio. USD).

37 FINANZINSTRUMENTE UND RISIKO-MANAGEMENT.

T 151

Buchwerte, Wertansätze und beizulegende Zeitwerte nach Klassen und Bewertungskategorien.

in Mio. €

	Bewertungs- kategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2013	Wertansatz Bilanz nach IAS 39			
			Fortgeführte Anschaffungs- kosten	Anschaffungs- kosten	Beizulegender Zeitwert erfolgsneutral	Beizulegender Zeitwert erfolgswirksam
AKTIVA						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	LaR	7 970	7 970			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	7 580	7 580			
Ausgereichte Darlehen und Forderungen	LaR/n. a.	2 672	2 469			
davon: Gezahlte Collaterals	LaR	941	941			
Sonstige originäre finanzielle Vermögenswerte						
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	HtM	12	12			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ^a	AFS	652		280	372	
Derivative finanzielle Vermögenswerte ^b						
Derivate ohne Hedge-Beziehung	FAHfT	596				596
davon: In emittierte Anleihen eingebettete Kündigungsrechte	FAHfT	158				158
Derivate mit Hedge-Beziehung	n. a.	175			113	62
PASSIVA^c						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	7 231	7 231			
Anleihen und sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	FLAC	40 535	40 535			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	4 105	4 105			
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen	FLAC	1 072	1 072			
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	FLAC	891	891			
davon: Erhaltene Collaterals	FLAC	40	40			
Sonstige unverzinsliche Verbindlichkeiten	FLAC	1 967	1 967			
Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing	n. a.	1 446				
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten ^b						
Derivate ohne Hedge-Beziehung	FLHfT	581				581
Derivate mit Hedge-Beziehung	n. a.	1 002			726	276
Davon: Aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39						
Kredite und Forderungen/Loans and Receivables	LaR	18 019	18 019			
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen/Held-to-Maturity Investments	HtM	12	12			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte/Available-for-Sale Financial Assets ^a	AFS	652		280	372	
Finanzielle Vermögenswerte zu Handelszwecken gehalten/Financial Assets Held for Trading	FAHfT	596				596
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet/Financial Liabilities Measured at Amortized Cost	FLAC	55 801	55 801			
Finanzielle Verbindlichkeiten zu Handelszwecken gehalten/Financial Liabilities Held for Trading	FLHfT	581				581

^a Vgl. dazu ausführlich Angabe 8 „Sonstige finanzielle Vermögenswerte“, SEITE 196.^b Zu Einzelheiten wird auf die Aufstellung derivativer Finanzinstrumente in diesem Abschnitt, SEITE 238 verwiesen.^c Bezüglich der zum Stichtag bestehenden Finanzgarantien und Kreditzusagen wird auf die weiteren Angaben, SEITE 237 in diesem Abschnitt verwiesen.^d Für Angaben über bestimmte beizulegende Zeitwerte wurde die Erleichterungsvorschrift des IFRS 7.29a in Anspruch genommen.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind langfristige Forderungen in Höhe von 1,0 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,2 Mrd. €) enthalten, die eine Laufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen. Der beizulegende Zeitwert entspricht im Wesentlichen dem Buchwert.

160 Konzern-Bilanz
 162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
 164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
 166 Konzern-Kapitalflussrechnung

168 Konzern-Anhang
 168 Grundlagen und Methoden
 187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
 210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 219 Sonstige Angaben

Wertansatz Bilanz nach IAS 17	Beizulegender Zeitwert 31.12.2013 ^d	Bewertungskategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2012	Wertansatz Bilanz nach IAS 39				Wertansatz Bilanz nach IAS 17	Beizulegender Zeitwert 31.12.2012 ^d
				Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Beizulegender Zeitwert erfolgsneutral	Beizulegender Zeitwert erfolgswirksam		
	-	LaR	4 026	4 026				-	
	-	LaR	6 316	6 316				-	
203	-	LaR/n. a.	2 123	1 875			248	-	
	-	LaR	246	246				-	
	-	HtM	131	131				-	
	372	AfS	380		230	150		150	
	596	FAHfT	531				531	531	
	158	FAHfT	0				0	0	
	175	n. a.	756			257	499	756	
	-	FLAC	6 415	6 415				-	
	44 631	FLAC	33 674	33 674				38 544	
	4 219	FLAC	3 912	3 912				4 082	
	1 230	FLAC	1 167	1 167				1 383	
	881	FLAC	2 085	2 085				1 356	
	-	FLAC	729	729				-	
	-	FLAC	1 611	1 611				-	
1 446	1 768	n. a.	1 246				1 246	1 635	
	581	FLHfT	335				335	335	
	1 002	n. a.	584			584		584	
	-	LaR	12 217	12 217				-	
	-	HtM	131	131				-	
	372	AfS	380		230	150		150	
	596	FAHfT	531				531	531	
	50 961	FLAC	48 864	48 864				45 365	
	581	FLHfT	335				335	335	

Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, deren beizulegende Zeitwerte jedoch angegeben werden.

T 152

in Mio. €

	31.12.2013				31.12.2012			
	Level 1 Eingangs- parameter als Preise auf aktiven Märkten	Level 2 Andere Eingangs- parameter, die direkt oder indirekt beob- achtbar sind	Level 3 Nicht beobacht- bare Eingangs- parameter	Summe	Level 1 Eingangs- parameter als Preise auf aktiven Märkten	Level 2 Andere Eingangs- parameter, die direkt oder indirekt beob- achtbar sind	Level 3 Nicht beobacht- bare Eingangs- parameter	Summe
PASSIVA								
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet/ Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (FLAC)	38 026	12 935		50 961	30 642	14 723		45 365
davon: Anleihen und sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	38 026	6 605		44 631	30 642	7 902		38 544
davon: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		4 219		4 219		4 082		4 082
davon: Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen		1 230		1 230		1 383		1 383
davon: Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten		881		881		1 356		1 356
Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing		1 768		1 768		1 635		1 635

Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

T 153

in Mio. €

	31.12.2013				31.12.2012			
	Level 1 Eingangs- parameter als Preise auf aktiven Märkten	Level 2 Andere Eingangs- parameter, die direkt oder indirekt beob- achtbar sind	Level 3 Nicht beobacht- bare Eingangs- parameter	Summe	Level 1 Eingangs- parameter als Preise auf aktiven Märkten	Level 2 Andere Eingangs- parameter, die direkt oder indirekt beob- achtbar sind	Level 3 Nicht beobacht- bare Eingangs- parameter	Summe
AKTIVA								
Available-for-Sale Financial Assets (AFS)	365	7		372	107	43		150
Financial Assets Held for Trading (FAHFT)		596		596		531		531
Derivative finanzielle Vermögenswerte mit Hedge-Beziehung		175		175		756		756
PASSIVA								
Financial Liabilities Held for Trading (FLHFT)		581		581		335		335
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten mit Hedge-Beziehung		1 002		1 002		584		584

Von den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (AfS) der sonstigen originären finanziellen Vermögenswerte bilden die Instrumente, die in Level 1 und Level 2 ausgewiesen sind, verschiedene Klassen. In Level 1 werden 365 Mio. € (31. Dezember 2012: 107 Mio. €) ausgewiesen, die größtenteils auf börsennotierte Staatsanleihen entfallen, deren beizulegende Zeitwerte jeweils den Kursnotierungen zum Abschluss-Stichtag entsprechen.

Die Zuordnung der börsennotierten Anleihen und sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten zu Level 1 oder Level 2 erfolgt auf Basis der Höhe des Handelsvolumens für das jeweilige Instrument. In EUR oder USD denominated Emissionen mit relativ großem Emissionsvolumen sind regelmäßig als Level 1 zu qualifizieren, die übrigen regelmäßig als Level 2. Die beizulegenden Zeitwerte der Level 1 zugeordneten Instrumente entsprechen den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschluss-Stichtag. Die beizulegenden Zeitwerte der Level 2 zugeordneten Instrumente werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinsstrukturkurve sowie der währungs-differenziert bestimmten Credit Spread-Kurve der Deutschen Telekom ermittelt.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Die beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten aus Schuldscheindarlehen, sonstigen verzinslichen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinsstrukturkurve sowie der währungs-differenziert bestimmten Credit Spread-Kurve der Deutschen Telekom ermittelt.

Da für die im Bestand befindlichen derivativen Finanzinstrumente mangels Markt-notierung keine Marktpreise vorliegen, werden die Zeitwerte mittels anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet, wobei ausschließlich beobachtbare Input-Parameter in die Bewertung einfließen. Für derivative Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert dem Betrag, den die Deutsche Telekom bei Übertragung des Finanzinstruments zum Abschluss-Stichtag entweder erhalten würde oder zahlen müsste. Dabei finden zum Abschluss-Stichtag relevante Zinssätze der Vertragspartner Anwendung. Als Wechselkurse werden die am Abschluss-Stichtag geltenden Mittel-kurse verwendet. In Optionspreismodelle finden aktuelle Marktvolatilitäten Eingang. Bei zinstragenden derivativen Finanzinstrumenten wird zwischen dem Clean Price und dem Dirty Price unterschieden. Im Unterschied zum Clean Price umfasst der Dirty Price auch die abgegrenzten Stückzinsen. Die angesetzten beizulegenden Zeitwerte entsprechen dem Full Fair Value bzw. dem Dirty Price.

Die Zinsen aus Finanzinstrumenten werden im Zinsergebnis, die Dividenden im sonstigen Finanzergebnis (Beteiligungsergebnis) ausgewiesen (vgl. Angabe 22 zum „Zinsergebnis“, SEITE 213 und 24 zum „Sonstigen Finanzergebnis“, SEITE 213). Die übrigen Komponenten des Nettoergebnisses erfasst die Deutsche Telekom im sonstigen Finanzergebnis. Davon ausgenommen sind die der Bewertungskategorie Loans and Receivables zuzuordnenden Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (vgl. Angabe 2 „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen“, SEITE 187), die unter den Vertriebskosten ausgewiesen werden. In das Ergebnis aus der Folgebewertung der Finanzinstrumente, die der Bewertungskategorie Held for Trading zugeordnet sind (Verluste in Höhe von netto 451 Mio. €), gehen sowohl Zins- als auch Währungseffekte ein. Die Verluste aus der Währungsumrechnung von den der Bewertungskategorie Loans and Receivables zugeordneten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von netto 1 051 Mio. € resultieren überwiegend aus der konzerninternen Weiterleitung von Darlehen, welche die Finanzierungsgesellschaft der Deutschen Telekom, die Deutsche Telekom International Finance B.V., in Fremdwährung am Kapitalmarkt aufnimmt. Diesen stehen entsprechende Währungskursgewinne aus den Kapitalmarktverbindlichkeiten gegenüber (1 220 Mio. €). Das Zinsergebnis aus finanziellen Verbindlichkeiten der Bewertungskategorie Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (Aufwendungen in Höhe von netto 2 248 Mio. €) schließt im Wesentlichen Zinsaufwendungen aus Anleihen und aus sonstigen (verbrieften)

T 154

Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien.

in Mio. €

	Erfolgswirksam aus Zinsen, Dividenden	Erfolgswirksam aus der Folgebewertung			Erfolgsneutral aus der Folgebewertung	Erfolgswirksam aus Abgang	Nettoergebnis
		zum beizulegenden Zeitwert	Währungs- umrechnung	Wert- berichtigung			
Loans and Receivables (LaR)	20		(1 051)	(573)			(1 604)
Held-to-Maturity Investments (HiM)							
Available-for-Sale Financial Assets (AFS)	11			(29)	(4)	30	8
Financial Instruments Held for Trading (FAHFT und FLHFT)	n. a.	(451)					(451)
Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (FLAC)	(2 248)		1 220				(1 028)
	(2 217)	(451)	169	(602)	(4)	30	(3 075)

in Mio. €

	Erfolgswirksam aus Zinsen, Dividenden	Erfolgswirksam aus der Folgebewertung			Erfolgsneutral aus der Folgebewertung	Erfolgswirksam aus Abgang	Nettoergebnis
		zum beizulegenden Zeitwert	Währungs- umrechnung	Wert- berichtigung			
Loans and Receivables (LaR)	51		(73)	(825)			(847)
Held-to-Maturity Investments (HiM)	2						2
Available-for-Sale Financial Assets (AFS)	63			(66)	33	276	306
Financial Instruments Held for Trading (FAHFT und FLHFT)	n. a.	(165)					(165)
Financial Liabilities Measured at Amortized Cost (FLAC)	(2 157)		152				(2 005)
	(2 041)	(165)	79	(891)	33	276	(2 709)

Finanzverbindlichkeiten ein. Ferner werden darunter auch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung und Zinserträge aus der Abzinsung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen subsumiert. Nicht enthalten sind jedoch die Zinsaufwendungen und Zinserträge aus Zinsderivaten, welche die Deutsche Telekom in der Berichtsperiode im Rahmen von Fair Value Hedges als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des Zeitwertrisikos finanzieller Verbindlichkeiten eingesetzt hat (vgl. Angabe 22 „Zinsergebnis“, SEITE 213).

Grundsätze des Risiko-Managements. Die Deutsche Telekom unterliegt hinsichtlich ihrer Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und geplanten Transaktionen insbesondere Risiken aus der Veränderung der Wechselkurse, der Zinssätze und der Börsenkurse. Ziel des finanziellen Risiko-Managements ist es, diese Marktrisiken durch die laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen. Hierzu werden je nach Einschätzung des Risikos ausgewählte derivative und nicht derivative Sicherungsinstrumente (Sicherungsgeschäfte) eingesetzt. Grundsätzlich werden jedoch nur die Risiken besichert, die Auswirkungen auf den Cashflow des Konzerns haben. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich als Sicherungsinstrumente genutzt, d. h. für Handels- oder andere spekulative Zwecke kommen sie nicht zum Einsatz. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden die Sicherungsinstrumente grundsätzlich nur mit führenden Finanzinstituten mit einem Kredit-Rating von mindestens BBB+/Baa1 abgeschlossen. Zudem wird über eine Limitverwaltung das Ausfallrisiko bei Finanzinstrumenten mit positivem Marktwert minimiert, indem abhängig vom Rating, der Aktienkursentwicklung und Credit Default Swap-Level des Kontrahenten individuell bestimmte relative und absolute Größen des Risikoausmaßes festgelegt werden.

Die Grundzüge der Finanzpolitik werden vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat überwacht. Die Umsetzung der Finanzpolitik sowie das laufende Risiko-Management obliegen der Konzern-Treasury. Bestimmte Transaktionen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch den Vorstand, der darüber hinaus regelmäßig über den Umfang und den Betrag des aktuellen Risikoausmaßes informiert wird.

Die Treasury betrachtet das effektive Management des Marktrisikos als eine ihrer Hauptaufgaben. Um die Auswirkungen unterschiedlicher Gegebenheiten am Markt einschätzen zu können, werden Simulationsrechnungen unter Verwendung verschiedener Worst Case- und Markt-Szenarien vorgenommen.

Währungsrisiken. Die Währungskursrisiken der Deutschen Telekom resultieren aus Investitionen, Finanzierungsmaßnahmen und operativen Tätigkeiten. Risiken aus Fremdwährungen werden gesichert, soweit sie die Cashflows des Konzerns beeinflussen. Fremdwährungsrisiken, welche die Cashflows des Konzerns nicht beeinflussen (d. h. die Risiken, die aus der Umrechnung des Abschlusses der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzern-Berichterstattungswährung resultieren), bleiben hingegen grundsätzlich ungesichert. Unter Umständen kann die Deutsche Telekom jedoch auch dieses Fremdwährungsrisiko besichern.

Fremdwährungsrisiken im Investitionsbereich resultieren u. a. aus dem Erwerb und der Veräußerung von Beteiligungen an ausländischen Unternehmen. Die Deutsche Telekom sichert diese Risiken. Falls die Risikoposition 100 Mio. € übersteigt, obliegt die Sicherungsstrategie einer speziellen Entscheidung des Vorstands. Liegt die Risikoposition unter 100 Mio. €, führt die Konzern-Treasury die Währungssicherung selbstständig durch. Zum Abschluss-Stichtag unterlag die Deutsche Telekom keinen wesentlichen Risiken aus auf Fremdwährung lautenden Transaktionen im Investitionsbereich.

Fremdwährungsrisiken im Finanzierungsbereich resultieren aus finanziellen Verbindlichkeiten in Fremdwährung und aus Darlehen in Fremdwährung, die zur Finanzierung

an Konzerngesellschaften ausgereicht werden. Die Treasury sichert diese Risiken vollständig. Zur Umwandlung von auf fremde Währung lautenden finanziellen Verpflichtungen und konzerninternen Darlehen in die funktionalen Währungen der Konzernunternehmen werden Zins-/Währungsswaps und Devisenderivate eingesetzt.

Zum Abschluss-Stichtag bestehen die auf ausländische Währungen lautenden Verbindlichkeiten, für die Währungsrisiken gesichert sind, in erster Linie aus Anleihen und Medium Term Notes in Australischen Dollar, Britischen Pfund, Japanischen Yen, Norwegischen Kronen, Schweizer Franken, Tschechischen Kronen und US-Dollar. Die Deutsche Telekom war aufgrund dieser Sicherungsaktivitäten zum Abschluss-Stichtag keinen wesentlichen Währungskursrisiken im Finanzierungsbereich ausgesetzt.

Im operativen Bereich wickeln die Konzernunternehmen ihre Aktivitäten überwiegend in ihrer jeweiligen funktionalen Währung ab. Auszahlungen, die außerhalb der jeweiligen funktionalen Währung erfolgen, führen zu Fremdwährungsrisiken im Konzern. Diese betreffen im Wesentlichen Zahlungen für die Beschaffung von Netztechnik und Mobilfunk-Geräten sowie Zahlungen an internationale Telekommunikationsgesellschaften für die Bereitstellung von Anschlussleistungen. Zur Sicherung setzt die Deutsche Telekom Devisenderivate oder vereinzelt Devisenoptionen ein. Die Deutsche Telekom war aufgrund dieser Sicherungsaktivitäten zum Abschluss-Stichtag keinen wesentlichen Währungskursrisiken im operativen Bereich ausgesetzt.

Zur Darstellung von Marktrisiken verlangt IFRS 7 Sensitivitätsanalysen, welche Auswirkungen hypothetischer Änderungen von relevanten Risikovariablen auf Ergebnis und Eigenkapital zeigen. Neben Währungsrisiken unterliegt die Deutsche Telekom Zinsänderungsrisiken und Preisrisiken von Beteiligungen. Die periodischen Auswirkungen werden bestimmt, indem die hypothetischen Änderungen der Risikovariablen auf den Bestand der Finanzinstrumente zum Abschluss-Stichtag bezogen werden. Dabei wird unterstellt, dass der Bestand zum Abschluss-Stichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.

Währungsrisiken im Sinne von IFRS 7 entstehen durch Finanzinstrumente, welche in einer von der funktionalen Währung abweichenden Währung denominiert und monetärer Art sind; wechselkursbedingte Differenzen aus der Umrechnung von Abschlüssen in die Konzernwährung bleiben unberücksichtigt. Als relevante Risikovariablen gelten grundsätzlich alle nicht funktionalen Währungen, in denen die Deutsche Telekom Finanzinstrumente kontrahiert hat.

Den Währungssensitivitätsanalysen liegen die folgenden Annahmen zugrunde: Wesentliche originäre monetäre Finanzinstrumente (Flüssige Mittel, Forderungen, verzinsliche Wertpapiere bzw. gehaltene Fremdkapitalinstrumente, verzinsliche Schulden, Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasing-Verhältnissen, unverzinsliche Verbindlichkeiten) sind entweder unmittelbar in funktionaler Währung denominiert oder werden durch den Einsatz von Derivaten in die funktionale Währung transferiert. Währungskursänderungen haben daher keine Auswirkungen auf Ergebnis oder Eigenkapital.

Im Bestand befindliche unverzinsliche Wertpapiere bzw. gehaltene Eigenkapitalinstrumente sind nicht monetär und demnach mit keinem Währungsrisiko im Sinne des IFRS 7 verbunden.

Zinserträge und -aufwendungen aus Finanzinstrumenten werden ebenfalls entweder direkt in funktionaler Währung erfasst oder mittels Derivateinsatz in die funktionale Währung überführt. Daher können auch diesbezüglich keine Auswirkungen auf die betrachteten Größen entstehen.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Bei zur Absicherung von Währungsrisiken designierten Fair Value Hedges gleichen sich die wechsellkursbedingten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft vollständig in derselben Periode in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Demzufolge sind auch diese Finanzinstrumente nicht mit Währungsrisiken in Bezug auf Ergebnis- oder Eigenkapitalwirkung verbunden.

Bei zur Absicherung von Währungsrisiken designierten Net Investment Hedges gleichen sich die wechsellkursbedingten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsinstrument vollständig in derselben Periode im Eigenkapital aus. Demzufolge sind auch diese Finanzinstrumente nicht mit Währungsrisiken in Bezug auf Ergebnis- oder Eigenkapitalwirkung verbunden.

Zins-/Währungsswaps sind stets originären Grundgeschäften zugeordnet, sodass auch aus diesen Instrumenten keine Währungswirkungen entstehen.

Die Deutsche Telekom ist demnach nur Währungsrisiken aus bestimmten Devisenderivaten ausgesetzt. Dabei handelt es sich zum einen um Devisenderivate, die in eine wirksame Cashflow Hedge-Beziehung zur Absicherung wechsellkursbedingter Zahlungsschwankungen nach IAS 39 eingebunden sind. Kursänderungen der diesen Geschäften zugrunde liegenden Währungen haben Auswirkungen auf die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und auf den beizulegenden Zeitwert dieser Sicherungsinstrumente. Zum anderen handelt es sich um die Devisenderivate, welche weder in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 noch in eine Sicherungsbeziehung mit bilanzwirksamen Grundgeschäften (Natural Hedge) eingebunden sind. Diese Derivate dienen der Sicherung von Planpositionen. Kursänderungen der solchen Finanzinstrumenten zugrunde liegenden Währungen wirken sich auf das sonstige Finanzergebnis (Bewertungsergebnis aus der Anpassung der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten an den beizulegenden Zeitwert) aus.

Wenn der Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Britischen Pfund zum 31. Dezember 2013 um 10 % aufgewertet (abgewertet) gewesen wäre, wären die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und die beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente vor Steuern um 56 Mio. € höher (niedriger) (31. Dezember 2012: 49 Mio. € höher (niedriger)) gewesen. Die hypothetische Ergebnisauswirkung von 56 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus den Währungssensitivitäten EUR/USD: 70 Mio. € und EUR/GBP: -14 Mio. €.

Wenn der Euro gegenüber sämtlichen Währungen zum 31. Dezember 2013 um 10 % aufgewertet (abgewertet) gewesen wäre, wären das sonstige Finanzergebnis und die beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente vor Steuern um 64 Mio. € höher (niedriger) (31. Dezember 2012: 20 Mio. € höher (niedriger)) gewesen. Die hypothetische Ergebnisauswirkung von 64 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus den Währungssensitivitäten EUR/PLN: 51 Mio. €, EUR/HUF: 14 Mio. €, EUR/GBP: 10 Mio. €, EUR/CZK: 4 Mio. €, EUR/USD: -8 Mio. €, EUR/SGD: -3 Mio. €, EUR/RUB: -3 Mio. € und EUR/HKD: -1 Mio. €.

Zinsrisiken. Die Deutsche Telekom unterliegt Zinsrisiken hauptsächlich in der Euro-Zone und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Um die Auswirkungen von Zinsschwankungen in diesen Regionen zu minimieren, managt die Deutsche Telekom das Zinsrisiko für die auf Euro und den US-Dollar lautenden Netto-Finanzverbindlichkeiten getrennt. Einmal im Jahr legt der Vorstand für den Planungszeitraum von mindestens drei Jahren die gewünschte Mischung aus fest und variabel verzinslichen Netto-Finanzverbindlichkeiten fest. Unter Berücksichtigung der gegebenen und der geplanten Schuldenstruktur setzt die Treasury Zinsderivate ein, um so die Zinsausstattung für die Netto-Finanzverbindlichkeiten der vom Vorstand vorgegebenen Zusammensetzung anzupassen.

Aufgrund der derivativen Sicherungsinstrumente waren in 2013 durchschnittlich 64 % (2012: 65 %) der auf Euro lautenden und 76 % (2012: 56 %) der auf US-Dollar lautenden Netto-Finanzverbindlichkeiten festverzinslich. Der durchschnittliche Wert ist repräsentativ für das Gesamtjahr.

Zinsänderungsrisiken werden gemäß IFRS 7 mittels Sensitivitätsanalysen dargestellt. Diese stellen die Effekte von Änderungen der Marktzinssätze auf Zinszahlungen, Zinserträge und -aufwendungen, andere Ergebnisteile sowie ggf. auf das Eigenkapital dar.

Den Zinssensitivitätsanalysen liegen die folgenden Annahmen zugrunde: Marktzinssatzänderungen von originären Finanzinstrumenten mit fester Verzinsung wirken sich nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Demnach unterliegen alle zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinen Zinsänderungsrisiken im Sinne von IFRS 7.

Bei zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken designierten Fair Value Hedges gleichen sich die zinsbedingten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft nahezu vollständig in derselben Periode in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Demzufolge sind zinsbedingte Marktbewertungsänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft weitestgehend ergebnisneutral und unterliegen deshalb keinen Zinsänderungsrisiken.

Marktzinssatzänderungen betreffen bei Zinsderivaten in Fair Value Hedges jedoch die Höhe der Zinszahlungen, wirken sich damit auf das Zinsergebnis aus und gehen demzufolge in die Berechnung der ergebnisbezogenen Sensitivitäten ein.

Marktzinssatzänderungen bei Finanzinstrumenten, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen eines Cashflow Hedges zur Absicherung zinsbedingter Zahlungsschwankungen designiert wurden, haben Auswirkungen auf die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und werden daher bei den eigenkapitalbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Marktzinssatzänderungen wirken sich auf das Zinsergebnis von originären variabel verzinslichen Finanzinstrumenten, deren Zinszahlungen nicht als Grundgeschäfte im Rahmen von Cashflow Hedges gegen Zinsänderungsrisiken designiert sind, aus und gehen demzufolge in die Berechnung der ergebnisbezogenen Sensitivitäten mit ein.

Marktzinssatzänderungen bei Zinsderivaten (Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps), die nicht in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 eingebunden sind, haben Auswirkungen auf das sonstige Finanzergebnis und werden daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt. Währungsderivate unterliegen keinen Zinsänderungsrisiken und haben daher keinen Einfluss auf die Zinssensitivitäten.

Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2013 um 100 Basispunkte höher (niedriger) gewesen wäre, wäre das Ergebnis vor Steuern um 176 Mio. € (31. Dezember 2012: 212 Mio. €) geringer (höher) gewesen. Die hypothetische Ergebnisauswirkung von -176 Mio. € ergibt sich aus den potenziellen Effekten aus Zinsderivaten von -155 Mio. € und originären variabel verzinslichen Finanzschulden von -21 Mio. €. Die potenziellen Effekte aus Zinsderivaten werden teilweise kompensiert durch gegenläufige Wertentwicklungen bei nicht derivativen Finanzinstrumenten, die jedoch aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften nicht abgebildet werden. Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2013 um 100 Basispunkte höher (niedriger) gewesen wäre, wäre die Sicherungsrücklage im Eigenkapital vor Steuern um 184 Mio. € (31. Dezember 2012: 179 Mio. €) höher (geringer) gewesen.

Sonstige Preisrisiken. IFRS 7 verlangt im Rahmen der Darstellung zu Marktrisiken auch Angaben darüber, wie sich hypothetische Änderungen von Risikovariablen auf Preise von Finanzinstrumenten auswirken. Als Risikovariablen kommen insbesondere Börsenkurse oder Indizes infrage.

Wie auch schon zum 31. Dezember 2012 existierten zum 31. Dezember 2013 keine wesentlichen sonstigen Preisrisiken.

Ausfallrisiken. Die Deutsche Telekom ist aus ihrem operativen Geschäft und aus bestimmten Finanzierungsaktivitäten einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Im Finanzierungsbereich werden Geschäfte nur mit Kontrahenten mit einem Kredit-Rating von mindestens BBB+/Baa1 abgeschlossen, verbunden mit einem laufenden Bonitäts-Management-System. Im operativen Geschäft werden die Außenstände bereichsbezogen, also dezentral, fortlaufend überwacht. Ausfallrisiken wird mittels Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Das Geschäft mit Großkunden, insbesondere internationalen Carriern, unterliegt einer gesonderten Bonitätsüberwachung. Gemessen an dem gesamten Risikoausmaß aus dem Ausfallrisiko sind die Forderungen gegenüber diesen Kontrahenten jedoch nicht so groß, als dass sie außerordentliche Risikokonzentrationen begründen würden.

Saldierungen werden v. a. für Forderungen und Verbindlichkeiten bei der Deutschen Telekom AG sowie der Telekom Deutschland GmbH für die Durchleitung von internationalen Telefongesprächen im Festnetz und bei Roaming-Gebühren im Mobilfunknetz vorgenommen.

Gemäß den vertraglichen Vereinbarungen werden im Insolvenzfall sämtliche mit dem betreffenden Kontrahenten bestehenden Derivate mit positivem bzw. negativem beizulegenden Zeitwert aufgerechnet und es verbleibt lediglich in Höhe des Saldos eine Forderung bzw. Verbindlichkeit. Von Kontrahenten, mit denen die Nettoderivateposition, d. h. der Saldo der positiven bzw. negativen beizulegenden Zeitwerte aller derivativen Finanzinstrumente, aus Sicht der Deutschen Telekom jeweils positiv ist, erhielt die Deutsche Telekom entsprechend der in Angabe 1 „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ genannten Collateralverträge frei verfügbare Barmittel, die das Ausfallrisiko weiter reduzierten.

An Kontrahenten, mit denen die Nettoderivateposition, d. h. der Saldo der positiven bzw. negativen beizulegenden Zeitwerte aller derivativen Finanzinstrumente, aus Sicht der Deutschen Telekom jeweils negativ war, stellte die Deutsche Telekom im Rahmen von Collateralverträgen Barsicherheiten, weshalb die hierfür ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 941 Mio. € (31. Dezember 2012: 246 Mio. €) zum Abschluss-Stichtag keinen Ausfallrisiken unterlagen (vgl. Angabe 8 „Sonstige finanzielle Vermögenswerte“, SEITE 196). Die unter den ausgereichten Darlehen

T 155

in Mio. €

	31.12.2013			
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Derivative finanzielle Vermögenswerte	Derivative finanzielle Verbindlichkeiten
Einklagbaren Globalverrechnungsverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen unterliegende Bruttobeträge	410	362	613	1 583
In der Bilanz nach IAS 32.42 saldierte Beträge	(177)	(177)	-	-
In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge	233	185	613	1 583
Beträge, die einklagbaren Globalverrechnungsverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen unterliegen und die nicht alle Saldierungsvoraussetzungen nach IAS 32.42 erfüllen	(18)	(18)	(610)	(1 514)
davon: Beträge im Zusammenhang mit angesetzten Finanzinstrumenten	(18)	(18)	(574)	(574)
davon: Beträge im Zusammenhang mit finanziellen Sicherheiten (einschließlich Barsicherheiten)	-	-	(36)	(940)
NETTOBETRÄGE	215	167	3	69

in Mio. €

	31.12.2012			
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Derivative finanzielle Vermögenswerte	Derivative finanzielle Verbindlichkeiten
Einklagbaren Globalverrechnungsverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen unterliegende Bruttobeträge	477	404	1 287	911
In der Bilanz nach IAS 32.42 saldierte Beträge	(222)	(222)	-	-
In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge	255	182	1 287	911
Beträge, die einklagbaren Globalverrechnungsverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen unterliegen und die nicht alle Saldierungsvoraussetzungen nach IAS 32.42 erfüllen	(7)	(7)	(1 227)	(874)
davon: Beträge im Zusammenhang mit angesetzten Finanzinstrumenten	(7)	(7)	(642)	(642)
davon: Beträge im Zusammenhang mit finanziellen Sicherheiten (einschließlich Barsicherheiten)	-	-	(585)	(232)
NETTOBETRÄGE	248	175	60	37

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

und Forderungen innerhalb der sonstigen finanziellen Vermögenswerte ausgewiesenen gezahlten Collaterals unterliegen keinem Ausfallrisiko und bilden daher eine eigene Klasse von finanziellen Vermögenswerten. Ebenso bilden die unter den sonstigen verzinslichen Verbindlichkeiten innerhalb der finanziellen Verbindlichkeiten ausgewiesenen erhaltenen Collaterals aufgrund ihrer Verbindung zu den entsprechenden derivativen Finanzinstrumenten eine eigene Klasse von finanziellen Verbindlichkeiten.

Bei von einer Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom emittierten Anleihen hat gemäß Anleihebedingungen diese Tochtergesellschaft das Recht, die Anleihen zu bestimmten Konditionen vorzeitig zu kündigen. Diese Kündigungsrechte stellen eingebettete Derivate dar und werden separat als derivative finanzielle Vermögenswerte bilanziert. Da sie keinem Ausfallrisiko unterliegen, bilden sie eine eigene Klasse von finanziellen Vermögenswerten.

Darüber hinaus existieren keine wesentlichen, das maximale Ausfallrisiko von finanziellen Vermögenswerten mindernden Vereinbarungen. Das maximale Ausfallrisiko der übrigen finanziellen Vermögenswerte entspricht somit deren Buchwert.

Des Weiteren ist die Deutsche Telekom auch durch die Gewährung finanzieller Garantien einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Zum Abschluss-Stichtag waren Garantiebeträge im Nominalvolumen von insgesamt 70 Mio. € (31. Dezember 2012: 104 Mio. €) zugesagt, die zugleich das maximale Ausfallrisiko darstellen.

Im Gesamtbetrag der Garantiebeträge zum 31. Dezember 2012 ist der im Rahmen der Darstellung des mit Crown Castle im Geschäftsjahr 2012 abgeschlossenen Rahmenvertrags über die Vermietung und Nutzung von Funkturm-Standorten in den USA genannte Betrag nicht mehr enthalten. Grund hierfür ist der äußerst geringe maximale Garantiebetrags, denn im Fall des Eintretens des Garantiefalls könnte T-Mobile US die weitere Nutzung der betreffenden Funkturm-Standorte wieder selbst übernehmen oder alternativ die mit den Eigentümern des Grund und Bodens bestehenden Verträge kurzfristig kündigen.

Zum Abschluss-Stichtag deuten keinerlei Anzeichen darauf hin, dass der Deutschen Telekom aus einer finanziellen Garantie ein Verlust droht.

Risiken aus Finanzierungs- und Kreditzusagen. Die Deutsche Telekom hat dem Joint Venture EE im Berichtszeitraum erneut zu marktüblichen Konditionen eine noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusage über einen Höchstbetrag von 225 Mio. GBP gewährt. Die Kreditlinie kann jederzeit in Anspruch genommen werden und hat eine Laufzeit bis zum 14. November 2014. Die Kreditlinie verlängert sich um jeweils zwölf Monate, wenn sie von der Deutschen Telekom nicht mindestens drei Monate vor Laufzeitende gekündigt wird. Der Nominalbetrag von 225 Mio. GBP stellt das maximale Ausfallrisiko aus dieser Kreditzusage dar.

Es liegen keine wesentlichen, das maximale Ausfallrisiko der Finanzierungs- und Kreditzusagen mindernden Vereinbarungen vor. Zum Abschluss-Stichtag deuten keine Anzeichen darauf hin, dass der Deutschen Telekom ein Verlust droht.

Liquiditätsrisiken. Vgl. TABELLE 084, SEITE 198 F.

SICHERUNGSMASSNAHMEN.

Fair Value Hedges. Zur Sicherung des Zeitwertrisikos festverzinslicher Verbindlichkeiten hat die Deutsche Telekom im Wesentlichen Zinsswaps und Forward Zinsswaps („Zahle variabel – Empfange fix“) in CHF, EUR, GBP, NOK und USD

eingesetzt. Als Grundgeschäfte wurden festverzinsliche CHF-, EUR-, GBP-, NOK- und USD-Anleihen/MTNs designiert. Die Wertänderungen der Grundgeschäfte, die sich aus den Veränderungen der CHFLibor-, Euribor-, GBPLibor-, NOK-OIBOR bzw. USDLibor-Swap-Rate ergeben, werden durch die Wertänderungen der Zinsswaps ausgeglichen. Darüber hinaus ist ein Zins-/Währungsswap über 125 Mio. AUD als Fair Value Hedge designiert, der ein festverzinsliches MTN in ein variabel verzinsliches Papier umwandelt. Mit den Sicherungsmaßnahmen wird das Ziel verfolgt, die festverzinslichen Anleihen in variabel verzinsliche Finanzschulden zu transformieren und damit den beizulegenden Zeitwert der finanziellen Verbindlichkeiten zu sichern. Bonitätsrisiken sind nicht Teil der Sicherung.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird prospektiv und retrospektiv zu jedem Abschluss-Stichtag mit einem Effektivitätstest mit statistischen Methoden in Form einer Regressionsrechnung überprüft. Zum Abschluss-Stichtag waren alle designierten Sicherungsbeziehungen hinreichend effektiv.

Wie der Auflistung zu den beizulegenden Zeitwerten von derivativen Finanzinstrumenten zu entnehmen ist (siehe TABELLE 156, SEITE 238), waren bei der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2013 Zinsderivate mit einem beizulegenden Zeitwert von saldiert – 0,2 Mrd. € (31. Dezember 2012: + 0,5 Mrd. €) als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Fair Value Hedges designiert. Aus der Buchwertanpassung der Grundgeschäfte resultieren im Geschäftsjahr 2013 im sonstigen Finanzergebnis erfasste Gewinne von 0,4 Mrd. € (2012: Verluste von 0,0 Mrd. €), aus den Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsgeschäfte wurden Verluste von 0,4 Mrd. € (2012: Gewinne von 0,1 Mrd. €) im sonstigen Finanzergebnis erfasst.

Cashflow Hedges – Zinsänderungsrisiken. Zur Sicherung des Zahlungsstromrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten hat die Deutsche Telekom Payer-Zinsswaps und Forward Payer-Zinsswaps („Zahle fix – Empfange variabel“) abgeschlossen. Die während des Sicherungszeitraums zu leistenden Zinszahlungen stellen die gesicherten Grundgeschäfte dar und werden auch in diesem Zeitraum erfolgswirksam. Die Zahlungsstromänderungen der Grundgeschäfte, die sich aus den Veränderungen der Euribor- bzw. Libor-Rate ergeben, werden durch die Zahlungsstromänderungen der Zinsswaps ausgeglichen. Mit den Sicherungsmaßnahmen wird das Ziel verfolgt, die variabel verzinslichen Anleihen in festverzinsliche Finanzschulden zu transformieren und damit den Zahlungsstrom aus den finanziellen Verbindlichkeiten zu sichern. Die Laufzeiten der Sicherungsbeziehungen enden in den Jahren 2014 bis 2018. Bonitätsrisiken sind nicht Teil der Sicherung.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird prospektiv und retrospektiv mit einem Effektivitätstest mit statistischen Methoden in Form einer Regressionsrechnung überprüft.

In der Berichtsperiode wurden Ineffektivitäten in Höhe von insgesamt 21 Mio. € erfolgswirksam im sonstigen Finanzergebnis erfasst (2012: – 2 Mio. €).

Alle designierten Sicherungsbeziehungen waren zum Abschluss-Stichtag hinreichend effektiv.

Wie der Auflistung zu den beizulegenden Zeitwerten von derivativen Finanzinstrumenten zu entnehmen ist (siehe TABELLE 156, SEITE 238), waren bei der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2013 Zinsderivate mit einem beizulegenden Zeitwert von – 0,3 Mrd. € (2012: – 0,6 Mrd. €) und einem Nominalvolumen von 5 Mrd. € (2012: 7,8 Mrd. €) als Sicherungsinstrumente zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen von Cashflow Hedges designiert.

Aus der erfolgsneutralen Erfassung der Wertveränderung der Sicherungsinstrumente resultieren im Geschäftsjahr 2013 im Eigenkapital Gewinne (vor Steuern) von 36 Mio. € (2012: Verluste von 0,3 Mrd. €). Im Geschäftsjahr 2013 wurden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Verluste in Höhe von 124 Mio. € (2012: Verluste in Höhe von 68 Mio. €) erfolgswirksam in das sonstige Finanzergebnis reklassifiziert.

Cashflow Hedges – Währungsrisiken. Zur Sicherung nicht in funktionaler Währung denominierter Zahlungsströme hat die Deutsche Telekom Devisenderivate und Zins-/Währungsswaps abgeschlossen. Die während des Sicherungszeitraums zu leistenden Fremdwährungszahlungen stellen die gesicherten Grundgeschäfte dar und werden auch in diesem Zeitraum erfolgswirksam. Die Laufzeiten der Sicherungsbeziehungen enden in den Jahren 2014 bis 2030. Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird prospektiv und retrospektiv mit einem Effektivitätstest mit statistischen Methoden in Form einer Regressionsrechnung überprüft. Alle designierten Sicherungsbeziehungen waren zum Abschluss-Stichtag hinreichend effektiv.

Im Berichtszeitraum wurden neue EUR/USD Zins-/Währungsswaps mit einem Euro Gegenwert von 3,1 Mrd. € designiert. Davon sind Cash Flow Hedges mit einem Euro Gegenwert von 1,3 Mrd. € ohne Nominaltausch abgeschlossen worden. Die Neuabschlüsse sind im Wesentlichen auf den Zusammenschluss von T-Mobile USA und MetroPCS zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden aus der Veränderung der beizulegenden Zeitwerte von Devisenderivaten resultierende Verluste (vor Steuern) von insgesamt 199 Mio. € (2012: Gewinne von 36 Mio. €) im Eigenkapital (Sicherungsrücklage) erfasst. Diese Wertänderungen stellen den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung dar. Im Geschäftsjahr 2013 wurden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Verluste in Höhe von 70 Mio. € in das sonstige Finanzergebnis und Gewinne in Höhe von 16 Mio. € in das Betriebsergebnis (2012: Gewinne von 58 Mio. € in das sonstige Finanzergebnis) reklassifiziert. Die Sicherungsmaßnahmen waren bis zum Abschluss-Stichtag mit keinen wesentlichen Ineffektivitäten verbunden.

Wie der Auflistung zu den beizulegenden Zeitwerten von derivativen Finanzinstrumenten zu entnehmen ist (siehe TABELLE 156), waren bei der Deutschen Telekom zum 31. Dezember 2013 Devisentermingeschäfte mit einem beizulegenden Zeitwert von saldiert +21 Mio. € (31. Dezember 2012: +13 Mio. €), die aus Devisenkäufen im Gesamtvolumen von 0,3 Mrd. € und Devisenverkäufen im Gesamtvolumen von 0,8 Mrd. € resultieren (31. Dezember 2012: Devisenkäufe 0,6 Mrd. € und Devisenverkäufe 1,2 Mrd. €), sowie Zins-/Währungsswaps mit einem beizulegenden Zeitwert von saldiert –0,3 Mrd. € (31. Dezember 2012: +0,2 Mrd. €) und einem Gesamtvolumen in Höhe von 4,8 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,8 Mrd. €) als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cashflow Hedges designiert.

Absicherung einer Nettoinvestition. Aus der bereits 2012 dedesignierten Absicherung der Nettoinvestition in T-Mobile US gegen Schwankungen des US-Dollar-Kassakurses haben sich in 2013 keinerlei Effekte ergeben. Der Bestand des erfolgsneutral im Eigenkapital (kumuliertes sonstiges Konzernergebnis) erfassten Ergebnisses beträgt unverändert –0,4 Mrd. € (vor Steuern).

Derivative Finanzinstrumente. In der folgenden TABELLE 156 sind die bilanzierten beizulegenden Zeitwerte der verschiedenen derivativen Finanzinstrumente dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob diese in eine wirksame Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 (Fair Value Hedge, Cashflow Hedge, Net Investment Hedge) eingebunden sind oder nicht. Sonstige Derivate können zudem eingebettet, d. h. Bestandteil eines zusammengesetzten Instruments, welches einen nicht derivativen Basisvertrag enthält, sein.

T 156

in Mio. €

	Buchwerte 31.12.2013	Buchwerte 31.12.2012
AKTIVA		
Zinsswaps		
Ohne Hedge-Beziehung	54	46
In Verbindung mit Fair Value Hedges	62	490
In Verbindung mit Cashflow Hedges	-	-
Devisentermingeschäfte/Devisen-Swaps		
Ohne Hedge-Beziehung	26	12
In Verbindung mit Cashflow Hedges	24	22
Zins-/Währungsswaps		
Ohne Hedge-Beziehung	358	473
In Verbindung mit Fair Value Hedges	-	8
In Verbindung mit Cashflow Hedges	89	236
Sonstige Derivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	-	-
Eingebettete Derivate	158	-
PASSIVA		
Zinsswaps		
Ohne Hedge-Beziehung	226	164
In Verbindung mit Fair Value Hedges	264	-
In Verbindung mit Cashflow Hedges	336	575
Devisentermingeschäfte/Devisen-Swaps		
Ohne Hedge-Beziehung	39	38
In Verbindung mit Cashflow Hedges	3	9
In Verbindung mit Net Investment Hedges	-	-
Zins-/Währungsswaps		
Ohne Hedge-Beziehung	316	125
In Verbindung mit Fair Value Hedges	12	-
In Verbindung mit Cashflow Hedges	387	-
Sonstige Derivate in Verbindung mit Cashflow Hedges	-	-
Eingebettete Derivate	-	8

Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten.

Factoring-Transaktionen mit Übertragung im Wesentlichen aller Chancen und Risiken. Seit 2009 bestehen zwei Factoring-Vereinbarungen, gemäß denen jeweils eine Bank zum Ankauf von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen über ein monatlich revolvinges Nominalvolumen von insgesamt 1 040 Mio. € verpflichtet ist. Die Vereinbarungen haben jeweils eine Laufzeit bis 2015, wobei die Deutsche Telekom frei entscheiden kann, ob und in welchem Umfang das jeweilige revolvingende Nominalvolumen ausgenutzt wird. Das jeweilige revolvingende Nominalvolumen übersteigende Verkäufe werden mit der jeweiligen Bank bei Bedarf im Einzelfall vereinbart. Die für die Risikobeurteilung relevanten Risiken hinsichtlich der verkauften Forderungen sind das Kreditrisiko sowie, von untergeordneter Bedeutung, das Risiko verspäteter Zahlung (Spätzahlungsrisiko). Der von der Deutschen Telekom zu tragende kreditrisikobedingte Maximalverlust ist auf den variablen Kaufpreisabschlag begrenzt, der bei Verkauf von der jeweiligen Bank einbehalten und in Höhe des nicht verbrauchten Teils zurückerstattet wird. Die übrigen kreditrisikobedingten Ausfälle stellen im Wesentlichen alle mit den Forderungen verbundenen Risiken und Chancen dar und werden von der jeweiligen Bank getragen. Bei einer Transaktion besteht eine Kreditversicherung, die Ausfälle bestimmter Debitoren bis zu einem Höchstbetrag von 67 Mio. € erstattet und auf diese Weise das Verlustrisiko mindert. Das Spätzahlungsrisiko wird weiterhin

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

in voller Höhe von der Deutschen Telekom getragen. Das aus Kreditrisiko und Spätzahlungsrisiko resultierende maximale Verlustrisiko für die Deutsche Telekom aus den per 31. Dezember 2013 verkauften und ausgebuchten Forderungen (Nominalvolumen 1 041 Mio. €) vor Berücksichtigung der Kreditversicherung beträgt 36 Mio. €. Im Ausbuchungszeitpunkt wurde der beizulegende Zeitwert der erwarteten Erstattung des variablen Kaufpreisabschlags abzüglich des beizulegenden Zeitwerts des erwarteten Verlusts aus dem Spätzahlungsrisiko in den sonstigen finanziellen Vermögenswerten aktiviert und die verbleibende Differenz aufwandswirksam erfasst. Per 31. Dezember 2013 beträgt der Buchwert des gesamten anhaltenden Engagement der Deutschen Telekom repräsentierenden sonstigen finanziellen Vermögenswerts 19 Mio. € und dessen beizulegender Zeitwert 19 Mio. €. Aus ihrem anhaltenden Engagement hat die Deutsche Telekom mit Bonitätsabschlägen abzüglich Programmgeldern (Zinsen und Bankmarge) im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 136 Mio. € aufwandswirksam erfasst, seit 2009 kumuliert aufwandswirksam 735 Mio. €. Die Banken haben das Recht, überfällige Forderungen an die Deutsche Telekom zurückzukaufen, was jedoch keinerlei Auswirkungen auf die Aufteilung der kreditrisikobedingten Ausfälle hat, da der Kaufpreis den tatsächlichen Inkasso- bzw. Veräußerungserlösen entspricht. Aus dem Rückkauf ergeben sich für die Deutsche Telekom keinerlei Liquiditätsrisiken, da der Kaufpreis erst nach tatsächlichem Zufluss der Inkasso- bzw. Veräußerungserlöse an die Banken zu zahlen ist. Das Volumen an verkauften Forderungen unterlag – wie in den Vorjahren – während des Geschäftsjahres keinen wesentlichen Schwankungen. Per 31. Dezember 2013 wurde für das von der Deutschen Telekom vorzunehmende Forderungs-Management eine Rückstellung in Höhe von insgesamt 8 Mio. € gebildet.

Factoring-Transaktionen mit Aufteilung der wesentlichen Chancen und Risiken sowie Übertragung der Verfügungsmacht. In 2012 und 2013 wurde jeweils eine Factoring-Vereinbarung geschlossen, gemäß denen jeweils eine Bank zum Ankauf von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen über ein monatlich revolvinges Nominalvolumen von in Euro umgerechnet insgesamt 357 Mio. € verpflichtet ist. Die Vereinbarungen laufen bis 2014 bzw. 2015, wobei die Deutsche Telekom frei entscheiden kann, ob und in welchem Volumen Forderungen verkauft werden. Die für die Risikobeurteilung relevanten Risiken hinsichtlich der verkauften Forderungen sind das Kreditrisiko sowie, von untergeordneter Bedeutung, das Risiko verspäteter Zahlung (Spätzahlungsrisiko). Der Kaufpreis entspricht dem Nominalbetrag. Die Deutsche Telekom trägt aus den verschiedenen Tranchen kreditrisikobedingte Ausfälle bis maximal 110 Mio. €. Die übrigen kreditrisikobedingten Ausfälle übernimmt die Bank. Es besteht eine Kreditversicherung, die Ausfälle bestimmter Debitoren bis zu einem Höchstbetrag von 115 Mio. € erstattet und auf diese Weise das Verlustrisiko mindert. Das Spätzahlungsrisiko wird weiterhin in voller Höhe von der Deutschen Telekom getragen. Das aus Kreditrisiko und Spätzahlungsrisiko resultierende maximale Verlustrisiko für die Deutsche Telekom aus den per 31. Dezember 2013 verkauften Forderungen (Nominalvolumen insgesamt umgerechnet 345 Mio. €) vor Berücksichtigung der Kreditversicherung beträgt 124 Mio. €. So gut wie alle mit den verkauften Forderungen verbundenen Risiken und Chancen wurden weder übertragen noch behalten (Aufteilung der wesentlichen Risiken zwischen Deutscher Telekom und Bank), und die Verfügungsgewalt über diese Forderungen ging auf die Bank über. Alle per 31. Dezember 2013 verkauften Forderungen wurden ausgebucht. Im Ausbuchungszeitpunkt wird der beizulegende Zeitwert der erwarteten Verluste aufwandswirksam in den finanziellen Verbindlichkeiten erfasst. Per 31. Dezember 2013 beträgt der Buchwert der gesamten anhaltenden Engagement der Deutschen Telekom repräsentierenden finanziellen Verbindlichkeit 5 Mio. € und dessen beizulegender Zeitwert 5 Mio. €. Aus ihrem anhaltenden Engagement hat die Deutsche Telekom mit Bonitätsabschlägen und Verlustzuweisungen zur Deckung der monatlichen Ausfallrisiken einschließlich Programmgeldern (Zin-

sen und Bankmarge) im Geschäftsjahr insgesamt 11 Mio. € aufwandswirksam erfasst, seit Transaktionsbeginn kumuliert 17 Mio. €. Die Bank hat das Recht, sämtliche seit mehr als 90 Tagen überfälligen Forderungen zum Nominalbetrag an die Deutsche Telekom zurückzukaufen. Solche Rückkäufe hätten keinerlei Auswirkungen auf die Aufteilung der kreditrisikobedingten Ausfälle, da diese der Bank entsprechend der vereinbarten Risikoteilung zurückbelastet würden. Die aus den Rückkäufen resultierenden Zahlungsmittelabflüsse würden kurzfristig, d. h. in 2014, erfolgen. Das Volumen an verkauften Forderungen unterlag seit Transaktionsbeginn keinen wesentlichen Schwankungen.

38 KAPITAL-MANAGEMENT.

Angaben zum Kapital-Management. Vorrangiges Ziel des Kapital-Managements bzw. der Finanzstrategie der Deutschen Telekom ist es, einen Ausgleich der unterschiedlichen Erwartungen der vier Interessengruppen

- Aktionäre,
- Fremdkapitalgeber,
- Mitarbeiter und
- „Unternehmer im Unternehmen“

sicherzustellen. Weitere Informationen hierzu sind dem Abschnitt „Soll-Ist-Vergleich der Erwartungen unserer Interessengruppen“ (SEITE 57) und dem Kapitel „Konzernsteuerung“ (SEITE 69 FF.) im zusammengefassten Lagebericht zu entnehmen.

Eine wichtige Kennzahl der Kapitalmarkt-Kommunikation gegenüber Investoren, Analysten und Rating-Agenturen ist die relative Verschuldung, die das Verhältnis von Netto-Finanzverbindlichkeiten zum bereinigten EBITDA darstellt. Zum 31. Dezember 2013 ergibt sich hieraus ein Wert von 2,2 (31. Dezember 2012: 2,1). Der Zielkorridor für die relative Verschuldung liegt zwischen 2,0 und 2,5. Die Kenngröße Netto-Finanzverbindlichkeiten ist nicht Bestandteil der Rechnungslegungsvorschriften nach den International Financial Reporting Standards und kann in der Definition und Berechnung dieser Größe bei anderen Unternehmen abweichend sein. Eine weitere wesentliche Kenngröße ist die Eigenkapitalquote, das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme, jeweils gemäß Konzern-Bilanz. Zum 31. Dezember 2013 beträgt die Eigenkapitalquote 27,1 % (31. Dezember 2012: 28,3 %). Der Zielkorridor liegt zwischen 25 und 35 %. Darüber hinaus hält die Deutsche Telekom eine Liquiditätsreserve, welche die Fälligkeiten der nächsten 24 Monate deckt.

T 157

Herleitung der Netto-Finanzverbindlichkeiten; Eigenkapital.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Finanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)	7 891	9 260
Finanzielle Verbindlichkeiten (langfristig)	43 708	35 354
FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN	51 599	44 614
Zinsabgrenzungen	(1 091)	(903)
Sonstige	(881)	(754)
BRUTTO-FINANZVERBINDLICHKEITEN	49 627	42 957
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	7 970	4 026
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung verfügbar/ zu Handelszwecken gehalten	310	27
Derivative finanzielle Vermögenswerte	771	1 287
Andere finanzielle Vermögenswerte	1 483	757
NETTO-FINANZVERBINDLICHKEITEN	39 093	36 860
EIGENKAPITAL	32 063	30 531

39 BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN.

Bundesrepublik Deutschland und andere nahe stehende Unternehmen. Die Bundesrepublik Deutschland (Bund) ist direkt und indirekt (über die KfW Bankengruppe) mit insgesamt rund 31,9% (31. Dezember 2012: 32,0%) an der Deutschen Telekom AG beteiligt. Sie besitzt in der Hauptversammlung eine sichere Präsenzmehrheit und begründet damit ein Beherrschungsverhältnis gegenüber der Deutschen Telekom. Daher gelten der Bund und die von ihm beherrschten Unternehmen bzw. Unternehmen, bei denen der Bund wesentlichen Einfluss ausüben kann, als nahe stehende Unternehmen der Deutschen Telekom. Die Geschäftsbeziehungen der Deutschen Telekom bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Unternehmen, Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Parteien. Die Deutsche Telekom nimmt an Frequenzauktionen der Bundesnetzagentur teil. Erwerbe von Lizenzen an Mobilfunk-Spektren können gegenüber dieser Behörde Ausbaupflichtungen zur Folge haben.

Der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (Bundesanstalt) sind per Gesetz bestimmte Aufgaben übertragen worden, die unternehmensübergreifende Angelegenheiten der Deutschen Telekom AG sowie der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG betreffen. Die Bundesanstalt führt u. a. die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für die Deutsche Telekom AG, die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG. Die Koordinations- und Verwaltungsaufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Im Rahmen der Altersversorgung für Beamte hatte die Deutsche Telekom zusammen mit der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG bis zum Berichtsjahr 2012 eine gemeinsame Versorgungskasse, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V., Bonn (BPS-PT), unterhalten. Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Postbeamtenversorgungskasse (PVKNeuG) wurden zum 1. Januar 2013 die Aufgaben des BPS-PT im Rahmen der Postbeamtenversorgung (organisiert in der Postbeamtenversorgungskasse) auf die bereits bestehende Bundesanstalt übertragen. Die Aufgaben der Postbeamtenversorgung werden damit durch die Postbeamtenversorgungskasse als Bestandteil der Bundesanstalt wahrgenommen. Diese gemeinsame Postbeamtenversorgungskasse ist arbeitsteilig tätig und übernimmt dazu für den Bund treuhänderisch die Finanzverwaltung im Rahmen der Altersversorgung. Für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der Deutschen Telekom Zahlungen in Höhe von 58 Mio. € (2012: 61 Mio. €, 2011: 58 Mio. €) geleistet. Zahlungen erfolgen zudem nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung der Postbeamtenversorgungskasse (PVKNeuG) an die Postbeamtenversorgungskasse (vgl. Angabe 12 „Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen“, SEITE 207).

Der Bund und die von ihm beherrschten Unternehmen bzw. Unternehmen, bei denen der Bund wesentlichen Einfluss ausüben kann, sind Kunden bzw. Lieferanten der Deutschen Telekom und haben somit gegenseitige Vertragsbeziehungen mit der Deutschen Telekom.

Die KfW Bankengruppe hat sich die ihr für das Geschäftsjahr 2012 zustehende Dividende für die gehaltenen Aktien an der Deutschen Telekom AG teilweise in bar auszahlen lassen und – im Rahmen der allen Aktionären in 2013 eröffneten Wahlmöglichkeit – teilweise Aktien aus dem genehmigten Kapital gewählt. In diesem Zusammenhang wurden im Juni 2013 47 429 Tsd. Stück Aktien übertragen. Der Anteil der KfW Bankengruppe an der Deutschen Telekom AG beträgt zum 31. Dezember 2013 17,4%. Darüber hinaus hatte die Deutsche Telekom im Geschäftsjahr 2013 keine für sich einzeln betrachtet wesentlichen Transaktionen,

die zu marktunüblichen Konditionen oder, wie der beschriebene Sachverhalt außerhalb der normalen Geschäftstätigkeit durchgeführt wurden.

Gemeinschaftsunternehmen. Gegenüber dem am 1. April 2010 gegründeten Joint Venture EE erzielte die Deutsche Telekom im Geschäftsjahr 2013 Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von insgesamt 294 Mio. € und gegenüber Toll Collect Umsatzerlöse in Höhe von 62 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden vom Joint Venture EE angelegte Gelder in Höhe von netto 0,2 Mrd. € von der Deutschen Telekom an die Gesellschaft zurückgezahlt.

Zum Jahresende bestanden gegenüber dem Joint Venture EE Forderungen in Höhe von 94 Mio. €, Verbindlichkeiten in Höhe von 241 Mio. € sowie Kreditzusagen in Höhe von 0,3 Mrd. €. Gegenüber externen Vertragspartnern der Gesellschaft bestanden Bürgschaften und Garantieerklärungen in Höhe von insgesamt 0,6 Mrd. €.

Gegenüber Toll Collect bestanden zum 31. Dezember 2013 Forderungen in Höhe von 13 Mio. €, Verbindlichkeiten in Höhe von 12 Mio. €, eine Kapitalintakthaltenerklärung sowie Kreditgarantien gegenüber Banken. Zu weiteren Erläuterungen wird auf Angabe 33 „Eventualverbindlichkeiten und -forderungen“, SEITE 224 FF. verwiesen.

Darüber hinaus existieren keine wesentlichen Umsätze, Forderungen oder Verbindlichkeiten mit bzw. gegenüber Gemeinschaftsunternehmen.

Natürliche nahe stehende Personen. Zur Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat wird auf Angabe 40 verwiesen.

Den Arbeitnehmervertretern, die in den Aufsichtsrat der Deutschen Telekom gewählt wurden, steht weiterhin ein reguläres Gehalt im Rahmen ihres Arbeitsvertrags zu. Die Höhe des Gehalts entspricht einer angemessenen Vergütung für die entsprechende Funktion bzw. Tätigkeit im Unternehmen.

Daneben haben keine wesentlichen Transaktionen mit natürlichen nahe stehenden Personen stattgefunden.

40 VERGÜTUNG VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT. VERGÜTUNG DES VORSTANDS.

Bei den nachfolgenden Angaben zur Vorstandsvergütung handelt es sich um die Anhangangaben nach § 314 Handelsgesetzbuch (HGB) und dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 (DRS 17).

Veränderungen im Vorstand und Vertragsverlängerungen. Timotheus Höttges folgte mit Wirkung zum 1. Januar 2014 als Vorstandsvorsitzender auf René Obermann. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 15. Mai 2013 Timotheus Höttges bis zum 31. Dezember 2018 zum Vorstandsvorsitzenden bestellt. In der gleichen Sitzung wurde Thomas Dannenfeldt ab dem 1. Januar 2014 als neues Vorstandsmitglied bestellt. Thomas Dannenfeldt verantwortet das Ressort Finanzen. Die Bestelldauer von Thomas Dannenfeldt reicht bis zum 31. Dezember 2018. Ebenfalls in der Sitzung am 15. Mai 2013 wurde das Vorstandsmandat von Niek Jan van Damme um weitere fünf Jahre bis zum 28. Februar 2019 verlängert.

Grundlagen der Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat hat am 24. Februar 2010 ein neues System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder beschlossen. Umgesetzt wurden dabei die seit dem 5. August 2009 geltenden Regelungen des

160	Konzern-Bilanz
162	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
163	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
164	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
166	Konzern-Kapitalflussrechnung

168	Konzern-Anhang
168	Grundlagen und Methoden
187	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
210	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
219	Sonstige Angaben

Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG). Die Hauptversammlung der Deutschen Telekom AG vom 3. Mai 2010 billigte dieses neue System. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen. Die Mitglieder des Vorstands haben auf Basis der mit ihnen geschlossenen Dienstverträge einen Anspruch auf ein jährliches festes Jahresgehalt, eine jährliche variable Erfolgsvergütung, eine langfristig ausgelegte variable Vergütungskomponente sowie Anspruch auf Nebenleistungen und auf Anwartschaften aus einer betrieblichen Pensionszusage. Der Aufsichtsrat legt die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand fest. Diese Struktur und die Angemessenheit der Vergütung überprüft er regelmäßig.

Das feste Jahresgehalt ist bei allen Vorstandsmitgliedern gemäß den aktienrechtlichen Anforderungen unter Beachtung der marktüblichen Vergütungen festgelegt. Es ist sichergestellt, dass die Vorstandsvergütung auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist und im Neusystem die variablen Vergütungsbestandteile eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben.

Der Aufsichtsrat kann zudem nach seinem pflichtgemäßen Ermessen außerordentliche Leistungen einzelner oder aller Vorstandsmitglieder in Form einer besonderen Erfolgstantieme vergüten.

In markt- und konzernüblicher Weise gewährt die Gesellschaft allen Mitgliedern des Vorstands aus ihren Vorstandsverträgen weitere Leistungen, die zum Teil als geldwerte Vorteile angesehen und entsprechend versteuert werden, so v. a. die Überlassung eines Geschäftsfahrzeugs sowie die Gewährung von Unfallversicherungs- und Haftpflichtschutz und Leistungen im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung.

Nebentätigkeiten sind grundsätzlich genehmigungspflichtig. Die Übernahme von Management- und Aufsichtsratsfunktionen in Konzerngesellschaften erfolgt grundsätzlich unentgeltlich.

Bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit, die durch Krankheit, Unfall oder aus einem anderen nicht durch das jeweilige Vorstandsmitglied zu vertretenden Grund eintritt, wird die feste Grundvergütung weitergewährt, maximal jedoch für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten nach dem Ende des Monats, in dem eine dauernde Arbeitsunfähigkeit des Vorstandsmitglieds festgestellt worden ist.

Variable Erfolgsvergütung.

Die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in die Variablen I und II. Die Variable I enthält sowohl kurzfristige als auch langfristig angelegte Komponenten, die in der Realisierung des Budgets in konkreten Zielgrößen sowie der Umsetzung der Strategie und dem Handeln im Einklang mit dem Konzernleitbild bestehen. Die Variable II ist ausschließlich langfristig orientiert. So ist sichergestellt, dass im Rahmen der variablen Vergütung eine Ausrichtung auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung erfolgt und eine überwiegend langfristige Anreizwirkung besteht.

Variable I. Die jährliche variable Vergütung der Vorstandsmitglieder bestimmt sich nach dem Grad der Erreichung der vom Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG zu Beginn des Geschäftsjahres jedem Mitglied des Vorstands erteilten Zielvorgabe. Die Zielvorgabe setzt sich dabei aus Konzernzielen (50 %) für Umsatz, Umsatz aus Wachstumsthemen, EBITDA ohne Sondereinflüsse und Free Cashflow sowie Individualzielen der einzelnen Vorstandsmitglieder zusammen. Die Individualziele bestehen aus den auf den nachhaltigen Unternehmenserfolg ausgerichteten Zielen zur Umsetzung der Strategie (30 %) sowie dem Handeln im Einklang mit dem

Konzernleitbild (Value Adherence) in Höhe von 20 %. Die Zielvereinbarung und Zielerreichung für das jeweilige Geschäftsjahr werden vom Aufsichtsratsplenum festgelegt. Eine Übererfüllung der Zielvorgaben wird linear abgebildet und ist auf 150 % des Zusagebetrags begrenzt. Darüber hinausgehende Zielerreichungsgrade bleiben unberücksichtigt. Zur darüber hinausgehenden Sicherstellung der langfristigen Anreizwirkung und der Ausrichtung auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ist ein Betrag von einem Drittel der jährlich durch das Aufsichtsratsplenum festgesetzten Variablen in Aktien der Deutschen Telekom AG zu investieren; diese sind über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren vom jeweiligen Vorstandsmitglied zu halten.

Variable II. Die ausschließlich langfristig angelegte Variable II wird an der Erfüllung von vier gleich gewichteten Erfolgsparametern (bereinigter operativer Return On Capital Employed (ROCE), bereinigtes Ergebnis je Aktie, Kundenzufriedenheit und Mitarbeiterzufriedenheit) gemessen. Jeder Parameter beeinflusst ein Viertel des Auslobungsbetrags. Eine Übererfüllung der Zielvorgaben wird linear abgebildet und ist auf 150 % des Auslobungsbetrags begrenzt. Der Bemessungszeitraum beträgt vier Jahre. Die Messung erfolgt über die durchschnittliche Zielerreichung der vier zum Zeitpunkt der Zusage geplanten Jahre. Der Auslobungsbetrag wird entkoppelt von anderen Vergütungsbestandteilen und individuell pro Vorstandsmitglied festgelegt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden den Vorstandsmitgliedern die folgenden absoluten Nominalbeträge im Falle einer 100 %-Zielerreichung für die Teilnahme an der Tranche 2013 der Variable II zugesagt:

T 158

in €

	Tranche 2013	Tranche 2012
René Obermann	1 092 000 ^a	1 092 000
Reinhard Clemens	650 000	650 000
Niek Jan van Damme	550 000	550 000
Timotheus Höttges	760 500	650 000
Dr. Thomas Kremer	550 000	492 708
Claudia Nemat	675 000	675 000
Prof. Dr. Marion Schick	550 000	550 000

^a Der Zusagebetrag von René Obermann bezieht sich auf die gesamte vierjährige Laufzeit der Tranche 2013. Durch sein vorzeitiges Ausscheiden partizipiert René Obermann jedoch nur pro rata in Höhe von einem Viertel für den Zeitraum der Laufzeit, in der er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG gewesen ist.

Angaben zum Share Matching Plan. Im Geschäftsjahr 2013 sind die Vorstandsmitglieder, wie bereits oben beschrieben, vertraglich dazu verpflichtet, ein Drittel der Variablen I in Aktien der Deutschen Telekom AG zu investieren. Die Deutsche Telekom AG wird für jede im Rahmen des oben beschriebenen Eigeninvestments des Vorstands erworbene Aktie eine zusätzliche Aktie gewähren (Share Matching Plan), die nach Ablauf der 4-jährigen Haltefrist dem Planberechtigten zugeteilt wird. So wird sichergestellt, dass frühestens nach Ablauf von vier Jahren eine Veräußerung der von Unternehmensseite gewährten Aktien möglich ist und nur der Verbleib im Unternehmen durch diesen Vergütungsbestandteil honoriert wird.

In Anwendung der Vorschriften DRS 17 und IFRS 2 sind neben dem Gesamtaufwand aus aktienbasierter Vergütung aus Matching Shares im Geschäftsjahr 2013 und dem beizulegenden Zeitwert der Matching Shares zum Zeitpunkt der Gewährung auch die Anzahl der bestehenden Anrechte auf Matching Shares und deren Entwicklung im aktuellen Geschäftsjahr darzustellen.

Der in der rechts stehenden TABELLE 159 dargestellte beizulegende Zeitwert der Matching Shares zum Zeitpunkt der Gewährung stellt keinen Gehaltszufluss des Jahres 2013 für Vorstandsmitglieder dar. Es handelt sich hierbei um einen ermittelten kalkulatorischen Wert der Matching Shares-Anrechte, der nach einschlägigen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelt wurde. Die TABELLE 159 basiert dabei auf einer erwarteten Zielerreichung für das Geschäftsjahr 2013 und damit einer geschätzten Höhe des vom jeweiligen Vorstand zu leistenden Eigeninvestments, welches Anrechte auf Matching Shares begründet. Die für das Geschäftsjahr 2013 finale Anzahl von Anrechten auf Matching Shares kann gegenüber den hier verwendeten geschätzten Werten höher oder niedriger ausfallen.

Der in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 und 2013 gemäß IFRS 2 zu erfassende Gesamtaufwand aus aktienbasierter Vergütung für Matching Shares ist in den letzten beiden Spalten der rechts stehenden TABELLE 159 enthalten.

Durch die mit René Obermann abgeschlossene Aufhebungsvereinbarung sind sämtliche bestehenden Anrechte auf Matching Shares ersatz- und entschädigungslos aufgehoben worden. Aus diesem Sachverhalt resultiert in der rechts stehenden TABELLE 159 ein Ertrag im laufenden Geschäftsjahr in Höhe von 0,5 Mio. €.

Bis zum 31. Dezember 2013 hat die Deutsche Telekom insgesamt 363 857 Stück Aktien für Zwecke der Ausgabe von Matching Shares an Vorstandsmitglieder im Rahmen des Share Matching Plans erworben.

Regelungen für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit. In Vorstandsverträgen, die seit dem Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen worden sind, ist für den Fall der vorzeitigen Beendigung ohne wichtigen Grund eine Ausgleichszahlung vorgesehen, deren Höhe entsprechend den Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auf maximal zwei Jahresvergütungen begrenzt ist (Abfindungs-Cap) und die nicht höher als die Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags sein darf.

Die Vorstandsverträge der Deutschen Telekom AG enthalten keine Zusagen für Leistungen aus Anlass der Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels.

Die Verträge der Vorstandsmitglieder sehen grundsätzlich ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot vor. Den Mitgliedern des Vorstands ist es danach vertraglich untersagt, während der Dauer von einem Jahr nach Ausscheiden Leistungen an oder für einen Wettbewerber zu erbringen. Hierfür erhalten sie als Karenzentschädigung entweder eine Zahlung in Höhe von 50 % des letzten festen Jahresgehalts und 50 % der letzten Variable I auf Basis einer Zielerreichung von 100 % oder 100 % des letzten festen Jahresgehalts.

Betriebliche Altersversorgung.

Betriebliche Altersversorgung (Altzusage). Die Mitglieder des Vorstands haben eine Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung. Die betriebliche Altersversorgung steht in einem direkten Verhältnis zum individuellen Jahresgehalt. Die Vorstandsmitglieder erhalten im Versorgungsfall pro abgeleistetem Dienstjahr einen festgelegten Prozentsatz des letzten festen Jahresgehalts vor Eintritt des Versorgungsfalls als betriebliche Altersversorgung. Die Zusageform besteht in einem lebenslangen Ruhegeld ab Vollendung des 62. Lebensjahres bzw. einem vorgezogenen Ruhegeld mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Für den Fall des vorgezogenen Ruhegelds werden jedoch entsprechende versicherungsmathematische Abschläge durchgeführt. Die Höhe des betrieblichen Ruhegelds berechnet sich durch Multiplikation eines Basisprozentsatzes von 5 % (6 % für René Obermann) mit der Anzahl der in Jahren abgeleisteten Vorstandsdienstzeiten. Nach zehn Jahren Dienstzeit wäre somit das maximale Versorgungsniveau von 50 % (60 % für René Obermann) der letzten fixen Jahresvergütung erreicht.

Die zu leistenden Versorgungszahlungen werden jährlich dynamisiert. Dabei beträgt der verwendete Steigerungsprozentsatz 1 % (3 % für René Obermann). Darüber hinaus enthalten die Versorgungsvereinbarungen Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung in Form von Witwen- und Waisenrentenansprüchen. Dabei kann der Anspruch auf Witwenrenten in speziell geregelten Sonderfällen ausgeschlossen sein. Anrechnungstatbestände sind in den Versorgungszusagen marktüblich geregelt. Im Fall einer dauernden Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) wird jeweils die Dienstzeit bis zum Ende der laufenden Bestellperiode für die Berechnung der Versorgung zugrunde gelegt.

Die Gesellschaft übernimmt für ein Vorstandsmitglied zusätzlich die Beiträge inkl. deren Besteuerung für eine Risikolebensversicherung mit marktüblicher Deckung (1,3 Mio. €). Die hieraus entstandenen Kosten werden im Rahmen der geldwerten Vorteile mit ausgewiesen.

Betriebliche Altersversorgung (Neuzusage). Für alle Vorstandsmitglieder mit einer Neuzusage auf betriebliche Altersversorgung wird eine beitragsbasierte Zusage in Form eines Einmalkapitals im Versorgungsfall erteilt. Für jedes abgeleistete Dienstjahr wird dem Vorstandsmitglied ein Beitrag auf einem Versorgungskonto gutgeschrieben, welches mit einer marktüblichen Verzinsung hinterlegt ist. Die Zuführung des jährlichen Beitrags erfolgt nicht liquiditätswirksam. Der Liquiditätsabfluss entsteht erst mit Eintritt des Versorgungsfalls. Der Versorgungsfall tritt grundsätzlich mit dem vollendeten 62. Lebensjahr ein. Für vor dem 31. Dezember 2011 abgeschlossene Versorgungsvereinbarungen besteht die Möglichkeit, ein vorgezogenes Ruhegeld ab dem vollendeten 60. Lebensjahr gegen entsprechende versicherungsmathematische Abschläge zu beziehen. Die Höhe des jährlich bereitzustellenden Beitrags wird individualisiert und entkoppelt von anderen Vergütungsbestandteilen vorgenommen. Bei der exakten Festlegung des Beitrags erfolgt eine Orientierung an Unternehmen gleicher Größenordnung, die einen angemessenen Vergleichsmaßstab darstellen und die ebenfalls eine beitragsbasierte Versorgungszusage anbieten.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

T 159

	Anzahl der seit 2010 insgesamt gewährten Anrechte auf Matching Shares zum Beginn des Geschäftsjahres in Stück	Anzahl der in 2013 neu gewährten Anrechte auf Matching Shares in Stück	Beizulegende Zeitwerte der Matching Shares zum Zeitpunkt der Gewährung in €	Kumulierter Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütung im Jahr 2013 aus Matching Shares der Jahre 2010 bis 2013 in €	Kumulierter Gesamtaufwand aktienbasierte Vergütung im Jahr 2012 aus Matching Shares der Jahre 2010 bis 2012 in €
René Obermann	184 399	0	0	(539 728)	258 458
Reinhard Clemens	93 193	25 610	174 153	166 907	129 381
Niek Jan van Damme	85 340	21 670	147 360	153 160	109 567
Timotheus Höttges	110 444	29 965	203 759	202 328	157 625
Dr. Thomas Kremer	13 057	21 670	147 360	38 270	8 753
Claudia Nemat	35 262	26 595	180 851	79 415	34 786
Prof. Dr. Marion Schick	22 862	21 670	147 360	56 276	20 249

Darüber hinaus enthalten die Versorgungsvereinbarungen Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung in Form von Witwen- und Waisenansprüchen. Im Fall einer dauernden Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) erwirbt der Berechtigte ebenfalls Anspruch auf das Versorgungsguthaben.

In der unten stehenden TABELLE 160 sind der Dienstzeitaufwand und die Defined Benefit Obligation für jedes Vorstandsmitglied dargestellt.

Im Rahmen der Regelungen der neuen betrieblichen Altersversorgung wurden Niek Jan van Damme 290 000 € als Jahresbeitrag zugesagt. Die Beiträge für Dr. Thomas Kremer, Claudia Nemat und Prof. Dr. Marion Schick betragen jeweils 250 000 € pro abgeleistetem Dienstjahr.

Der aus der betrieblichen Altersversorgung resultierende Pensionsaufwand wird durch die Angabe des Dienstzeitaufwands dargestellt. Die in 2013 vorgenommenen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen betragen 3,9 Mio. €

(2012: 3,3 Mio. €). In diesem Betrag sind Zinsaufwendungen in Höhe von 0,6 Mio. € (2012: 0,5 Mio. €) enthalten.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2013. Unter Zugrundelegung der rechtlichen und sonstigen Vorgaben werden im Folgenden die Bezüge der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 mit insgesamt 15,6 Mio. € (2012: 15,0 Mio. €) ausgewiesen.

Diese beinhalten für Vorstandsmitglieder das feste Jahresgehalt sowie sonstige Leistungen, geldwerte Vorteile und Sachbezüge, die kurzfristige variable Vergütung (Variable I), vollständig erdiente Tranchen der langfristigen variablen Vergütung (Variable II) und den beizulegenden Zeitwert der Matching Shares. Dieser wurde auf Basis der zum Zeitpunkt der Gewährung geschätzten Höhe der Variablen I und einer daraus resultierenden Anzahl von Anrechten auf Matching Shares berechnet.

Das feste Jahresgehalt und die sonstigen Bezüge sind vollständig erfolgsunabhängig.

T 160

in €

	Dienstzeitaufwand 2013	Barwert der Pensionsverpflichtung (DBO) 31.12.2013	Dienstzeitaufwand 2012	Barwert der Pensionsverpflichtung (DBO) 31.12.2012
René Obermann	1 054 821	16 334 340	633 893	10 310 353
Reinhard Clemens	605 603	3 536 455	393 132	2 985 441
Niek Jan van Damme	305 199	1 584 901	248 106	1 260 019
Timotheus Höttges	582 852	5 607 988	306 848	2 924 289
Dr. Thomas Kremer	253 723	401 430	150 492	150 492
Claudia Nemat	275 014	605 675	191 850	349 412
Prof. Dr. Marion Schick	245 791	494 551	249 144	249 144

Gesamtbezüge. Die Vergütung des Vorstands ergibt sich im Einzelnen aus der nachfolgenden TABELLE 161:

T 161

in €

		Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung			Gesamtvergütung
		Festes Jahresgehalt	Sonstige Bezüge	Kurzfristige variable Vergütung	Langfristige variable Erfolgsvergütung (Variable II)	Langfristige variable Erfolgsvergütung (beizulegender Zeitwert Matching Shares)	
René Obermann	2013	1 450 000	29 758	1 370 460	655 200	-	3 505 418
	2012	1 450 000	51 711	1 299 480	709 800	266 961	3 777 952
Reinhard Clemens	2013	840 000	22 366	755 950	390 000	174 153	2 182 469
	2012	840 000	22 596	688 350	422 500	158 905	2 132 351
Niek Jan van Damme	2013	794 355	24 555	647 900	330 000	147 360	1 944 170
	2012	700 000	26 023	716 100	357 500	134 458	1 934 081
Timotheus Höttges	2013	1 037 500	23 972	953 667	390 000	203 759	2 608 898
	2012	900 000	22 415	762 450	422 500	158 905	2 266 270
Dr. Thomas Kremer	2013	700 000	60 508	627 000	130 625	147 360	1 665 493
	2012	408 333	28 996	351 954	-	74 698	863 981
Claudia Nemat	2013	900 000	49 602	722 925	227 813	180 851	2 081 191
	2012	900 000	54 749	750 600	-	165 017	1 870 366
Prof. Dr. Marion Schick	2013	700 000	23 272	568 150	137 500	147 360	1 576 282
	2012	462 903	17 969	397 664	-	134 458	1 012 994
	2013	6 421 855	234 033	5 646 052	2 261 138	1 000 843	15 563 921
	2012 ^a	5 661 236	224 459	4 966 598	1 912 300	1 093 402	13 857 995

^a Bezüge von Vorständen, die im Verlauf des Jahres 2012 das Unternehmen verlassen haben, sind in der Tabelle nicht mehr enthalten.

160 Konzern-Bilanz	168 Konzern-Anhang
162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	168 Grundlagen und Methoden
163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung	187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
166 Konzern-Kapitalflussrechnung	219 Sonstige Angaben

Für die in der Spalte langfristige variable Erfolgsvergütung (Variable II) ausgewiesenen Beträge wurde den berechtigten Vorstandsmitgliedern im Geschäftsjahr 2010 eine entsprechende Zusage erteilt. Aufgrund des Eintritts in die bereits laufende Plantranche der Variable II erfolgte die zeitanteilige Zusage für Claudia Nemat im Jahr 2011 und für Prof. Dr. Marion Schick und Dr. Thomas Kremer im Jahr 2012.

Auf Wunsch von René Obermann hat der Aufsichtsrat einer vorzeitigen Beendigung seiner Vorstandsbestellung zugestimmt und mit Ablauf des 31. Dezember 2013 eine Aufhebungsvereinbarung abgeschlossen, die folgende Regelungen beinhaltet: René Obermann erhält für das Geschäftsjahr 2013 die vollständige Variable I entsprechend seiner individuellen Gesamtzieleerreichung. Gleiches gilt für die Tranche 2010 der Variable II, deren Laufzeit am 31. Dezember 2013 endete. René Obermann partizipiert darüber hinaus an den jeweils vierjährigen Tranchen 2011, 2012 und 2013 der Variable II pro rata für den Zeitraum der Laufzeit, in der er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG gewesen ist. Sämtliche Anrechte auf Übertragung von Matching Shares sind ersatz- und entschädigungslos verfallen. Die Versorgungsanwartschaft von René Obermann ist zum Ausscheidenszeitpunkt bereits gesetzlich unverfallbar, sodass sie mit Stand zum 31. Dezember 2013 erhalten bleibt. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 erhält René Obermann die im Rahmen des Wettbewerbsverbots vereinbarte Karenzentschädigung in Höhe eines festen Jahresgehalts.

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine oder ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Frühere und im Geschäftsjahr ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands.

Für Leistungen und Ansprüche früherer Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene sind 7,3 Mio. € (2012: 7,2 Mio. €) als Gesamtbezüge zugeflossen.

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden für diesen Personenkreis sowie deren Hinterbliebene 139,1 Mio. € (31. Dezember 2012: 142,5 Mio. €) als Rückstellungen (Bewertung nach IAS 19) passiviert.

Sonstiges. Die Gesellschaft hat keine Vorschüsse und Kredite an Vorstandsmitglieder bzw. ehemalige Vorstandsmitglieder gewährt. Ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse zugunsten dieses Personenkreises eingegangen.

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS.

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in § 13 der Satzung der Deutschen Telekom AG geregelt. Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nach dem neuen Vergütungssystem, das zum 1. Januar 2013 wirksam wurde, eine feste jährliche Vergütung in Höhe von 70 000,00 €.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält zusätzlich 70 000,00 €, der stellvertretende Vorsitzende 35 000,00 €. Für die Tätigkeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats zusätzlich

- (a) der Vorsitzende des Prüfungsausschusses 80 000,00 €, jedes andere Mitglied des Prüfungsausschusses 40 000,00 €,
- (b) der Vorsitzende des Präsidialausschusses 35 000,00 €, jedes andere Mitglied des Präsidialausschusses 25 000,00 €,
- (c) der Vorsitzende eines anderen Ausschusses 30 000,00 €, jedes andere Mitglied eines Ausschusses 20 000,00 €.

Der Vorsitz und die Mitgliedschaft im Nominierungsausschuss sowie im Vermittlungsausschuss bleiben unberücksichtigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld von 1 000,00 €. Die auf die Vergütung und Auslagen zu zahlende Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet. Nach dem alten Vergütungssystem, das bis zum 31. Dezember 2012 galt, können die Mitglieder des Aufsichtsrats bei entsprechender Entwicklung des Konzernüberschusses je Stückaktie noch eine variable erfolgsorientierte Vergütung für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 erhalten. Diese erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung beträgt 1 000,00 € für jeweils 0,02 €, um die der Konzernüberschuss pro Stückaktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres (Referenzjahr) den Konzernüberschuss pro Stückaktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt. Die erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung beträgt jedoch höchstens 40 000,00 €.

Da die Bedingungen für den Eintritt der erfolgsabhängigen variablen Vergütung zum 31. Dezember 2013 nicht erfüllt wurden, kommt es zu keiner Auszahlung der erfolgsorientierten Vergütung 2011.

Die Gesamtvergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für 2013 beträgt 2 596 666,67 € (zuzüglich Umsatzsteuer).

Die Gesellschaft hat keine Vorschüsse und Kredite an Aufsichtsratsmitglieder bzw. ehemalige Aufsichtsratsmitglieder gewährt. Ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse zugunsten dieses Personenkreises eingegangen.

Die Aufsichtsratsvergütung 2013 verteilt sich auf die einzelnen Mitglieder wie folgt:

T 162

in €

Aufsichtsratsmitglied	Vergütung	Sitzungsgeld	Gesamtsumme
Baldauf, Sari	90 000,00	10 000,00	100 000,00
Bednarski, Josef (seit 26. November 2013)	13 333,34	2 000,00	15 333,34
Dr. Bernotat, Wulf	105 000,00	12 000,00	117 000,00
Dr. Beus, Hans Bernhard	101 666,67	19 000,00	120 666,67
Brandl, Monika	105 000,00	13 000,00	118 000,00
Dr. von Grünberg, Hubertus	100 000,00	10 000,00	110 000,00
Guffey, Lawrence H. (bis 30. September 2013)	82 500,00	7 000,00	89 500,00
Hanas, Klaus-Dieter	70 000,00	9 000,00	79 000,00
Hauke, Sylvia ^a	90 000,00	11 000,00	101 000,00
Hinrichs, Lars (seit 1. Oktober 2013)	20 833,33	4 000,00	24 833,33
Holzwarth, Lothar ^b (bis 26. November 2013)	97 500,00	11 000,00	108 500,00
Kallmeier, Hans-Jürgen ^c	130 000,00	17 000,00	147 000,00
Kollmann, Dagmar P.	130 000,00	19 000,00	149 000,00
Kreusel, Petra Steffi ^d (seit 1. Januar 2013)	110 000,00	14 000,00	124 000,00
Prof. Dr. Lehner, Ulrich (Vorsitzender)	232 500,00	27 000,00	259 500,00
Litzenberger, Waltraud	155 000,00	27 000,00	182 000,00
Prof. Dr. Middelman, Ulrich (bis 2. Juli 2013)	70 000,00	4 000,00	74 000,00
Schröder, Lothar ^e (stellv. Vorsitzender)	195 000,00	25 000,00	220 000,00
Dr. Schröder, Ulrich	94 166,67	9 000,00	103 166,67
Sommer, Michael	83 333,33	6 000,00	89 333,33
Spoo, Sibylle	70 000,00	9 000,00	79 000,00
Streibich, Karl-Heinz (seit 1. Oktober 2013)	20 833,33	3 000,00	23 833,33
Dr. h.c. Walter, Bernhard	150 000,00	12 000,00	162 000,00
	2 316 666,67	280 000,00	2 596 666,67

^a Neben der Vergütung für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG erhielt Frau Sylvia Hauke für das Geschäftsjahr 2013 eine weitere Vergütung in Höhe von 13 000,00 € (inkl. Sitzungsgeld) (Aufsichtsratsmandat bei der Telekom Deutschland GmbH).

^b Neben der Vergütung für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG erhielt Herr Lothar Holzwarth für das Geschäftsjahr 2013 eine weitere Vergütung in Höhe von 14 666,67 € (inkl. Sitzungsgeld) (Aufsichtsratsmandat bei der Telekom Deutschland GmbH).

^c Neben der Vergütung für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG erhielt Herr Hans-Jürgen Kallmeier für das Geschäftsjahr 2013 eine weitere Vergütung in Höhe von 13 500,00 € (inkl. Sitzungsgeld) (Aufsichtsratsmandat bei der T-Systems International GmbH).

^d Neben der Vergütung für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG erhielt Frau Petra Steffi Kreusel für das Geschäftsjahr 2013 eine weitere Vergütung in Höhe von 11 500,00 € (inkl. Sitzungsgeld) (Aufsichtsratsmandat bei der T-Systems International GmbH).

^e Neben der Vergütung für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG erhielt Herr Lothar Schröder für das Geschäftsjahr 2013 weitere Vergütungen in Höhe von 36 500,00 € (inkl. Sitzungsgeld) (Aufsichtsratsmandat bei der Telekom Deutschland GmbH; 21 500,00 €, Vorsitzender des Datenschutzbeirats; 15 000,00 €).

41 ERKLÄRUNG GEMÄSS § 161 AktG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG haben die nach § 161 des AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären auf der Internet-Seite der Deutschen Telekom AG zugänglich gemacht. Der vollständige Wortlaut der Entsprechenserklärung ist über die Internet-Seite der Deutschen Telekom (www.telekom.com) im Bereich „Investor Relations“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ zugänglich.

160 Konzern-Bilanz
 162 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 163 Konzern-Gesamtergebnisrechnung
 164 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
 166 Konzern-Kapitalflussrechnung

168 Konzern-Anhang
 168 Grundlagen und Methoden
 187 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
 210 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 219 Sonstige Angaben

42 EREIGNISSE NACH DER BERICHTSPERIODE.

Vereinbarung über Erwerb von Spektrumlizenzen in den USA. Im Januar 2014 hat T-Mobile US eine Vereinbarung über den Erwerb von Mobilfunk-Frequenzen mit Verizon Wireless getroffen. Für das Spektrum aus dem A-Band im Bereich von 700 MHz werden rund 2,4 Mrd. US-\$ gezahlt und bestimmte Advanced Wireless Service (AWS) und Personal Communication Service (PCS)-Spektrumlizenzen getauscht. Das erworbene Spektrum deckt über 150 Mio. Menschen in 23 Märkten ab; dies entspricht rund 50 % der US-amerikanischen Bevölkerung bzw. 70 % der vorhandenen Kundenbasis der T-Mobile US. Die Transaktion steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung seitens der zuständigen Behörden und wird voraussichtlich nach Vollzug Mitte 2014 zu einem nicht zahlungswirksamen Ertrag führen.

Vereinbarungen über den Verkauf der Scout24 Gruppe. Im November 2013 vereinbarte die Deutsche Telekom den Verkauf von 70 % der Anteile an der Scout24 Holding GmbH an Hellman & Friedman LLC (H&F) auf Basis eines Unternehmenswerts von 2,0 Mrd. €. Die Genehmigungen der zuständigen Behörden wurden am 24. Januar 2014 erteilt. In Zukunft wird die Deutsche Telekom noch einen Anteil von 30 % an der zum Segment Group Headquarters & Group Services gehörenden Scout24 Gruppe halten. Die Transaktion wurde am 12. Februar 2014 vollzogen.

Unabhängig hiervon übernahm zum 23. Januar 2014 die Ringier Digital AG mit dem Erwerb von 100 % der Anteile an der Scout24 International Management AG, die mittelbar von der Scout24 Holding GmbH gehaltene 57,6 % Beteiligung an der Scout24 Schweiz AG.

Die Verkäufe werden voraussichtlich Zahlungsmittelzuflüsse von insgesamt rund 1,6 Mrd. € sowie Buchgewinne von insgesamt rund 1,7 Mrd. € generieren.

Erwerb des Minderheitenanteils an der T-Mobile Czech Republic. Am 7. Februar 2014 hat die Deutsche Telekom einen Kaufvertrag zum Erwerb der restlichen, noch nicht in ihrem Besitz befindlichen 39,23 %-Anteile an der T-Mobile Czech Republic für einen Kaufpreis von 0,8 Mrd. € unterzeichnet. Die T-Mobile Czech Republic wurde bereits im operativen Segment Europa vollkonsolidiert. Die Transaktion bedarf keiner regulatorischen Genehmigung. Der Vollzug der Transaktion ist für Ende Februar 2014 vorgesehen.

43 HONORARE UND DIENSTLEISTUNGEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS GEMÄSS § 314 HGB.

Das für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Geschäftsjahr 2013 als Aufwand erfasste Honorar gliedert sich wie folgt:

T 163

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.
 in Mio. €

	2013
Abschlussprüfungsleistungen	5
Andere Bestätigungsleistungen	15
Steuerberatungsleistungen	0
Sonstige Leistungen	2
	22

Unter den Honoraren für Abschlussprüfungsleistungen werden insbesondere Honorare für die gesetzliche Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses ausgewiesen sowie Honorare für weitere Prüfungsleistungen.

Bei den Honoraren für andere Bestätigungsleistungen handelt es sich v. a. um Entgelte für die prüferische Durchsicht der Zwischenabschlüsse sowie die prüferische Begleitung im Rahmen der Dokumentation des internen Kontrollsystems für die Finanzberichterstattung.

Honorare für Steuerberatungsleistungen beinhalten im Wesentlichen erbrachte Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit laufenden und geplanten Transaktionen.

Die sonstigen Leistungen umfassen überwiegend Leistungen im Zusammenhang mit der Erfüllung von Anforderungen, die von der Bundesnetzagentur und anderen Behörden an die Gesellschaft gestellt werden.

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Deutschen Telekom AG zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 18. Februar 2014

Deutsche Telekom AG
Der Vorstand*

Timotheus Höttges

Reinhard Clemens

Niek Jan van Damme

Thomas Dannenfeldt

Dr. Thomas Kremer

Claudia Nemat

* Prof. Dr. Marion Schick ist verhindert.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.

An die Deutsche Telekom AG, Bonn.

Vermerk zum Konzernabschluss.

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutschen Telekom AG, Bonn, und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und Konzerngesamtergebnisrechnung, Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung, Konzernkapitalflussrechnung und Konzernanhang – für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 geprüft.

Verantwortung des Vorstands für den Konzernabschluss.

Der Vorstand der Deutschen Telekom AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht.

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutschen Telekom AG, Bonn, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Der Vorstand der Deutschen Telekom AG ist verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der zusammengefasste Lagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des zusammengefassten Lageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 18. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Harald Kayser
Wirtschaftsprüfer

Uwe Schwalm
Wirtschaftsprüfer